EZB: Büttel der Schuldenmacher S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 21 – 24. Mai 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Linksextreme attackieren AfD-Wahlplakat: Gewalt statt Dialog lautet hier das Motto

Bild: pa

Chance verpasst

Etablierte Parteien liefern statt Wahlkampf verherrlichende Loblieder auf die EU

Medien und Politiker ignorieren Attacken gegen die Partei „Alternative für Deutschland“, statt gemeinsam ein Zeichen gegen die Gewalt zu setzen.

Wenn die Beteiligung an den EU-Wahlen diesen Sonntag nicht noch weiter unter die zuletzt erreichten trostlosen 43 Prozent absinkt, dann haben dies die Politiker vor allem einem Akteur zu verdanken: dem Neuling AfD. Die Partei lockt Bürger an die Urnen zurück, die sich möglicherweise schon vor langer Zeit enttäuscht vom Geschehen abgewendet hatten, weil in ihren Augen die Etablierten „sowieso alle gleich“ sind.

Von Dankbarkeit ist allerdings wenig zu spüren: In den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl haben Politiker etablierter Parteien quer durchs Spektrum ihre Attacken gegen die Lucke-Partei noch einmal deutlich verschärft. Schändlich flankiert wurden die Anwürfe von Linksextremisten, die mit ihren Übergriffen gegen die AfD, deren Mitglieder, Anhänger und Plakate mehr als nur einen Hauch von Weimarer Verhältnissen verströmten. Von Mainstream-Medien und etablierter Politik wurde der Skandal meist ignoriert, wenn nicht gar mit klammheimlicher Freude begleitet.

Mit schönen Vokabeln werden zu erwartende Härten vertuscht

In einer gesunden, wahrhaft wehrhaften Demokratie hätten die gewalttätigen Attacken einen sofortigen partei- und medienübergreifenden Schulterschluss der Demokraten auslösen müssen, die sich – völlig unabhängig von ihren sonstigen, durchaus tiefen Meinungsverschiedenheiten – auf die Seite der Angegriffenen gestellt hätten. Ihr gemeinsames Auftreten gegen Gewalt und Terror in der politischen Auseinandersetzung wäre ein wirksames Zeichen gewesen, das nicht nur die linken Fanatiker in die Schranken gewiesen hätte. Es wäre überdies der Beweis erbracht worden, dass wir in einer intakten, lebendigen Demokratie leben, getragen von Demokraten, die es ernst meinen.

Dieses Signal aber blieb aus, die Chance wurde verpasst. Stattdessen haben die etablierten Parteien den Verdacht genährt, dass sie das von ihnen angeblich so heiß ersehnte „Engagement der Bürger“ in Wahrheit mehr fürchten denn wünschen, weshalb sie gereizt reagieren, wenn Bürger sich selbst organisieren, etwa in einer neuen Partei. Zudem hat der Kontrast zur AfD den Eindruck erhärtet, dass sich die Etablierten tatsächlich kaum noch unterscheiden. Nach der Fernsehdebatte mit den Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker und Martin Schulz musste selbst die sonst so Euro- und EU-geneigte „Zeit“ witzeln, es habe sich wohl weniger um ein „Duell“ als ein „Duett“ gehandelt.

Tatsächlich weichen die Kandidaten in den wesentlichen Fragen, etwa der nach der Übernahme von Schulden anderer Länder durch Deutschland, kaum voneinander ab. Nur die Vokabeln werden zwecks Vertuschung gelegentlich gewechselt, „Eurobonds“ heißen aus dem Mund des anderen dann eben „Projektbonds“. Am Sonntag haben die Bürger die Chance zu zeigen, was sie von dieser Vorstellung halten. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Dafür zahlen?

Wer glaubt, der Deutsche Gewerkschaftsbund würde sich nur mit den Aufgaben einer Arbeitnehmervertretung beschäftigen, irrt. Laut Satzung hat sich der DGB auch einem breiten gesellschaftlichen Engagement verschrieben. Was das konkret bedeutet, mussten die Besucher des Deutschlandtreffens der Ostpreußen erfahren. Unter der Federführung des DGB hatten sich vor dem Eingang des Kasseler Messezentrums Vertreter der örtlichen „Antifa“ versammelt, um gegen die Veranstaltung zu protestieren. Bar jeden Wissens um Ostpreußen und die deutsche Geschichte unterstellten sie den Besuchern pauschal, je nach Lebensalter Alt- oder Neu-Nazis zu sein und revanchistisches Gedankengut zu pflegen. Das passt ins Bild, das die Gewerkschaften mittlerweile in dieser Hinsicht abgeben. Kürzlich hat der Vorsitzende des Hamburger ver.di-Landesverbandes aus Protest gegen dessen Linksruck seinen Rücktritt angekündigt. Selbst der SPD gilt der Landesverband mittlerweile als „verlängerter außerparlamentarischer Arm der Linksfraktion“ (siehe *PAZ* 19/2014).

Die Gewerkschaften sind als Arbeitnehmervertretung unverzichtbar. Als selbsternannte „Ersatzpartei“ sind sie in einer funktionierenden Demokratie dagegen überflüssig. Wenn sich die Aktionen der gewerkschaftlichen Politaktivisten dann sogar noch gegen einen Teil ihrer eigenen Mitglieder richten, ist das indiskutabel. Der DGB sollte bedenken, dass auch Ostpreußen zu seinen Mitgliedern zählen. Und diese sollten sich überlegen, ob sie mit ihren Mitgliedsbeiträgen Aktionen wie die in Kassel finanzieren wollen. Schließlich kann man aus der Gewerkschaft auch austreten. Millionen haben es in den letzten Jahren vorgemacht.

USA: Demokratie erodiert

Milliardäre mischen im Kampf ums Weiße Haus immer stärker mit

Würde es sich nicht um ein politisches Urgestein und einen gestandenen Republikaner handeln, der Vergleich den Lawrence Wilkerson, der Ex-Stabschef von Colin Powell, gezogen hat, würde schnell als Verschwörungstheorie abgetan. „Wer steht hinter dem Weißen Haus und damit hinter der US-Außenpolitik? Die Antwort lautet heutzutage, mehr oder weniger die Oligarchen. Ironischerweise wäre im Fall von Putin in Russland die Antwort die gleiche“, so Wilkerson unlängst in einem Interview.

Mit seiner Diagnose, dass die Demokratie in den USA immer mehr in eine Herrschaft der Superreichen abdriftet, steht Wilkerson nicht allein. Mit Spannung erwarten politische Beobachter etwa, wen sich der Casino-Mogul Sheldon Adelson unter den Republikanern als seinen Favoriten für die Präsidentschaftswahl 2016 aussuchen wird. Zum

Auch USA von »Oligarchen« gelenkt

Kennenlernen nach Las Vegas geladen hat Adelson inzwischen Floridas Ex-Gouverneur Jeb Bush sowie die Gouverneure Chris Christie (New Jersey), Scott Walker (Wisconsin) und John Kasich (Ohio). Allen vier dürfte klar sein, was der Israel-Freund Adelson als Gegenleistung für seine Spenden erwartet: Wohlverhalten gegenüber Israel. Nachdem Gouverneur Christie in einer Rede die Palästinenser-Gebiete als „besetzte Territorien“ bezeichnet hatte, folgte eine Entschuldigung bei Adelson und die Klarstellung, es habe sich um einen „Patzer“ gehandelt, so das Magazin „Politico“.

Frei von Zwängen dürfte ebenso wenig Barack Obama sein, der in seinem Wahlkampf 2012 unter anderem auf die Unterstützung des Großspekulanten George Soros bauen konnten. Solange der Kampf um das Weiße Haus ein Rennen um das große Geld privater Spender ist, bleibt Superreichen wie Adelson und Soros mit ihren politischen Vorstellungen Tür und Tor für eine Einflussnahme geöffnet. *N. Hanert*

Gemeinsam für die Zukunft

10 000 Besucher beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel

Die Ostpreußen bleiben ihrer Heimat in wohl einmaliger Treue und Hingabe verpflichtet. Das stellten sie beim diesjährigen Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) wieder einmal in besonders beeindruckender Weise unter Beweis. In diesem Jahr stand das Treffen unter dem Motto „Ostpreußen hat Zukunft“. Doch wenn man am vergangenen Wochenende den Trubel in den Kasseler Messehallen verfolgte, fühlte man sich unwillkürlich an das Motto eines früheren Deutschlandtreffens erinnert: „Ostpreußen lebt“. Diese Begrüßungsworte wählte Stephan Grigat, Sprecher der LO, dann auch spontan beim Blick auf die rund 5000 Besucher, die bei der Großveranstaltung am vergangenen Sonntag die Sitzreihen bis auf den letzten Platz füllten.

Den Auftakt und zugleich einen der Höhepunkte des Deutschland-

Kultur, Geschichte und Ehrungen

treffens bildete am Vortag die Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises an den emeritierten Rechtsprofessor Ingo von Münch, der für seine Forschungen zu den Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten in der Endphase des Zweiten Weltkrieges geehrt wurde.

Buntes und reges Treiben herrschte an beiden Tagen in der Ausstellungshalle, in der gewerbliche wie ideelle Anbieter und Kunstschaffende ihre Arbeiten und ostpreußische Spezialitäten präsentierten. Ein ökumenischer Gottesdienst, Vorträge und kulturelle Darbietungen rundeten das Programm ab.

Über 10 000 Besucher, die zufriedenen Aussteller, ein facettenreiches Begleitprogramm und die eindrucksvolle Großkundgebung machten das große Treffen der Ostpreußen für die Besucher wieder zu einem besonderen Erlebnis und für die ausrichtende LO zu einem großen Erfolg. *J.H.*

(siehe Leitartikel und Seiten 2, 8, 10, 19, 20)

MELDUNGEN

Der Dank des Sprechers der LO

Das 22. Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2014 in Kassel war ein voller Erfolg. Es waren zwei festliche und erlebnisreiche Tage für die weltweite Ostpreußenfamilie. Die große Teilnehmerzahl hat alle Erwartungen übertroffen. Etwa 10000 Landsleute und Freunde Ostpreußens haben die teils weite Reise nach Kassel nicht gescheut.

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat sich lebendig und selbstbewusst präsentiert und damit auch unsere Gäste aus Politik, Gesellschaft und BdV beeindruckt.

Ich danke allen, die sich beim Deutschlandtreffen eingebracht und an diesem großen Erfolg mitgewirkt haben, sei es als ideeller oder gewerblicher Aussteller, als Funktionspersonal der Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und der angeschlossenen Verbände, als Fahnenträger, Musiker, Darsteller oder Techniker – oder einfach als Besucher des Treffens. Mein Dank gilt gleichfalls den hauptamtlichen Mitarbeitern der LO aus Bundesgeschäftsstelle und *PAZ*-Redaktion. Unser Team hat sich großartig geschlagen und maßgeblich zum Gelingen des Treffens beigetragen.

Ostpreußen lebt – und Ostpreußen hat Zukunft!

Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Russland schaltet GPS-Stationen ab

Moskau – Russland wird ab dem 1. Juni elf Bodenstationen des US-amerikanischen Navigationssystems GPS auf seinem Territorium vorübergehend abschalten. Laut Vizepremierminister Dmitri Rogosin ist dies keine Folge der Ukraine-Krise, sondern der Weigerung der USA, eine Station des russischen Navigationssystems Glonass auf ihrem Territorium zuzulassen. Die CIA und das US-Verteidigungsministerium hatten zuvor das Außenministerium in Washington aufgefordert, der russischen Weltraumbehörde Roskosmos keine Genehmigung zu erteilen. Zur Begründung erklärten sie, Russland könne auf diese Weise auf US-Territorium eine Basis bekommen, „die lenkbare russische Raketen wesentlich präziser machen“ würde. Außerdem könnte diese Messstation für Aufklärungsaktivitäten missbraucht werden. Rogosin erklärte, sollten die USA die Vereinbarung über die Glosnass-Station nicht erfüllen, würden die US-Stationen in Russland ab dem 1. September endgültig außer Betrieb gesetzt. *J.H.*

Die Schulden-Uhr: Teure Übernahme

Die geplante Übernahme der jüngsten Tariferhöhung im öffentlichen Dienst von drei Prozent rückwirkend ab dem 1. März auf die Beamten wird den Bund in diesem Jahr 300 Millionen Euro kosten. Die Tariferhöhung selber schlägt 2014 mit über 200 Millionen Euro zu Buche. 2015 sollen die Bezüge dann noch einmal um 2,5 Prozent steigen. *M.R.*

2.049.015.815.572 €

6. Mai 2014: 2.048.485.526.641 €

Verschuldung pro Kopf: 25.359 €

6. Mai 2014: 25.353 €

(Dienstag, 20. Mai 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Ostpreußen ist mehr als nur Heimat

Mit über 10000 Besuchern war das Deutschlandtreffen der Ostpreußen ein voller Erfolg

Ein abwechslungsreiches Kulturprogramm, viel Unterhaltung, ein breites Verkaufsangebot, Erinnerung, Ansprachen und vor allem viele Begegnungen prägten das diesjährige Deutschlandtreffen. Am Ende hieß es: Kassel war ein voller Erfolg. Daran konnte auch der armselige Protest einiger „Antifa-Aktivisten“ vor den Messetoren nichts ändern.

Das Grüppchen von rund 30 „Antifa“-Aktivisten, das sich vor dem Kasseler Messezentrum aufgebaut hatte, muss sich eigentlich ziemlich dumm vorgekommen sein. Statt gefährlicher Nazis und Revanchisten, die ihnen die Organisatoren der Protestveranstaltung vom „Kasseler Bündnis gegen Rechts“, allen voran der Deutsche Gewerkschaftsbund, offenbar angekündigt hatten, strömten friedliche, zumeist schon in die Jahre gekommene, seriöse Herrschaften dem Eingang zu. Dennoch hielten sie unverdrossen ihre Banner hoch, auf denen sie gegen NS-Verherrlichung, Revanchismus und allgemein gegen Ostpreußen protestierten. Was dieses Ostpreußen eigentlich ist, vermochten sie allerdings auf Nachfrage nicht genau zu sagen. Auch über das, was sich in den Messehallen abspielte, wussten sie nichts. Dafür wussten sie aber genau, dass das irgendetwas mit Geschichtsverdrehung, Heimattümelei und Verbindungen zur Neonaziszene zu tun hätte und dass man dagegen unbedingt ein Zeichen setzen müsse. Schnell wurde deutlich: Mehr als Phrasen, die ihnen zuvor vorgebetet worden waren, hatten die Demonstranten nicht zu bieten. Kein Wunder, dass sie sogar die Jugendlichen einer polnischen Theatergruppe mit „Nazis raus!“-Rufen empfingen.

Die Besucher des Deutschlandtreffens, die in der Kasseler Jugendherberge Unterkunft gefunden hatten, bekamen noch eine besondere Form des „antifaschistischen Protests“ zu spüren. Darüber, dass sie bereits mit Wandschmierereien empfangen wurden, die sie in Fäkalsprache zur Abreise aufforderten, konnten sie noch hinwegsehen. Doch in der Nacht zum Sonntag wurden sie durch Detonationen aufgeschreckt. Vor dem Gebäude hatte sich eine in lange Gewänder gekleidete Gruppe Jugendlicher versammelt, die Sprengkörper zündete und obszöne anti-ostpreußische Parolen skandierte. Dass sie damit eine Gruppe älterer Heimatverbliebener der Erlebnisgeneration, die den weiten Weg aus Ostpreußen auf sich genommen hatten, in Angst und Schrecken versetzten, dürfte sie wohl noch gefreut haben.

Die Tageszeitung „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ schreibt über diese besondere Form von Offenheit und Toleranz, derer sich das von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Initiativen getragene „Kasseler Bündnis“ rühmt: „Die Aktion vor den Messehallen hat vor allem Menschen tief getroffen, deren Leben ohnehin von einer großen Verletzung geprägt ist. Richtig ist, dass wir alle uns gegen rechtes Gedankengut wehren sollten. Aber es ist armselig, Menschen, die unter dem Krieg gelitten haben, pauschal als rechtsradikal darzustellen.“

Lebendige Erinnerung gepaart mit einem starken Zukunftswillen

Nach all dem mussten die Besucher des Deutschlandtreffens den Eindruck haben, in Kassel nicht wirklich willkommen zu sein. Dafür spricht auch, dass Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen (SPD) der Großveranstaltung trotz Einladung fern geblieben ist und die Stadt auch keinen anderen Vertreter geschickt hat. Für die Teilnahme an der Einweihung einer Moschee am gleichen Tag hat das Stadtoberhaupt dagegen die Zeit gefunden.

Umso willkommener waren die Besucher in der Messehalle, in der gewerbliche wie ideelle Anbieter und Kunstschaffende ihre Arbeiten, Literatur und ostpreußische Spezialitäten präsentierten. Kaum, dass die Türen geöffnet waren, herrschte ein emsiges Treiben. Der feierlichen Eröffnung des Deutschlandtreffens durch den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, folgte die Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises für Wissenschaft an Prof. Dr. Ingo von Münch sowie des Gierschke-Dornburg-Preises an Dr. Christian Tilitzki. Zu den kulturellen Darbietungen gehörten eine Lesung des Schauspielers Herbert Tennigkeit mit dem Thema „Meine Heimat Ostpreußen – Erinnerungen an ein geliebtes Land“, eine konzertante Reise nach Ostpreußen in Musik und Bildern mit dem Sänger „BernStein“ sowie das Theaterstück „Rotkäppchen sucht einen Prinzen“, aufgeführt von Jugendlichen der deutschen Volksgruppe aus Ostpreußen.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Großkundgebung mit 5000 Besuchern. Eingeleitet wurde die Kundgebung mit dem Glockengeläut des Königsberger Doms. Nach dem traditionellen Einmarsch der Fahnenstaffel nahm das LO-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Thüne mit bewegenden Worten die Totenehrung vor. Anschließend begrüßte Stephan Grigat neben zahlreichen Vertretern aus Politik und Verbänden den hessischen Staatssekretär Mark Weinmeister, der die Grüße seiner Landesregierung überbrachte, den Ostpreußen für ihre Leistungen beim Wiederaufbau nach 1945 dankte und es als ein Grundrecht in einer demokratischen Gesellschaft bezeichnete, der Heimat zu gedenken. Im Anschluss hielt Grigat eine programmatische Rede, in der er betonte, dass es nicht genüge, an die Vergangenheit zu erinnern, sondern dass sich die Ostpreußen aktiv in die Entwicklung und die Zukunft ihrer Heimat einbringen würden. Viel Beachtung fand die Festansprache des Politologen, Juristen und Zeithistorikers Prof. Dr. Arnulf Baring, in der er sich hauptsächlich mit der gegenwärtigen russischen Politik und Wladimir Putin auseinandersetzte.

Nach diesem erlebnisreichen Wochenende hatten Besucher, Aussteller und Veranstalter allen Grund festzustellen: Kassel war ein voller Erfolg. *Jan Heitmann*



Zog 5000 Besucher an: Die Großkundgebung, hier der BJO-Vorsitzende Stefan Hein beim „Wort der Jugend“ Bild: tws

Ärzte-Skandal vertuscht

Nicht nur Staatsanwaltschaft, auch Politik soll weggeschaut haben

Zu einem veritablen Justizskandal könnten sich Vorwürfe auswachsen, die gegen die Staatsanwaltschaft Augsburg erhoben worden sind. Nach Recherchen des „Handelsblatts“ soll die Staatsanwaltschaft mit Wissen von Justizministerium und Generalstaatsanwaltschaft 10000 Ärzte unbehelligt gelassen haben, obwohl das bayerische Landeskriminalamt seit 2006 gegen sie wegen Abrechnungsbetrugs bei Laborleistungen ermittelt hat. Rund 150 Verfahren seien eingestellt worden, der Rest sei aufgrund der Untätigkeit der Behörde mittlerweile verjährt, so das „Handelsblatt“ unter Berufung auf interne Dokumente von Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft.

Der Vorwurf ist brisant. Das zugrunde liegende Abrechnungssystem der Ärzte wurde im Jahr 2012 vom Bundesgerichtshof eindeutig als Betrug eingestuft. Als in einem Pilotverfahren ein Mediziner eine Haftstrafe von über drei Jahren erhielt, bestätigte der Bundesgerichtshof das Urteil. Auch die Schadenssumme ist immens. Patienten und Krankenversicherungen soll ein Schaden von 500 Millionen Euro entstanden sein. Bestätigen sich die Vorwürfe, könnte Bayern schnell vor einer neuen Variante eines Amigo-Skandals stehen. So sollen in den Akten der Soko „Labor“ allein rund 2500 Namen bayerischer Ärzte aufgeführt sein. Schon sehr viel länger wird zudem gegen einen Augsburger Laborunternehmer ermittelt, der im Juni 2005 dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber einen Parteispendenscheck über 25000 Euro zukommen ließ. Über die Einstellung der Ermittlungen im Ärzteabrechnungsskandal soll nicht nur die frühere bayerische Justizministerin und heutige Europaministerin Beate Merk informiert gewesen sein. Ein Schriftwechsel aus dem Sommer 2010 soll belegen, dass auch Landesvater Horst Seehofer von Kriminalbeamten, die sich bei ihren Ermittlungen im Stich gelassen fühlten, um Unterstützung gebeten worden sei. Inzwischen beschäftigt sich der Rechtsausschuss des Bayerischen Landtags mit den Vorgängen. Dass sich Freie Wähler, SPD und Grüne auf einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einigen, dürfte nur eine Frage der Zeit sein.

Auf Augsburg fällt zum zweiten Mal ein zweifelhaftes Licht

Kaum zur Sprache dürfte dann allerdings kommen, dass die Augsburger Staatsanwälte schon mehrfach in der Kritik standen. So war es die Augsburger Staatsanwaltschaft, die im Februar 2012 Bilder des Kunstsammlers Cornelius Gurlitt beschlagnahmen ließ, um eine Sicherheit für eine Steuerschuld zu haben. Ein juristischer Vertreter Gurlitts bemängelte damals, dass die Masse der über 1000 beschlagnahmten Bilder „in keinerlei Verhältnis zu einer allfälligen Steuerschuld“ stehen würde, die Pfändung „eines einzelnen Ölgemäldes“, hätte im Verhältnis zur Steuerschuld gereicht. Einem Bericht des „Spiegel“ zufolge waren damals selbst im bayerischen Justizministerium Zweifel am Vorgehen der Augsburger Staatsanwaltschaft gegen den Kunstsammler aufgekommen. Das Ministerium habe die Augsburger Staatsanwaltschaft auf „sehr dünnem Eis“ gesehen und angefragt, ob man Gurlitt überhaupt strafbares Verhalten vorwerfen könne. *N.H.*

Täter ohne Herkunft

Polizei verschweigt, wer Juden geschlagen hat

Die Berliner Polizei ist dafür bekannt, in ihren offiziellen Verlautbarungen fast immer die Herkunft von Tätern zu verschweigen. Dies betrifft auch Fälle schwerer Gewaltkriminalität. Der Bevölkerung soll verheimlicht werden, in welch hohem Ausmaß bestimmte Ausländer und Migranten Gewaltdelikte begehen. Jetzt haben Berliner Polizei und Staatsanwaltschaft in einer gemeinsamen Pressemitteilung sogar unerwähnt gelassen, wer am 25. April in Kreuzberg einen Juden zusammengeschlagen hat.

„Drei Täter zu antisemitischem Angriff ermittelt“, hieß es in der Pressemitteilung der Polizei und Staatsanwaltschaft vom 13. Mai. Am 25. April sei ein 31-jähriger Mann, „der jüdischen Glaubens ist“, aus einer „Gruppe Jugendlicher“ heraus angegriffen und schwer verletzt worden. Das jüdische Opfer sei an diesem Tag kurz vor 17 Uhr in der Kreuzberger Graefestraße zunächst antisemitisch beleidigt worden und anschließend sei ihm mehrfach mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen worden. Das Opfer habe bei dem Angriff schwere Gesichtsfrakturen erlitten und in einem Krankenhaus operiert werden müssen. Intensive Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes beim Landeskriminalamt hätten auf die Spur und zur Festnahme von drei Männern im Alter von 17 bis 22 Jahren geführt. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung und Vernehmung sei das Trio wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Drei müssten sich nun wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung verantworten.

»Berliner Morgenpost« offenbarte Rätsel

In der ausführlichen, insgesamt 168 Worte umfassenden Pressemitteilung von Polizei und Staatsanwaltschaft fehlt jeder Hinweis auf die Herkunft der Täter. Eine schriftliche Anfrage des Autors bei der Polizei, ob die Täter deutsche Rechtsradikale seien, blieb unbeantwortet.

Nicht Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern Zeitungen wie die „Berliner Morgenpost“ informierten später darüber, dass es sich bei den Tätern um Araber und bei dem Opfer um einen Israeli handelt. *Michael Leh*

Tempelhofer Farce

Von Vera Lengsfeld

Am Sonntag finden in Berlin nicht nur die Europawahlen statt. Es wird über ein Projekt abgestimmt, das in all seinen Facetten eine typische Berliner Posse ist. Es geht um die Zukunft des Geländes des ehemaligen Flughafens Tempelhof.

Mit dem Entschluss, 2008 den innerstädtischen Flughafen außer Betrieb zu nehmen, war mitten in Berlin die größte innerstädtische Freifläche der Welt entstanden.

Die Entscheidung, daraus einen Park zu machen, wurde von allen Berlinern begeistert begrüßt. Am Eröffnungswochenende im Jahr 2010 war ein regelrechter Besucheransturm zu verzeichnen. Mehr als 235 000 Menschen nahmen das Areal in Besitz.

Es ist Platz für alle da: Fahrradfahrer und Skater können ihre Runden drehen, ohne die Fußgänger oder die Familien zu belästigen, die auf der riesigen Freifläche Picknick machen oder Drachen steigen lassen. Wer sich Yogaübungen oder der Meditation hingeben will, findet eine ruhige Ecke weitab von den Breakdancern und ihrer lauten Musik.

Eine Berliner Idylle? Nur, wenn man nicht genau hinschaut.

Von Anfang an gab es eine militante Gruppe, die meinte, das Gebiet vor „Privatisierung, Kommerzialisierung und Gentrifizierung“ schützen zu müssen. Sie scheiterte mit dem Versuch, das Flugfeld zu besetzen.

Ihre Akteure bilden jetzt den harten Kern der Initiative „100 Prozent Tempelhofer Feld“, die sich gegen eine teilweise Randbebauung des Geländes wehrt. Einen großen Erfolg errang diese Gruppe, als sie eine Volksabstimmung über die zukünftige Entwicklung des Tempelhofer Feldes durchsetzte.

Das Dilemma für die Berliner, die am Sonntag entscheiden sollen, ist, dass es keine klaren Alternativen gibt. Nicht nur sind die Initiatoren des Volksentscheides heillos untereinander zerstritten. Es ist ihnen auch nicht gelungen, ein überzeugendes Projekt zur Abstimmung zu stellen. In dem Provisorium, das sie eingereicht haben, steht nicht mehr drin, als dass alles so bleiben soll, wie es ist. Vor allem sollen die „kreativen Projekte“ nicht einer Bebauung weichen müssen.

Wer, neugierig geworden, sich die „Projekte“ ansehen will, findet nicht mehr als ein paar Sperrmüllbauten, Tomatenpflanzen auf dem ehemaligen Rollfeld und Blümchen in ausrangierten Sportschuhen.

Aber auch die Gegenseite kann mit ihrem Projekt „Tempelhofer Freiheit“ nicht überzeugen, denn es ist bis heute unausgegoren. Klar ist nur, dass Berlin dringend die Wohnungen braucht, die hier entstehen sollen. Wie das Wohngebiet aussehen soll, darüber gibt es bis heute Streit im Senat und zwischen dem Senat und den privaten Investoren.

So wird die Volksabstimmung zur Farce.

Jeder kommt durch

Berliner Schulpolitik: Um Reform-Debakel zu verbergen, senkt der Senat erneut das Niveau



Negative Folgen der neuesten Reform sollen zugedeckt werden: Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) zu Besuch in der Küche einer Sekundarschule

Bild: pa

In der Vergangenheit war Berlin trauriger Spitzenreiter bei den Schulabbrechern ohne Hauptschulabschluss. Das könnte sich nun ändern. Nicht durch besseren Unterricht, sondern indem die Standards nach unten geschraubt wurden.

Gestohlene Prüfungsaufgaben, die kurzfristig einen Neudruck Zehntausender Aufgabenblätter nötig machten, sind nicht die einzige Besonderheit bei den in der ersten Maihälfte angelaufenen Abschlussprüfungen an Berlins Sekundarschulen. In diesem Jahr wird der erste Schülerjahrgang geprüft, der die Integrierte Sekundarschule besucht und bis zum Ende durchlaufen hat. Im Schuljahr 2010/2011 gestartet, war mit der Sekundarschul-Reform die Hoffnung verbunden, dass nach Abschaffung der Haupt-, Real- und Gesamtschulen die neugeschaffenen Sekundarschulen weniger Schüler ohne Abschluss verlassen.

Auch wenn Berlins Bildungsverwaltung einen Niveauverlust bestreitet, Lehrer, Eltern und Berlins Wirtschaft ziehen angesichts der Abschlussprüfungen für den ersten Sekundarschul-Jahrgang eine ernüchternde Bilanz. Zwar heißt es aus den Schulen, der Schwierigkeitsgrad der Aufgaben sei ähnlich wie in der Vergangenheit gewesen. Gesenkt wurden allerdings die Standards bei der Prüfungszulassung. So sind sowohl die Berufsbildungsreife – der frühere Hauptschulabschluss – als auch der Mittlere Schulabschluss (MSA), ehemals Realschulabschluss, ab diesem Schuljahr leichter zu erreichen, als dies früher an den Gesamtschulen möglich war.

Selbst Schüler, die eine Sechs im Zeugnis haben, können nun noch den Mittleren Schulabschluss erhalten. Nach Berechnungen von Michael Zielonkowski, Mittelstufenleiter an der Neuköllner Clay-Sekundarschule, wurden die Ansprüche für den MSA bei den Jahrgangsnoten hinsichtlich der notwendigen Punktsumme um 38 Prozent abgesenkt. Bei der Berufsbildungsreife können Schüler, die den Abschluss eigentlich nicht schaffen würden, wiederum auf eine Art von „Joker“ zurückgreifen. Durch eine Nachprüfung darf das Gesamtergebnis so weit aufgewertet werden, dass die Berufsbildungsreife doch noch bescheinigt wird. „Das Ziel ist: Jeder kommt durch“, so die Einschätzung einer Sekundarschul-Rektorin zu den gesenkten Hürden.

> Immer mehr wollen auf eine Privatschule flüchten

Leichter geworden ist auch der Weg zur gymnasialen Oberstufe. Statt einer guten Drei wie bisher, gilt nun selbst eine schwache Drei noch als hinreichend. Lieselotte Stockhausen-Doering, die Vorsitzende des Landeselternausschusses, fürchtet, dass mit der Absenkung der Zulassungskriterien der Wert des Abiturs geschmälert wird. „Und das Berliner Abitur hat ja ohnehin nicht den besten Ruf“, so Stockhausen-Doering. Tatsächlich ist zu befürchten, dass sich nun noch mehr ungeeignete Schüler als bisher in den elften Klassen wiederfinden werden.

Kurzfristig mag sich Berlin im Vergleich zu anderen Bundesländern mit abgesenkten Prüfungskriterien in den entsprechenden Statistiken von hinteren Plätzen etwas weiter nach vorn arbeiten. Einen Gefallen hat die Politik der Stadt damit aber nicht getan. Die politisch veranlassten Weichenstellungen geben bedenklichen Entwicklungen, die ohnehin schon im Gang sind, zusätzlichen Rückenwind. So verlässt sich die Berliner Wirtschaft schon jetzt immer weniger auf die staatlichen Schulabschlüsse, sondern setzt immer öfter auf eigene Aufnahmeprüfungen. Mit den abgesenkten Kriterien dürften MSA und Berufsbildungsreife nun noch weniger eine Garantie dafür sein, dass sich die Anforderungen von Unternehmen mit den Fähigkeiten der Schulabsolventen decken.

Die entwerteten Schulabschlüsse werden allerdings noch eine andere Konsequenz zeigen, die kaum nach dem Geschmack von Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) ausfallen wird. Noch weniger Eltern dürften bereit sein, ihre Kinder in öffentliche Schulen zu schicken – die Nachfrage nach Privatschulen wird weiter ansteigen. Mit insgesamt 25 900 Schülern lernte im Jahr 2013 bereits jeder zwölfte Berliner Schüler in einer Schule unter freier Trägerschaft. Der Andrang auf die über 100 Privatschulen in der Stadt war sogar noch größer, denn im Schnitt kamen im vergangenen Jahr bei Berlins freien Schulen auf einen Platz gleich zwei bis drei Bewerber.

Weitgehend gescheitert ist die Bildungssenatorin inzwischen mit ihrem im vergangenen Jahr vorgelegten Plan, den Boom der Privatschulen durch Kürzung der Zuschüsse für Neugründungen einzuschränken. Scheeres, die dem linken SPD-Flügel zugerechnet wird, stieß nicht nur beim Koalitionspartner CDU auf starken Widerstand, sondern sogar in der eigenen Partei auf Kritik.

Nach monatelangen Querelen um eine Reform des Schulgesetzes ist Scheeres’ Vorstoß ein ganzes Stück entschärft worden. Im neuen Schulgesetz, das bereits im März beschlossen wurde, ist zwar vorgesehen, dass neue Träger von freien Schulen bis zum Einsetzen der öffentlichen Ko-Finanzierung mindestens drei Jahre warten müssen. Sogenannte bewährte Schulträger, die bereits in Berlin aktiv sind, sollen aber in der Regel sofort öffentliche Gelder für den Betrieb einer weiteren Schule erhalten. Ursprünglich wollte Scheeres erreichen, dass freie Schulen bei Neugründungen grundsätzlich drei bis fünf Jahre warten müssen, bevor sie eine staatliche Förderung erhalten.

Norman Hanert

Verkaufen, um zu kaufen

Berlins Senat privatisiert weiter massenhaft öffentliche Wohnungen

Berlins SPD-CDU-Senat verkaufte in den vergangenen zwei Jahren über landeseigene Wohnungsunternehmen 1500 Wohnungen. Das ergab eine parlamentarische Anfrage. Dies löst Protest aus. Im Koalitionsvertrag sei der Verkauf nicht vorgesehen gewesen, monieren Kritiker.

Brisant ist der Großverkauf nicht nur im Hinblick auf die andauernde Debatte um bezahlbare Mieten: Die neue Führungsriege der SPD um Aufsteiger Jan Stöß warb massiv für eine neue Wohnungspolitik mit Mietbremse und neuem Wohnungsbau. Nun stellt sich heraus, dass der Senat binnen zweier Jahre mehr verkauft hat, als er jetzt selbst im besten Falle bauen kann. Diese Privatisierung senkt die Glaubwürdigkeit eines neuen wohnpolitischen Kurses.

Fast jede dritte derart verkaufte Wohnung ging an Investoren, die nicht selbst dort wohnen wollten, teilte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung nun auf eine Parlamentarische Anfrage ebenfalls mit. Von 2011 bis 2013 wurden laut Statistik zwar auch beinahe 17 000 Wohnungen erworben, doch das Geschäft mit dem Wohnraum heizt die Preise an und nur ein Fünftel der Verkäufe ging an die Mieter. Der Senat plant zudem, weitere Wohnungen abzustoßen, 128 werden laut Senatsverwaltung gerade vorbereitet. Für weitere 6341 Wohnungen in teilprivatisierten Anlagen ist ein Verkauf möglich.

> Opposition: »Irgendetwas stimmt nicht«

„Wenn Berlin mehr Wohnungen verkaufen will, als auf dem Tempelhofer Feld errichtet werden sollen, merkt man, dass irgendetwas nicht stimmt“, kritisiert Grünen-Bauexperte Andreas Otto. Laut Senatsverwaltung gingen die Verkäufe auf einen Beschluss der 1990er Jahre zurück. Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU von 2011 war allerdings vereinbart worden, keine Wohnungen mehr an Private zu veräußern.

Daran hat sich der Senat nicht gehalten. Grund ist der Geldbedarf für den Kauf neuer Wohneinheiten: Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) verteidigt die Verkäufe, denn sie gehörten zum Geschäft – die Unternehmen verschafften sich so nötiges Geld. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen Degewo, Stadt und Land, Gewobag, Howoge, Gesobau und Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) nennen rund 280 000 Wohnungen ihr Eigen und sollen laut Senatsvorgaben ihre Bestände auf 300 000 erhöhen, um den politischen Einfluss im Wohnungsmarkt wieder stärker werden zu lassen.

SV

Antifa wird brutaler

Berlin: Gewaltattacken auf AfD in Pankow

Kurz vor der EU-Wahl haben die linksextremen Gewaltattacken auf die Berliner AfD an Schärfe noch zugenommen. Vor einer Veranstaltung der Partei in Pankow mit dem Publizisten Jürgen Elsässer hatten das linksextreme Blatt „Junge Welt“, die Antifa und verschiedene Internetplattformen unter dem Motto „Nein zu AfD und Querfront! – Den rechten Vormarsch stoppen!“ zum „Widerstand“ aufgerufen. Auch verschiedene Gliederungen der Linkspartei, der Vorsitzende der „Piraten“-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Oliver Höfinghoff, und Dirk Stegemann, Organisator zahlreicher linksextremer Aktionen, hatten sich an dem Aufruf beteiligt.

Rund 150 Linksextremisten versuchten, den Zugang zum Veranstaltungslokal zu blockieren und schlugen auf Teilnehmer ein. Die Polizei griff Zeugen zufolge nur sehr widerwillig ein. Sie sicherte zwar den Veranstaltungsort, unternahm demnach aber wenig, um den Zugang dorthin zu gewährleisten. Empörte Teilnehmer schimpften, Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) sympathisiere mit den Schlägern, weil die AfD zunehmend Mitglieder und Wähler der Christdemokraten an sich binde. Menschen, die bislang mit linksextremer Gewalt nicht in Kontakt gekommen waren, reagierten fassungslos und entsetzt. Andere wiederum, die derartiges Auftreten nicht zum ersten Mal erlebten, sahen in dem Geschehen eine verrottete Art von „Normalität“. Die Hauptstadtpresse verschwieg den Vorfall.

> Zeugen: Polizei schritt nur widerwillig ein

Eine ähnliche Veranstaltung mit Elsässer, welche die AfD Berlin-Zehlendorf drei Wochen zuvor durchgeführt hatte, war noch ohne Störungen geblieben.

Hans Lody

Sensationeller Fund

Das Skelett eines Geräderten ist in der Prignitz ausgegraben worden. Der sensationelle Fund ist laut Experten der bisher einzige seiner Art in Deutschland. Der Mann wurde zwischen dem 15. und 17. Jahrhundert hingerichtet. Der Zufallsfund befindet sich auf der Baustelle für die Verlegung der Bundesstraße 189. Dort, zwischen Perleberg und Pritzwalk, befand sich einst eine Heerstraße. Ebenfalls gefundene Artefakte einer bronzezeitlichen Siedlung wurden zur Nebensache, als die Forscher auf das eigenartig verdreht auf dem Rücken liegende Knochengerüst darüber stießen. Mit Armen zum Hals gedreht und angewinkelten Beinen gab das Skelett den Forschern Rätsel auf, bis sie die zerschlagenen Knochen näher in Augenschein nahmen. Eine eiserne Gürtelschnalle erlaubte die ungefähre Datierung. Zeitgenössische Gerichtsakten zu dem Fall des zwischen 35 und 39 Jahre alten Mannes, der hier zu Tode gemartert wurde, sind nicht erhalten.

SV

Zeitzeugen



Nicolae Timofti – Am 5. Mai versetzte der prowestliche Präsident der Republik Moldau die Armee-Einheiten und Sicherheitsorgane an der Grenze zur Ukraine in Alarmbereitschaft, da manche der Unruheherde im Nachbarland jetzt nur noch 120 Kilometer von der moldauischen Hauptstadt entfernt liegen.

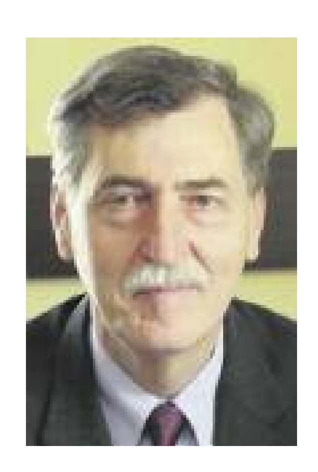
Iulian Groza – Schon des längeren rang der erst 31 Jahre alte moldauische Vize-Außenminister mit den EU-Bürokraten um die Visa-Freiheit für die Bürger seines Staates. Er ist der festen Überzeugung, dass die Ukraine-Krise die diesbezüglichen Entscheidungsprozesse in Brüssel erheblich beschleunigt habe.



Yusuf Erçin Sönmez – In seiner mondänen Privatklinik im Istanbuler Stadtteil Bostanci transplantierte der auch „Dr. Frankenstein" genannte türkische Arzt illegal Organe von „Spendern" aus der Republik Moldau und anderen Ländern. Sönmez ist zurzeit auf der Flucht und wird von Interpol gesucht.



Alina Radu – Mit ihren Enthüllungen über den illegalen Organhandel in der Republik Moldau sorgte die Journalistin für erhebliches Aufsehen und eine Untersuchung seitens der EU-Kommission, die indes keine nennenswerten Konsequenzen hatte. Danach wurde sie für den Friedensnobelpreis nominiert.



Francesco Bastagli – Der frühere Spitzenbeamte der Vereinten Nationen fungiert seit dem 29. März als neuer Chef der European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine (EUBAM), die seit 2005 bei der Sicherung der ukrainisch-moldauischen Grenze sowie der Grenzverwaltung hilft.

Fataler Schnellschuss

Visafreiheit für Moldauer schadet nicht nur der EU langfristig

Seit dem 28. April dürfen Bürger der Republik Moldau (Moldova) visafrei in den Schengen-Raum einreisen. Die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström begründete diese im Schnellverfahren getroffene Entscheidung der Brüsseler Bürokraten mit den „anhaltenden Bemühungen", die der osteuropäische Kleinstaat auf solch wichtigen Gebieten wie öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie den Grundrechten unternommen habe. Das freilich ist ein schlechter Scherz!

Zum einen waren die erwähnten Anstrengungen – sofern es sie überhaupt gegeben hat – alles andere als erfolgreich, zum anderen wollte die Europäische Union wohl auch kaum irgendwelche Aktivitäten der Regierung in Kischinau honorieren. Vielmehr handelt es sich hier um den wieder einmal wenig überlegten Versuch, im strategischen Ringen zwischen Brüssel und Moskau um die Hegemonie im Raum zwischen der russischen West- und der EU-Ostgrenze zu punkten. Im Grunde geht es schlicht und einfach darum, möglichst umgehend vollendete Tatsachen zu schaffen, auf deren Basis die Republik, die wie ein Puffer zwischen Rumänien und der umstrittenen Ukraine liegt, in die EU geschleust werden kann – und zwar ungeachtet aller Risiken.

Immerhin stehen in der abtrünnigen moldauischen Region Transnistrien, die seit 1992 von moskauhörigen Kreisen kontrolliert wird, russische Truppen, die ohne Weiteres in der Lage wären, auf ein Hilfeersuchen der reichlich vorhandenen EU-Gegner in Moldau zu reagieren. Darüber hinaus liegt der nur 350 mal 150 Kilometer große Agrarstaat, der übrigens im November 2013 auch schon ein Assoziierungsabkommen mit der EU paraphiert hat, ökonomisch weitgehend am Boden. Die landwirtschaftliche Produktion im früheren „Garten der Sowjetunion" schrumpfte nach der Erlangung der Unabhängigkeit um glatte 50 Prozent. Daraus wiederum resultiert eine chronische Geldknappheit der Republik Moldau, die derzeit schon Finanzhilfen der EU in Höhe von einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts nötig macht. Doch selbst die faktisch höchste Pro-Kopf-Förderung aus dem EU-Nachbarschaftsprogramm kann nicht verhindern, dass Moldau nach wie vor das ärmste und rückständigste Land Europas ist – mit einer Arbeitslosenquote um 60 Prozent und einem Durchschnittseinkommen von 200 Euro pro Monat.

Brüssel wollte Moskau damit einen Schlag versetzen

Aufgrund dieser prekären Verhältnisse haben mittlerweile über eine Million der einstmals knapp vier Millionen Moldauer das Land verlassen. Mehr als die Hälfte der Auswanderer zog es dabei in EU-Staaten, an erster Stelle Italien, gefolgt von Portugal und Spanien. Schätzungen zufolge halten sich bis zu 95 Prozent der Emigranten aus der Republik Moldau illegal im Ausland auf. Durch den Abfluss von Menschen auch und gerade aus der mittleren Generation ist Moldau inzwischen zu einem „Land ohne Eltern" mutiert. Während Mutter und Vater in der Fremde ihr Auskommen suchen, müssen Minderjährige in die Rolle des Familienoberhauptes treten und 38 000 Kinder sind zu „Sozialwaisen" geworden, die zum Teil auf der Straße oder in Heimen leben.

Mit der Entscheidung Brüssels hinsichtlich der Visafreiheit werden es allerdings nicht nur die letzten einigermaßen qualifizierten moldauischen Arbeitskräfte leichter haben, auf legalem Wege in die EU zu gelangen, was den wirtschaftlichen und demografischen Niedergang des Landes zwischen Pruth und Dnister noch verschärfen dürfte. Denn ebenso stehen nun auch den Frauen- und Organhändlerbanden aus der Republik Moldau Tür und Tor bei uns offen. Deshalb ist es der blanke Zynismus, wenn Malmström tönt, die Aufhebung des Visazwanges werde „die Kontakte zwischen den Menschen erleichtern".

Wolfgang Kaufmann



Moldau ist das rückständigste Land in Europa: Da viele Eltern im Ausland arbeiten, bleiben die Kinder allein in den Dörfern zurück

Bild: Getty

Stets wehten andere Fahnen

Frühester Vorläufer der heutigen Republik Moldau war ein Fürstentum, dessen Anfänge bis ins Jahr 1349 zurückreichten. Abgesehen von einer kurzen Phase der Autonomie unter Stefan III. während der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stand die Moldau dabei erst unter ungarischer, dann unter polnischer und schließlich unter osmanischer Oberhoheit. Außerdem kam es zu permanenten Flächenabtretungen an die Nachbarreiche beziehungsweise Suzeräne.

1812 nutzte Russland dann die wachsende Schwäche der Osmanen, um ein moldauisches Teilgebiet, das sich in etwa mit dem heutigen Staatsterritorium deckt, als „Gouvernement Bessarabien" ins Zarenreich einzugliedern. Nach der russischen Revolution wiederum entstand im Dezember 1917 eine unabhängige Moldauische Demokratische Republik, die aber Ende 1918 von Rumänien geschluckt wurde, was die Sowjets verärgerte. Allerdings reagierten diese erst am 28. Juni 1940. Da marschierte die Rote Armee im Einklang mit den Regelungen des Geheimen Zusatzprotokolls zum Hitler-Stalin-Pakt im ehemaligen Bessarabien ein, wonach Moskau die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik kreierte. Diese fiel dann im Verlaufe des deutschen Russlandfeldzuges erneut an Rumänien, bevor Josef Stalins Truppen 1944 zur Rückeroberung schritten.

Moldau war schon Teil vieler Länder

Nach dem Zerfall der Sowjetunion proklamierte die Moldauische Sowjetrepublik am 27. August 1991 ihre Unabhängigkeit. Dem folgte 1992 ein kurzer Bürgerkrieg, in dem sich die östlich des Dnister liegenden und vorwiegend von Russen oder Ukrainern bewohnten Landesteile abspalteten. Seitdem firmieren sie als Pridnestrowische Moldauische Republik (bekannt als Transnistrien). Allerdings wurde dieses Gebilde nicht einmal von Russland diplomatisch anerkannt. *W.K.*

Reich des Faustrechts

In der Republik Moldau blühen Organ- und Mädchenhandel

Die Republik Moldau ist eine Hochburg der Organisierten Kriminalität, was nicht zuletzt damit zu tun hat, dass das gesamte Staatswesen und damit auch die Polizei durch Inkompetenz und Korruption geprägt ist. Zur Verdeutlichung dieser Aussage: 2013 rangierte Moldau im weltweiten Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 102 von 175; schlimmere Zustände herrschen in Europa nur noch im Kosovo sowie in Albanien, Weißrussland und Russland.

Besonders auffällig ist dabei der Status als „Lieferland" innerhalb des Netzes des weltweiten Organ- und Frauenhandels. So locken mafiöse Gruppierungen schon seit anderthalb Jahrzehnten gesunde junge Moldauer mit dem Versprechen auf Arbeit in die Türkei, wo sich die Aussicht auf den ersehnten Job „unerwartet" zerschlägt und der mittellose Bewerber nicht weiß, wie er wieder nach Hause kommen soll. In dieser Situation macht man ihm dann das Angebot, eine seiner Nieren für 2000 bis 3000 Euro zu „spenden" – abzüglich einer „Vermittlungsgebühr" versteht sich. Nach der Organentnahme in Istanbuler Privatkliniken werden die Opfer ohne medizinische Nachsorge in ihr moldauisches Dorf zurückgebracht, wo sie nicht selten aufgrund unzureichender ärztlicher Betreuung selbst zum Dialysefall werden. Ein derartiges Vorgehen ist mittlerweile noch lukrativer als der Drogenhandel, denn die Empfänger der Organe, die übrigens nach Erkenntnissen der BBC und der Zeitung „Haaretz" überproportional häufig aus Israel kommen, zahlen ihrerseits bis zu 150 000 Euro für eine Niere, was zu gigantischen Gewinnspannen führt. Zur Bekämpfung solcher Machenschaften hat die Regierung in Kischinau zwar nunmehr eine Spezialabteilung im Innenministerium gebildet und zudem die Maximalstrafe für die illegale Vermittlung von Organen von einem auf 25 Jahre erhöht, doch erfolgten bisher kaum Verurteilungen. Und wenn, dann kamen dingfest gemachte Täter wie Ruslan Cecati mit Bewährung davon.

Polizei ist korrupt und inkompetent

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Mädchenhandel, in dem Moldau ebenfalls als Drehscheibe beziehungsweise „Europazentrale" fungiert. Obwohl junge Frauen aus dem eigenen Land sowie den benachbarten „Lieferstaaten" Rumänien und Ukraine in großem Umfang zur sexuellen Ausbeutung in die Türkei und den Mittleren Osten sowie nach Israel, Pakistan, Russland und Westeuropa verschleppt werden, sind die Erfolge bei der Bekämpfung dieses Zweiges des Organisierten Verbrechens ebenfalls marginal, weil der Verfolgungsdruck letztlich nur auf dem Papier besteht.

Und dann wäre da noch Transnistrien – eine Region, durch die so ziemlich alles geschmuggelt wird: von Menschen über Waffen und Drogen bis hin zum Schweinefleisch aus China, von dem die Bewohner der abtrünnigen Teilrepublik von Moldau angeblich mehrere Kilo pro Tag verzehren, das aber in Wirklichkeit in die Ukraine wandert. Hier ist der Rechtsstaat noch weniger präsent als im Rest des Landes, woran auch die European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine (EUBAM), die bei der Grenzüberwachung helfen soll, nichts, aber auch gar nichts zu ändern vermag. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1234**

Die Wiederentdeckung der Zuwanderung

Die CDU sieht sich inzwischen genötigt, zumindest beim Bleiberecht Verschärfungen durchzusetzen

Wird Thomas de Maizière noch zum Hoffnungsträger der heimatlos gewordenen Konservativen in der CDU? Der Bundesinnenminister liefert derzeit einen Vorstoß in Sachen Einwanderungspolitik nach dem anderen. Und die Sozialdemokraten wirken zunehmend hilflos. Dabei hatten Union und SPD in den Koalitionsvereinbarungen vom vergangenen Herbst explizit festgelegt, dass es eine Reform des Bleiberechts sowie der Aufenthaltsbeendigung mit besonderem Blick auf Täter schwerwiegender Straftaten und gewaltbereite Extremisten geben solle.

Thomas de Maizières Innenministerium hat einen Gesetzentwurf erarbeitet, demzufolge das bisher dreistufige System zur Ausweisung durch eine Einzelfallprüfung ersetzt werden soll. „Die Ausweisung soll dann erfolgen, wenn das öffentliche Ausweisungsinteresse das private Bleibeinteresse überwiegt", heißt es in einer Mitteilung. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl konkretisierte die Pläne gegenüber der „Welt am Sonntag": „Wir wollen die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtern und das Ausweisungsrecht vereinfachen." Deutschland sei ein weltoffenes Land, aber die Gastfreundschaft habe ihre Grenzen. „Wer eine schwere Straftat begeht, muss in sein Heimatland zurück", erklärte Strobl. Bislang machen kriminelle Ausländer oftmals humanitäre Gründe geltend, um in der Bundesrepublik bleiben zu können. Häufig entfacht eine bevorstehende Abschiebung ein langwieriges juristisches Tauziehen. Hier soll die Gesetzesvorlage des Bundesinnenministeriums nun Abhilfe schaffen.

Das zwischen zwingender Ausweisung, Ausweisung im Regelfall sowie Ermessensausweisung unterscheidende bisherige dreistufige Ausweisungssystem soll im neuen Aufenthaltsgesetz durch ein Ausweisungsrecht ersetzt werden, bei dem in jedem Einzelfall das öffentliche Ausweisungsinteresse mit dem privaten Bleibeinteresse abgewogen wird. Erleichtert werden soll damit die Ausweisung von Ausländern, die gravierende Rechtsverstöße begangen haben, von denen eine Gefahr für die Sicherheit oder freiheitliche Grundordnung ausgeht oder die in terroristische oder extremistische Strukturen eingebunden sind. Neu sind zudem die Umstände, die das öffentliche Ausweisungsinteresse begründen sollen. Dabei gilt bereits jede rechtskräftige Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt ist, als ein besonders schweres Ausweisungsinteresse.

Nicht-Beachtung des Themas half vor allem der AfD

Der Koalitionspartner nimmt die Vorstöße mit Unbehagen zur Kenntnis. Aber offen opponiert wird nicht. Denn es ist Wahlkampfzeit. Am Wochenende wird das Europaparlament neu gewählt. Zudem stehen Kommunalwahlen in neun Bundesländern an. Und im Herbst finden Landtagswahlen in drei mitteldeutschen Bundesländern statt. Dabei ist die Einwanderungspolitik in der Bevölkerung ein absolutes Reizthema. Denn die Zahl der Asylbewerber steigt seit Monaten wieder an, zuletzt gab es im Jahresvergleich einen Zuwachs um fast zwei Drittel.

Und de Maizière scheint dagegen mobil zu machen. In der vergangenen Woche wurde ein Referentenentwurf zur „Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung" vorgelegt. Der Entwurf listet zahlreiche Gründe auf, die es den Behörden möglich machen sollen, Asylbewerber aufgrund von „Fluchtgefahr" in Haft zu nehmen. Zuvor hatte das Ministerium bereits angekündigt, die Liste sogenannter sicherer Herkunftsstaaten um Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien erweitern zu wollen. Denn die Themen Armutszuwanderung und Kindergeld für EU-Leiharbeiter sorgen derzeit beim Wahlvolk für Aufregung.

Und die steigende Zustimmung für die Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) bereitet vor allem der Union Kopfschmerzen. Der ehemalige „Focus"-Chefredakteur Wolfgang Weimer sorgte mit einer Kolumne im „Handelsblatt" für Aufsehen, als er unter anderem eine verfehlte Zuwanderungspolitik der Union für das Erstarken der AfD verantwortlich machte. Weimer sieht Bernd Luckes Partei bereits auf dem Weg zur Etablierung. Kanzlerin Angela Merkel sei machtlos.

Doch da könnte er sich täuschen. De Maizières Aktivitäten sind auffällig und erinnern an die Asyl-Debatte Anfang der 90er Jahre. Damals stürmten die Republikaner in den baden-württembergischen Landtag sowie in zahlreiche kommunale Parlamente. Daraufhin wurden die Asylgesetze auf Betreiben der Union verschärft. Und die SPD zog mit.

Das Kalkül der Großen Koalition ist klar. Nach der Europawahl könnte der AfD dieses Thema abhandenkommen. Und die Flanke Ausländerpolitik wollen sowohl die CDU als auch die SPD nicht offenlassen. Schließlich saugt die AfD Stimmen bei beiden Volksparteien ab. Die Geschichte könnte sich also wiederholen. *Peter Entinger*



Unmut über steigende Asylbewerberzahlen zwingt Regierung, Bürgerwünschen entgegenzukommen: Eine Sachbearbeiterin und ein Dolmetscher beraten in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung in Berlin Asylsuchende Bild: pa

MELDUNGEN

Noch mehr Geld für den BER

Berlin – Der Bundestags-Haushaltsausschuss hat gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion 26,55 Millionen Euro für den Hauptstadtflughafen BER freigegeben. Zur Begründung hieß es, dass der Bund mit seinen zugesagten Zahlungen schon eine Rate im Rückstand sei und die Freigabe der Mittel nun zur Sicherung der Liquidität unbedingt notwendig sei. Zudem forderte das Parlament die Flughafengeschäftsführung auf, „aussagekräftige Informationen" zum Baufortschritt, der weiteren Planung und den voraussichtlichen Gesamtkosten vorzulegen. BER-Geschäftsführer Hartmut Mehdorn geht davon aus, dass zusätzliche Mittel in Höhe von etwa 1,1 Milliarden Euro notwendig seien. Zugleich wehrt er sich gegen eine stärkere Kontrolle, wie sie der Bundesrechnungshof gefordert hatte (siehe *PAZ* 20/2014). *J.H.*

Malaria im Gepäck

Saarbrücken – Das Aufgreifen von 29 Eritreern und eines Syrers, die ohne gültige Papiere aus Frankreich nach Deutschland einreisen wollten, hat am 12. Mai auf dem Saarbrücker Eurobahnhof einen Großeinsatz von Rettungskräften und Polizei ausgelöst. Nachdem bei einer der Personen lebensbedrohliches Fieber in Höhe von 41,7 Grad festgestellt worden war, kamen Einsatzkräfte in Vollschutzanzügen zum Einsatz, da der Verdacht einer infektiösen Krankheit bestand. Inzwischen hat sich bei einer Person ein Malaria-Verdacht bestätigt. Zu der Personengruppe, die in zwei aus Paris kommenden Zügen von der Bundespolizei aufgegriffen wurde, gehörten ein Säugling, zwei Kinder und eine Schwangere. Da die Eingereisten keine gültigen Aufenthaltspapiere bei sich führten, blieb zunächst unklar, ob bereits in Frankreich Asylanträge gestellt worden waren. *N.H.*

Rechtsaußen hofft

NPD versucht Wiederaufstieg – Sachsen dürfte entscheidend sein

Wir müssen und werden die beiden Fraktionen erhalten, um politisch und finanziell handlungsfähig bleiben zu können", so Udo Pastörs, Bundesvorsitzender der NPD. Mit den beiden Fraktionen, von denen er spricht, meint er die seiner Partei im mecklenburg-vorpommernschen und sächsischen Landtag. Die Ausgangslage ist klar: Verliert die Partei bei den sächsischen Landtagswahlen am 31. August ihre Bastion in Dresden, könnte auch der Rauswurf aus dem Landtag in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 2016 die Folge sein.

Ende des vergangenen Jahres läuteten schon die Totenglöckchen, wieder einmal. Der Parteivorsitzende Holger Apfel, der für eine selbst verordnete „seriöse Radikalität" stand, verlor alle Posten sowie sein Mandat im Sächsischen Landtag. Ihm wurde vorgeworfen, er habe sich während einer Wahlkampftour im Sommer 2013 einem jungen, männlichen Parteimitglied unsittlich genähert. Ob Gerücht, Fakt oder Intrige – geklärt ist der Fall bis heute nicht. Aber mit dem Ausstieg Apfels, der bis dahin die Fraktion in Dresden führte, verlor die Partei ihr Gesicht in der Hochburg Sachsen. Nur noch ein Prozent gaben die Meinungsforscher zum Jahresende der NPD. Zudem entschlossen sich die Bundesländer erneut, ein Verbotsverfahren gegen die Partei vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Die Mitgliederzahl, die 2004 bei der Rückkehr in den sächsischen Landtag auf rund 8000 angestiegen war, fiel zuletzt wieder unter die 6000er-Marke. „Rund 3000 Aktive haben wir, mehr nicht", musste Apfel im vergangenen Herbst eingestehen, nachdem auch die angekündigte Fusion mit der DVU ohne nennenswerten Zuwachs verpufft war. Seit Jahren plagen die Partei darüber hinaus finanzielle Probleme. Mehrfach hatte die NPD fehlerhafte Rechenschaftsberichte eingereicht, mehrfach weigerte sich die Bundestagsverwaltung, den vollen Betrag aus der staatlichen Parteienfinanzierung auszuzahlen. „Die Kasse könnte voller sein", gibt Parteichef Pastörs zu, „aber die Opferbereitschaft unserer Aktivisten ist groß."

Trotzt Verbotsverfahren, Finanzproblemen und Skandalen

„Das Verbotsverfahren spielt uns in die Karten, der Staat wird sich wieder eine blutige Nase holen", prophezeit Parteijustiziar Peter Richter und sagt voraus, dass es „ein zweites 2003 geben wird". Damals stellte das Bundesverfassungsgericht das erste Verbotsverfahren aufgrund von Verfahrensfehlern ein. Die NPD, die zu interner Geschlossenheit zurückfand, schaffte wenig später den Einzug in den sächsischen Landtag. Und die Geschichte könnte sich wiederholen. Vier Prozent würden derzeit die NPD im Freistaat wählen, das ist mehr als zum gleichen Zeitpunkt vor zehn Jahren. Zudem winken ihr bei der EU-Wahl am Wochenende ein bis zwei Mandate. Pastörs ist es gelungen, die internen Querelen zumindest vorerst zu stoppen.

Bei den Kommunalwahlen, die parallel in neun Bundesländern zum EU-Parlament stattfinden, konzentriert sich die Partei auf die Hochburgen im Osten sowie auf einige Schwerpunkte im Westen an Rhein, Ruhr und Saar. „Dort werden wir den Grundstein für Erfolge im Superwahljahr legen. Wir sind wieder da", sagt Pastörs. Und dann könnte es nicht nur am 31. August in Dresden, sondern auch am 14. September in Erfurt und Potsdam mit dem Landtagseinzug klappen. Dort liegt die NPD immerhin schon bei drei Prozent. *Peter Entinger*

Misstrauen wächst weiter

V-Mann hatte möglicherweise doch Kontakt zur NSU

Neuste Informationen lassen den Fall des im April verstorbenen langjährigen Verfassungsschutz-V-Mannes Thomas R. alias „Corelli" immer mysteriöser erscheinen. Nach Informationen des „Spiegel" ist kurze Zeit vor dem Tod „Corellis" beim Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz eine CD aufgetaucht, die erneut eine frühe Kenntnis des NSU durch den Verfassungsschutzspitzel nahelegt. So will ein Hamburger V-Mann 2006 von „Corelli" eine CD mit Propagandamaterial eines „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)" erhalten haben.

Der damit aufgekommene Verdacht ist heikel. Die aufgetauchte CD könnte ein weiteres Indiz dafür sein, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Spitzel im Umfeld des NSU gehabt hat, ohne dass dies Auswirkung auf die Fahndung nach dem NSU-Trio gezeigt hätte. Bislang bekannt war, dass 2002 in einer von „Corelli" herausgegebenen Zeitschrift eine Danksagung an den NSU abgedruckt war. Trotzdem wird bisher an der Darstellung festgehalten, der V-Mann habe keinen Kontakt zur NSU gehabt. Die nun aufgetauchte CD legt aber das Gegenteil nahe.

Erhärtet sich der Verdacht, drängen sich brisante Fragen auf. Zunehmend zweifelhafter wird etwa, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz in Sachen NSU tatsächlich so ahnungslos war, wie bisher immer dargestellt. Hat „Corelli" seine NSU-Kontakte wiederum verschwiegen, wirft dies erneut ein schlechtes Licht auf die ohnehin in der Kritik stehende Praxis der V-Mann-Führung. Immerhin galt „Corelli" mit einem Honorar von

Stasi-Vergangenheit in diesem Fall zumindest nicht zutreffend

180000 Euro als der bestbezahlte Spitzel in der Neonazi-Szene.

Was in Sachen V-Mann-Führung durch die Verfassungsschutzämter inzwischen alles für möglich gehalten wird, hat sich vor Kurzem beim Thüringer NSU-Ausschuss gezeigt. Ein Recherchefehler beim Freiburger Bundesarchiv hatte dazu geführt, dass sich der Thüringer Verfassungsschutz dem Vorwurf ausgesetzt sah, entgegen den Vorgaben auf ehemalige Stasi-Mitarbeiter als V-Leute zurückzugreifen. Konkret ging es um den ehemaligen Erfurter NPD-Chef Kai-Uwe Trinkaus, der nach eigenen Angaben fast fünf Jahre lang Informationen aus der rechten Szene an den Verfassungsschutz geliefert hat. Als eine der wichtigsten Figuren in der Thüringer NPD eröffnete Trinkaus nicht nur das erste NPD-Bürgerbüro in Erfurt, er versuchte ebenso, den Landesverband des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) zu unterwandern. Gegenüber dem MDR gab Trinkaus an, dass der Verfassungsschutz von derlei Aktivitäten immer informiert gewesen sei. Zumindest der Verdacht, man habe mit dem NPD-Funktionär Trinkaus auch noch auf einen ehemaligen Stasi-Mitarbeiter zurückgegriffen, scheint nun ausgeräumt. Das Freiburger Bundesarchiv musste inzwischen einräumen, dass ein simpler Fehler dazu geführt habe, dass dem Thüringer NSU-Ausschuss die Information geliefert worden sei, Trinkaus sei in den 80er Jahren „Offiziersschüler des Ministeriums für Staatssicherheit" gewesen.

Dass dieser Fehler für möglich gehalten wurde, dürfte den bisherigen Erfahrungen geschuldet sein. Fest steht inzwischen etwa, dass das Berliner Landeskriminalamt mit seiner „Vertrauensperson" Thomas S. (VP „Ibrahim") nicht nur einen Spitzel im engsten Umfeld des NSU hatte, mit dem zeitweiligen Liebhaber von Beate Zschäpe hatte man auch einen ehemaligen Informellen Mitarbeiter (IM) der Stasi rekrutiert. *N.H.*

MELDUNGEN

Italiener stützen Südtiroler

Rom – Das Recht der Südtiroler auf politische Selbstbestimmung wird von 71,8 Prozent der Italiener befürwortet. 63 Prozent wissen Bescheid über die Annexion und den im Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye 1919 Italien zugesprochenen südlichen Teil Tirols. Nur jedem dritten Italiener ist bekannt, dass in Schottland eine Volksabstimmung über dessen Unabhängigkeit stattfindet und in Katalonien ebenfalls ein solches Referendum angesetzt ist. Aber 74 Prozent befürworten ausdrücklich das Recht von Schotten und Katalanen auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage, die das italienische Meinungsforschungsinstitut „Demetra“ aus Mestre im Auftrag der überparteilichen Bozner „Arbeitsgruppe für Selbstbestimmung“ in ganz Italien durchgeführt hat. *R.L.*

Kiew: Posten für Biden-Sohn

Kiew – Hunter Biden, der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden, ist nach Angaben der ukrainischen Burisma-Holding, dem größten privaten Gasversorger der Ukraine, bereits im April zum Mitglied der Geschäftsleitung des Unternehmens berufen worden. Wie das „Wall Street Journal“ zusätzlich in Erfahrung bringen konnte, ist der 44-Jährige für die Rechtsabteilung von Burisma zuständig. Obwohl der Vater als US-Regierungsmitglied tief in die politischen Vorgänge um die Ukraine involviert ist, wird vom Weißen Haus kein Interessenkonflikt in der Berufung gesehen. „Hunter Biden und andere Mitglieder der Familie sind offensichtlich private Bürger“, so Regierungssprecher Jay Carney. Wo sie arbeiteten, habe nichts mit dem Präsidenten oder Vizepräsidenten zu tun. *N.H.*

Kein leichtes Spiel

China versucht, bei Gebietsstreitigkeiten mit Vietnam Fakten zu schaffen – Hanoi leistet Widerstand

Beim Besuch von Chinas Premier Li Keqiang letzten Oktober in Hanoi schienen die Probleme zwischen Peking und Hanoi ausgeräumt. Das hat sich mittlerweile als Trugschluss erwiesen. Gewaltsame anti-chinesische Proteste in Vietnam haben Peking inzwischen veranlasst, Reisewarnungen für das Land auszusprechen und einige tausend Bürger zurück nach China zu holen.

Noch im Oktober hatten sich die kommunistischen Genossen auf eine gemeinsame Seegrenze im Golf von Tonking zwischen Nordvietnam und der südchinesischen Insel Hainan sowie im Prinzip auf die gemeinsame Ausbeutung der vermuteten Öl- und Erdgasvorkommen bei den umstrittenen Paracel- und Spratly-Inseln weiter südlich im Südchinesischen Meer geeinigt. Die pro-chinesische führende konservative Fraktion in der vietnamesischen KP wollte keinen Streit mit China. Vietnam hat – im Gegensatz zu Japan und den Philippinen – mit dem Reich der Mitte eine Landgrenze und keinen Verteidigungspakt mit den USA.

Inzwischen kam es jedoch in Vietnam, sehr zum Unbehagen der Apparatschiks, zu großen anti-chinesischen Demonstrationen in Hanoi, Danang und Saigon. Die Demonstrationen gerieten – erstmalig in der Geschichte des Landes – derart außer Kontrolle, dass 15 vermeintlich chinesische Fabriken angezündet wurden, von denen viele allerdings im Besitz von Taiwanesen oder Südkoreanern waren.

Anlass für die Proteste war, dass sich am 2. Mai plötzlich, von einer Armada von 80 Nachschub- und Küstenwachschiffen begleitet, die größte chinesische Tiefseebohrinsel auf eine Bohrstelle westlich der Paracel-Inseln – nur knapp 190 Kilometer vom vietnamesischen Festland entfernt – zu bewegte, um im Auftrag der staatlichen Ölgesellschaft CNOOC bis Mitte August im zwischen China und Vietnam umstrittenen Gebiet nach Öl zu bohren. Ganz eindeutig hatte China Vietnam, ein Land ohne Bundesgenossen, als schwächstes Glied jener Nachbarstaaten ausgemacht, mit denen es im Grenzstreit liegt und das sich überhaupt auch auf bilaterale Verhandlungen eingelassen hatte.

Vietnam reagierte jedoch nicht wie erwartet unterwürfig gegenüber dem mehr als zehnfach überlegenen Nachbar, sondern schickte 35 Schiffe der Küstenwache zu den Paracel-Inseln, um den Ring der Chinesen um ihre Bohrinsel aufzubrechen. Die Chinesen reagierten, indem sie die Vietnamesen mit Wasserkanonen beschossen und deren Schiffe zu rammen versuchten.

Die Paracel-Inseln, eine Gruppe unbewohnter Felsen, Riffe und Sandbänke, liegen innerhalb der 200-Meilen-Zone östlich Mittelvietnams. Die Inseln waren zeit- und teilweise von südvietnamesischen Truppen besetzt, wurden aber bis 1974 von China vollständig erobert und besetzt. Doch diese chinesische Eroberung wurde durch Vietnam nie anerkannt.

Philippinen erleben ähnliche Konflikte mit China

China beansprucht seit 1953 etwa neun Zehntel des Südchinesischen Meers, über das mittlerweile ein Drittel des weltweiten Schiffsverkehrs verläuft. Die Chinesen begründen diesen Anspruch damit, dass es ihren Forschern zufolge auf den unbewohnten Felsen und Sandbänken Gräber ihrer Landsleute gebe, eine Logik, nach der Europäer die ganze Welt weiter beanspruchen könnten.

Schon vor zwei Jahren hatte China die vor den Philippinnen liegende Sandbankkette von Scarborough Shoal kurzerhand besetzt und die Besatzung des Vorposten Second Thomas Shoal abgeschnitten. Kürzlich nun haben philippinische Sicherheitskräfte neun chinesische Fischer in der Nähe von Half Moon Shoal, einem ebenfalls umstrittenen Gebiet, verhaftet. Bei ihnen wurden 555 illegal gefangene Riesenseeschildkröten gefunden, die meisten leider schon tot. Jetzt blühen ihnen zwölf bis 20 Jahre in Gefängnissen in der philippinischen Provinz Palawan. Peking besteht auf ihre Freilassung, da sie in chinesischen Gewässern gefischt hätten. Die Philippinen bestehen mit ihrem Präsident Benigno Aquino weiter auf einer multilateralen Lösung vor einem Seerechtstribunal der Vereinten Nationen. Doch China schickte nicht einmal Anwälte zum Termin.

Vietnams Premier Nguyen Tan Deng nannte Chinas Infiltration zwar „sehr gefährlich und ernsthaft“, doch erhielt er vom kürzlichen Asean-Gipfel in der burmesischen Hauptstadt Naypyitaw nicht mehr als eine Betroffenheitsstellungnahme, welche die Volksrepublik nicht ausdrücklich beim Namen nannte. So sehr waren die schwächeren Asean-Mitglieder wie Kambodscha, Laos und Birma von China eingeschüchtert. Da waren Japan, die EU und die USA schon deutlicher, als sie China zu Zurückhaltung, Deeskalation und einer friedlichen, rechtsorientierten Problemlösung aufforderten.

Noch besteht China darauf, es handle sich um nationale „Kerninteressen“, bei denen wie bei allen seinen Territorialkonflikten keine Kompromisse möglich seien. Es ist nicht abzusehen, wann Peking einsieht, dass der angestrebte friedliche Aufstieg zur führenden Großmacht der Welt nicht möglich sein wird, wenn es durch Streit mit allen Nachbarn jene in die Arme der USA treibt.

Vietnam, das China bereits im Grenzkrieg von 1979 besiegte, dürfte mit Sicherheit eine sehr harte Nuss sein. Im nationalen Mythos besiegten die selbsternannten Preußen Asiens 1945 Japan, 1954 Frankreich, 1975 die USA und 1979 China. In Feuergefechten um die südlicher gelegenen Spratly-Inseln fielen 1988 64 vietnamesische Seeleute. Widerstand gegen auswärtige Aggression ist Teil des vietnamesischen nationalen Erbes. Falls Peking glaubt, hier ein leichtes Spiel zu haben, hat es sich gründlich verrechnet. *Albrecht Rothacher*



Proteste gegen China begannen friedlich: Am Ende zerstörten Vietnamesen sogar Fabriken Bild: Reuters

Juden in Angst

Antisemitische Übergriffe in der Ukraine

Einen Eklat hat der Gouverneur der südukrainischen Oblast Cherson, Jurij Odartschenko, mit einer Rede zum „Tag des Sieges“ am 9. Mai ausgelöst. Wie die Lokalzeitung „Chersonskie Vesti“ berichtet, hat das Mitglied in Julia Timoschenkos Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ in dieser Rede Hitler als Befreier der Ukraine bezeichnet. „Chersonskie Vesti“ zufolge sorgte die Rede unter den Zuhörern für tumultartige Unruhe.

Nachrichten wie diese dürften ihren Anteil daran haben, dass in Israel die Berichterstattung über die Ukraine von Skepsis geprägt ist. So berichtet die israelische Zeitung „Haaretz“, dass in Kiew nach Angriffen auf orthodoxe Juden und Brandanschlägen auf Synagogen eine schnelle Eingreiftruppe zum Selbstschutz der jüdischen Bevölkerung aufgestellt worden sei. Bei dem Gründer dieser Gruppe, Tzvi Arieli, soll es sich nach Angaben von „Haaretz“ um einen in der Ukraine lebenden ehemaligen Angehörigen einer israelischen Spezialeinheit handeln. In Gesprächen mit den Behörden sei klar geworden, dass letztere kaum Schutz für die jüdische Gemeinde bieten könnten. „Also mussten wir unsere Sicherheit in die eigenen Hände nehmen“, so Arieli. Die Mitglieder der Truppe haben nach Angaben Arielis früher entweder in der ukrainischen oder der israelischen Armee gedient und/oder bringen Kampfsporterfahrungen mit.

Israel beäugt Lage in Kiew kritisch

Die „Jerusalem Post“ hat sich wiederum mit der Lage der rund 30 000 Mitglieder umfassenden jüdischen Bevölkerungsgruppe in der Hafenstadt Odessa befasst. Sollten die Gewalttätigkeiten signifikant zunehmen, dann sei man auf eine Ausreise aus der Stadt vorbereitet, so Vertreter der jüdischen Gemeinde zur „Jerusalem Post“. In Odessa war es am 2. Mai zu schweren Unruhen gekommen, bei denen nach offiziellen Angaben mindestens 46 Menschen ums Leben kamen. Allein 38 Tote soll es beim Brand eines Gewerkschaftshauses gegeben haben, in das sich prorussische Aktivisten geflüchtet hatten. Wie der ukrainische Innenminister Arsen Awakow von der Partei „Vaterland“ inzwischen bekannt gegeben hat, befindet sich der stellvertretende Polizeichef Odessas Dmitrij Futschedschi inzwischen auf der Flucht. Der zur Fahndung ausgeschriebene Polizist wird verdächtigt, am 2. Mai persönlich den Einsatz von Provokateuren geleitet zu haben. *N.H.*

Blut geleckt?

Mexiko verdankt Bürgerwehren im Kampf gegen Drogenbosse viel, doch auch sie bergen Risiken

Eine mexikanische Bürgerwehr hat jetzt erreicht, was ihrer Regierung seit Jahrzehnten nicht gelingt: die Befreiung eines gesamten Bundesstaates von einem allmächtigen Drogen-Kartell. Michoacan ist einer der wohlhabendsten Staaten von Mexiko, größter Exporteur der Welt von Avocados und Limonen. Doch seit einem Jahrzehnt litt er unter der brutalen Herrschaft der Knights Templar (Tempelritter). Diese pflasterten die Straßen mit den Leichen ermordeter Rivalen, machten ihr Geld neben dem Drogenhandel mit Entführungen, bedrohten und ermordeten feindlich gesinnte Journalisten und bestachen Politiker wie die Polizei mit gewaltigen Summen. Die Knights Templar waren überall. Als das Leben der Bürger immer unerträglicher wurde und von der Regierung kaum Hilfe kam, formierten sich im letzten Jahr entschlossene Bürger unter dem 57-jährigen Farmer Estranislao Beltran, „Papa Pitufo“ (Papa Schlumpf) genannt, zu Selbsthilfegruppen. Bewaffnet mit Stöcken, Messern, Pistolen, Jagdgewehren, doch zunehmend auch mit Angriffswaffen, schritten die „Vigilantes“, was übersetzt Bürgerwehren bedeutet, zur Tat. „Als wir diesen Kampf starteten“, sagt „Papa Petufo“, „da waren in Michaocoa täglich Blutbäder, überall Barrikaden und eine Atmosphäre von Angst. Es war schrecklich. Wir mussten handeln.“ Einen Ort nach dem anderen befreiten die „Vigilantes“ von den total verblüfften „Tempelrittern“ und errichteten ihre eigenen Stützpunkte.

Die nicht minder verblüffte Regierung von Präsident Enrique Pena Nieto sah die Aktionen der Bürgerwehr mit Sorge. Diesen unerschrockenen, zu allem entschlossenen Männern gelangen Erfolge, die das Volk seit Jahren von Polizei und Militär erwartet hatte. Nach längerem Zögern schickte Pena Nieto Unterstützung. So wurde vor ein paar Monaten der Gouverneur von Michoacan, Jesus Reyna, verhaftet. Gleiches wiederfuhr den Bürgermeistern von Apatzingan und Lazaro Cardenas, einem der größten Häfen von Mexiko. Alle hatten mit den Drogenbossen heimlich zusammengearbeitet. Der größte Coup gelang am 9. März mit der Erschießung des legendären Kartellbosses Nazarino Moreno Gonzalez durch Marineinfanteristen. Vom Tod ihres charismatischen Anführers hat sich das Kartell bis heute nicht erholt.

„Wo wir auftauchen, haben sie keinen Einfluss mehr. Da verschwinden sie“, sagt stolz „Papa Petufo“, während er Hof hält auf dem Limonenmarkt in Apatzingan, dem 300 Kilometer von Mexiko Stadt entfernt in einem fruchtbaren Tal liegenden Hauptsitz der „Vigilantes“. Dort versammelten sich am vergangenen Wochenende Hunderte seiner „Vigilantes“, um gemäß einer Vereinbarung mit der Regierung ihren Kampf erst einmal einzustellen und ihre Waffen registrieren zu lassen. Dass sie selbst Angriffswaffen wie die AK-47 „Kalaschnikow“ behalten dürfen, war der Kompromiss, den viele kritisch sehen. Nur raketenangetriebene Panzerabwehrhandwaffen, sogenannte Bazookas, und Granatwerfer mussten abgeliefert werden. Über das Wochenende ließen sich mehr als 3300 „Vigilantes“ neben 6000 ihrer Waffen registrieren.

Dorfbewohner wollen ihre Waffen nicht mehr abgeben

Doch ist die Situation nicht so eindeutig, wie sie auf den ersten Blick erscheint. „Papa Pitufo“ hat nicht alle Bürgerwehren unter seiner Kontrolle. Vor Kurzem wurde Hipolito Mora Chavez, ein anderer dynamischer Anführer, wegen Mordverdachts verhaftet, wobei es um eine Art Blutrache ging, die Mora energisch bestreitet. Und viele der Kämpfer sehen im Kampf gegen die „Tempelritter“ auch eine reizvolle Abwechslung in ihrem ansonsten eintönigen Alltag. „Für viele ist das ursprüngliche Motiv verblasst“, meint ein Offizier. „Sie haben Blut geleckt und genießen jetzt ihre Macht.“

Eine andere Gefahr besteht darin, dass rivalisierende Kartelle wie die neue „Jalisco New Generation“ Gruppen der Bürgerwehr unterwandern und mit modernsten Waffen versorgen, um die Knights Templar zu bekämpfen. Die 60-jährige Verkäuferin Esperanza Bejar hat gerade ihren 26-jährigen Sohn begraben, der von den „Vigilantes“ entführt und zusammengeschlagen worden war und sich kurz darauf das Leben genommen hatte. „Die Bürgerwehren sind ein riesiger Mischmasch von Leuten“, sagt Bejar und weiter: „Gute Leute, weniger gute und die Schlimmsten.“

Für Pena Nieto erhebt sich nun die Frage, ob er die „Vigilantes“ offiziell in sein „Ländliches Verteidigungscorps“ eingliedern soll, wo sie künftig mit Polizei und Militär eingesetzt würden. Mexikos konservative „Nationale Aktions-Partei“ (PAN) wäre dafür. „Erst hofieren wir die Bürgerwehren“, sagt Xavier Lozano, ein führendes PAN-Mitglied, „dann stecken wir Mora ins Gefängnis. Wir müssen einfach sehen, wie diese ganz Schizophrenie endet.“ *Liselotte Millauer*

Büttel der Schuldenmacher

EZB will neuartige Maßnahmen ergreifen, um die Banken zum Geldausgeben zu nötigen und Inflation zu schaffen

Eigentlich sollte eine Zentralbank auf ihre seriöse Außenwirkung bedacht sein, doch derzeit sind die vielen Andeutungen dreier EZB-Direktoriumsmitglieder über mögliche Maßnahmen, die am 5. Juni verkündet werden sollen, dem abträglich. Vor allem verdeutlichen die gezielt gestreuten Anhaltspunkte über die Pläne jedoch, dass die Hüterin über die Stabilität der Gemeinschaftswährung inzwischen ganz andere Ziele verfolgt.

Schon seit Monaten warnen Mitglieder des EZB-Rates vor einer Deflation, also sinkenden Preisen. Aus der Perspektive Deutschlands, wo die Verbraucherpreise offiziell im April um 1,3 Prozent gestiegen sind – gefühlt sogar ein wenig mehr, da der für die statistische Ermittlung verwendete fiktive Warenkorb nicht den Alltagserfahrungen der Bürger entspricht –, kann man diese Befürchtungen nur schwer nachvollziehen. Aber auch im gesamten Euro-Raum haben die Preise noch um 0,7 Prozent angezogen.

Trotzdem spielt die Deflation zumindest für EZB-Präsident Mario Draghi eine immer bedeutendere Rolle. Und auch linke Ökonomen warnen vor den sinkenden Preisen, da mit ihr häufig höhere Arbeitslosigkeit und mehr Unternehmenspleiten verbunden seien. Hierbei verweisen sie vor allem auf Krisenländer wie Griechenland, Spanien, Zypern und Portugal, die allerdings bereits im Rahmen der Euro-Krise hier schon Negativrekorde erreicht haben, bei denen eine Steigerung eigentlich kaum noch möglich zu sein scheint. Zudem, und dies wiederholt der Chef des renommierten Münchner ifo Instituts Hans-Werner Sinn seit Jahren beharrlich, müssen diese Länder eine Phase der sinkenden Preise erleben, denn nur so könnten sie ihre lahmende Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland ausgleichen. Gäbe es keinen Euro, könnten diese Länder über eine Abwertung ihrer Währung den Konkurrenzdruck lindern, doch durch die Gemeinschaftswährung bleibt ihnen nur die sogenannte innere Abwertung, was schlicht eine Senkung von Gehältern und in der Folge auch der Preise mit sich zieht. Sinn ist sogar überzeugt, dass nicht nur Griechenland einer internen Abwertung von rund 30 Prozent bedürfe, sondern dass sogar Frankreich seine Preise um 20 Prozent drücken müsste.

Für die EZB spielt dieses Argument allerdings keine Rolle, da es Fehler im Euro-System problematisiert, die von der Zentralbank ausgeblendet werden, schließlich verdankt sie ihre Existenz der Einführung des Euro. Und so versteigen sich Draghi und seine EZB-Kollegen Peter Praet und Yves Mersch in Andeutungen, die den Schluss zulassen, dass die Zentralbank bei ihrer nächsten Sitzung am 5. Juni nicht nur den Leitzins von derzeit 0,25 Prozent weiter senken wird, sondern dass man dort auch an anderen Instrumenten arbeitet. Inzwischen werden weder Negativzinsen noch weitere Aufkäufe von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren ausgeschlossen. Ziel sei es, den vergleichsweise starken Euro abzuwerten und die Banken dazu zu bringen, mehr Geld an die

Gespenst der Deflation nur Vorwand für Hasardspiel

Unternehmen zu verleihen, um so die Konjunktur anzukurbeln. Dies ist vor allem im Sinne der Euro-Krisenländer und Frankreichs, deren Repräsentanten im EZB-Rat die Mehrheit der Entscheider stellen. Vor allem Paris will, dass die EZB den Euro abwertet, damit das Land mehr exportieren kann. Anton Börner, Präsident des deutschen Bundesverbandes Groß- und Außenhandel, sieht hingegen für die deutsche Wirtschaft hier keine Notwendigkeit. Sie exportiere bei einem Euro-Dollar-Kurs von 1,30 nicht schlechter als bei einem von 1,40. Innovative Produkte würden schließlich den Ausschlag geben. Außerdem profitiert vor allem die deutsche Wirtschaft davon, dass sie Rohstoffe, aber auch Waren ihrer außerhalb des Euro-Raums agierenden Zulieferer aufgrund des derzeitigen Euro-Kurses günstiger einkaufen kann. Auch die Chefökonomen deutscher Bankhäuser sind der Meinung, dass die niedrige Preissteigerung vor allem auf die billigeren Importe zurückzuführen sei und bedauerlicherweise keineswegs auf Reformen und Preissenkungen in den Euro-Krisenländern, obwohl diese notwendig seien.

Die „Wirtschaftswoche“ unterstellt der EZB sogar, fern ihres eigenen Auftrags sich auf fremdes Terrain zu begeben. „Mit alarmistischem Tonfall soll in der Öffentlichkeit der Boden bereitet werden, auf dem die EZB dann unter dem Deckmantel der Deflationsbekämpfung eine Inflationspolitik betreibt. Deren Ziel ist, die überbordenden Staatsschulden abzuschmelzen.“ Und tatsächlich haben Länder wie Griechenland mit einer Staatsverschuldung von 175 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nur eine Chance, von ihren Schulden wegzukommen, wenn sie eine Kombination aus Reformen, aber auch Inflation betreiben. Dass dies zulasten aller Gläubiger und somit Sparer geht, ist die Kehrseite der Medaille.

Aber selbst wenn die EZB mit ihren Maßnahmen wirklich nur die Konjunktur im Euro-Raum anfeuern wollte, indem sie eine Abwertung des Euro erzwingt und so Exporte verbilligt, ist völlig offen, ob die Welt auf Produkte aus Frankreich und Griechenland wartet und ob diese überhaupt ein entsprechendes Angebot haben. Dies soll auch dadurch entstehen, dass die möglicherweise mit Negativzinsen für ihre Geldanlagen bei der EZB bestraften Banken offensiver Geld an Unternehmen verleihen, doch erstens sind Kredite an Unternehmen in Krisenländern riskant, da Pleiten drohen, zweitens sind es vor allem nordeuropäische Banken, auf deren Heimatmärkten keinerlei Kreditklemme herrscht, die derzeit viel Liquidität bei der EZB haben, und drittens haben die Erfahrungen gezeigt, dass die Banken mit zu viel Liquidität – und im Falle von Strafzinsen sogar dazu genötigt – eher an Börsen investieren. Dies kann zu Blasenbildung führen, was wiederum Finanzkrisen erzeugen kann und neue Banken-Rettungen notwendig macht. Allein die Andeutungen von Seiten der EZB haben in den letzten Wochen schon dafür gesorgt, dass der Kurs des Euro gesunken ist und gleichzeitig mehr an den Börsen investiert wurde. So stiegen unter anderem zahlreiche Indizes, obwohl die Gewinnerwartungen der Unternehmen keinesfalls rosig sind.

Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, beurteilt das Spiel der EZB mit Negativzinsen äußerst kritisch. „Bei negativen Leitzinsen geht es nicht um vermeintliche Deflationsgefahr“, so Krämer, „sondern darum, den Finanzministern der Peripherieländer und ihren Banken zu helfen.“ *Rebecca Bellano*



Nur Mittel zum Zweck: Angeblich wollen EZB, EU und EU-Regierungschefs den Euro retten, doch längst wird er für kurzfristige Interessen missbraucht und untergraben Bild: pa

MELDUNGEN

Trotz Tricks lahmt Export

Tokio – Die Freude über ein Wirtschaftswachstum von sechs Prozent währte in Japan nicht lange. Dieses positive Quartalsergebnis der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt erklärt sich aus dem Umstand, dass Bürger wie Unternehmen kurz vor der Mehrwertsteuererhöhung im April ihre anstehenden Käufe vorverlegten. Auch die Freude über eine Inflation in Höhe von 1,7 Prozent nach 15 Jahren Deflation fällt angesichts des massiven Engagements der Notenbank, die seit Monaten billiges Geld in die Märkte pumpt, bescheiden aus und lässt sich vor allem durch teurere Energieimporte aufgrund des künstlich schwachgehaltenen Yen erklären. Dieser soll eigentlich den Export ankurbeln, doch in den letzten Monaten hat sich das Defizit der Handelsbilanz weiter erhöht. Da wegen der gestiegenen Mehrwertsteuer auch der Binnenkonsum wegbrechen dürfte, sehen Experten Japans Wirtschaftsaussichten düster. *Bel*

Union vertagt Steuerdebatte

Berlin – Nachdem SPD, Grüne und Gewerkschaften die einst von Rot-Grün eingeführte Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte und Dividenden als ungerecht kritisiert haben, da sie Einkünfte auf Vermögen geringer besteuere als jene aus Arbeitseinkommen, haben CDU und CSU die Diskussion vorerst für beendet erklärt. Da es einen automatischen Informationsaustausch über Auslandskonten mit den Heimatländern der Kontoinhaber nicht vor 2017 geben werde, sei eine Debatte zum jetzigen Zeitpunkt nicht fruchtbringend, heißt es aus der Union. Derzeit führen die Banken automatisch und anonym 25 Prozent Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte an den Fiskus ab. Ziel der Einführung der Steuer war es gewesen, Vermögende durch einen niedrigeren Steuersatz als den individuellen von einer Steuerflucht ins Ausland abzuhalten. *Bel*

Im Wahn der Vorschriften

EU macht sich mit ihrer Regulierungswut mehr Feinde als Freunde

Eine vom britischen Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov in Deutschland, Frankreich und Großbritannien durchgeführte aktuelle Meinungsumfrage bescheinigt der EU kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament wenig Zustimmung. Kritiker meinen, die EU sei mit ihren Verordnungen teils selbst schuld, allen voran die EU-Kommission. Als sie 2013 Olivenöl in offenen Karaffen aus Restaurants verbannen wollte, liefen Gastronomen und Verbraucher Sturm – die Novelle war den Interessen bestimmter Hersteller zu augenfällig auf den Leib geschneidert und kam zu Fall. Dabei hatte die Kommission schon „eine mögliche Auswirkung auf andere Sachen“ im Sinn, wie sie selbst mitteilte. Auch offen ausgeschenkten Essig und Hauswein sowie Salz und Pfeffer nahm sie so aufs Korn.

Dieser einen absurden Verordnung, die gescheitert ist, stehen viele verwirklichte gegenüber. Bei manchen Apfelsorten muss die Hälfte der Fläche rot gefärbt sein, 18 Seiten widmet die EU allein dieser Frucht. Orangen unterhalb der EU-Mindestgröße dürfen nicht in den Handel, bestimmte Paprikaschoten nur Größenabweichungen um zwei Zentimeter aufweisen. Sogar der Farbgrad für Poree ist eng umrissen – weiß.

Nicht nur bei Lebensmitteln regiert die EU das Leben der Bürger, sie schreibt auch berufliche Tätigkeiten vor: „Der Pizzabäcker schiebt die belegte Pizza mit Hilfe von etwas Mehl mit einer

Selbst berufliche Tätigkeiten werden normiert

Drehbewegung auf einen Holz- oder Aluminiumschieber, dann lässt er sie mit einer schnellen Bewegung des Handgelenks auf die Ofensohle gleiten, ohne dass der Belag überschwappt.“ Die Leiter-Richtlinie (2001/45/EG) lässt beim Aufstellen derselben kaum Spielraum: „Die Leiterfüße von tragbaren Leitern müssen so auf einem stabilen, festen, angemessen dimensionierten und unbeweglichen Untergrund ruhen, dass die Stufen in horizontaler Stellung bleiben.“ Eine Gleitschutzvorrichtung ist Pflicht. Im Verpackungswesen ist die Gemeinschaft noch spitzfindiger: „Blumentöpfe, in denen die Pflanze während ihrer Lebenszeit verbleibt“, sind per Gesetz keine Verpackung, „Blumentöpfe, die nur für den Verkauf und Transport von Pflanzen bestimmt sind“, hingegen schon.

Das Glühlampenverbot ist ebenfalls hoch umstritten, beschert es uns doch nicht nur dunklere Zimmer, sondern mit den Giftstoffen in Energiesparlampen auch neue Haushaltsgefahren. Der Verkauf alter Lampen darf indes unter besonderen Umständen weitergehen.

Elektroautos befindet die EU als zu leise – eine Novelle ist in Vorbereitung, die diesen Autos künstliche Lärmemissionen vorschreiben soll, der Sicherheit wegen.

Selbst wenn ein EU-Gesetz jeder Rechtsgrundlage entbehrt, kann es in Kraft bleiben, wie der Europäische Gerichtshof jetzt zu Strafzetteln im Ausland feststellte. Hier fehle für die EU-weite Weitergabe der Halterdaten des Fahrzeugs zwar die Rechtsgrundlage, trotzdem bleibe das entsprechende Gesetz in Kraft, weil es der Verbesserung der Verkehrssicherheit diene. *SV*

Kritik reißt nicht ab

Gesetzlicher Mindestlohn stößt auf immer breitere Abwehrfront

Die Kritik am von CDU, CSU und SPD geplanten gesetzlichen Mindestlohn weitet sich aus. Bislang hatten vor allem Arbeitgeber und Wirtschaftsexperten den Gesetzentwurf auseinandergenommen und als Programm zur Vernichtung von Arbeitsplätzen gegeißelt.

Nun melden auch Arbeitsrechtler massive Bedenken an. Etwa bei der Haftungsfrage: Ein Generalunternehmer soll laut Gesetz verpflichtet werden, die Einhaltung des Mindestlohns bei allen von ihm beauftragten Subunternehmen zu überwachen. Bei Verstößen wird er, der Generalunternehmer, in Haftung genommen.

Dabei schnappt eine bedenkliche Beweislast-Umkehr zu. Nach deutschem Recht gilt jeder als unschuldig, solange ihm selbst keine Schuld nachgewiesen werden konnte. Hier aber soll der Generalunternehmer beweisen müssen, dass er vom Lohndumping seines Auftragnehmers nichts wusste, bei Großprojekten ein anspruchsvolles Unterfangen.

Probleme erwarten auch Branchen, in denen bislang nach Stückzahl bezahlt wird, nicht nach Zeit. Müssen die Stücklöhne nun durch den Mindestlohn ersetzt werden? Das Nachsehen hätten all jene Arbeitnehmer, welche besonders schnell arbeiten. Sie würden geradezu genötigt, langsamer zu machen. Ungeklärt ist bislang zudem noch, ob und inwieweit Sonderzahlungen wie Schichtzulagen oder Weihnachtsgeld mit dem Mindestlohn verrechnet werden.

Beweislast soll auf Unternehmer abgewälzt werden

In der Beweislastumkehr für Generalunternehmer sehen Kritiker den Versuch, die Kontrollaufgaben des Staates auf die Wirtschaft abzuwälzen. Da könnte etwas dran sein: Die zuständige Behörde des Landes Berlin räumt offen ein, dass sie aufgrund ihres gekürzten Personalbestandes nur noch in der Lage sei, äußerst zwingende gesetzliche Aufgaben zu erledigen.

Was unter solchen Umständen aus einem Mindestlohn werden kann, zeigt die Branche der Gebäudereiniger, wo bereits seit Jahren ein tariflicher Mindestlohn gilt. Der beträgt derzeit neun Euro und wird regelmäßig und drastisch unterlaufen (die *PAZ* berichtete mehrfach), ohne dass die Behörden das Problem in den Griff bekommen.

Folge der skandalösen Dumpinglöhne ist, dass kaum noch Deutsche in der Branche arbeiten. Ganze Betriebe, die etwa im Auftrag von Hotels die Zimmerreinigung erledigen, beschäftigen nur noch Ausländer oder Eingebürgerte mit geringen Deutschkenntnissen. Grund: Diese können sich am wenigsten wehren.

Dennoch haben die Firmen immer größere Probleme, die miserabel bezahlten Stellen zu besetzen. Eigentlich müsste die schlechte Behandlung der Angestellten längst dazu geführt haben, dass überhaupt niemand mehr Zimmermädchen oder „Roomboy“ werden möchte, bis die Unternehmen die Bezahlung auf menschenwürdiges Niveau heben. Doch die Zuwanderungspolitik sorgt unter dem Siegel der „Weltoffenheit“ dafür, dass ein nicht versiegender Strom immer neuer Opfer offener Ausbeutung aus aller Welt auf den deutschen Arbeitsmarkt drängt. Damit kann das Dumping weitergehen. *H.H.*

Protest? Ja, bitte!

Von Jan Heitmann

Der egozentrische, despotische und machtgierige türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan will unbedingt an der Macht bleiben. Dafür geht er sogar, wie das Grubenunglück in Soma gezeigt hat, über Leichen. An diesem Wochenende kommt er wieder nach Deutschland, um bei seinen Landsleuten für sich zu trommeln. Denn im August will er zum Staatspräsidenten gewählt werden und erstmals dürfen die Türken auch in Wahllokalen in Deutschland abstimmen. Erdogan wird wieder in der Kölner Arena seinen großen Auftritt haben, wo er vor einigen Jahren seine Anhänger beschwor, sich nicht assimilieren zu lassen.

Gegen Erdogans Besuch gibt es viel berechtigten Protest. Die deutsche Politik scheut sich jedoch, selbst eine klare Position gegen den Möchtegern-Sultan zu beziehen. Stattdessen fordert sie die in Deutschland lebenden Türken zu Demonstrationen auf. Die sind längst angemeldet. Wenn sie schon selbst nichts tun, sollten die deutschen Politiker wenigstens diese demokratischen türkischen Kräfte unterstützen, indem sie an deren Demonstrationen teilnehmen.

Staat schöpft ab

Von Rebecca Bellano

Für Arbeitnehmer, die in tarifgebundenen Branchen tätig sind, sind die Zeiten gut. Tariferhöhungen von 2,4, drei, 4,5 oder gar 5,4 Prozent waren in den letzten Jahren drin, wo zuvor die Nullrunden dominierten. Wirtschaftsexperten warnen jedoch bereits, dass die über dem tatsächlichen Wirtschaftswachstum liegenden, also die vergleichsweise starken Lohnsteigerungen die deutsche Wettbewerbsfähigkeit gefährden würden.

Ihre Kritik lässt den Eindruck entstehen, dass sich die deutschen Arbeitnehmer einen zu großen Schluck aus der Pulle gönnen würden, der am Ende für einige von ihnen zum Jobverlust führen könnte. Gewerkschaften wiederum begründen ihre Forderungen damit, dass wer mehr Geld in der Tasche hat, auch mehr konsumieren könne, was die Wirtschaft ankurbele und den Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit relativiere.

Bedauerlicherweise sind es jedoch keineswegs die Arbeitnehmer, die mehr Geld in der Tasche haben. Berücksichtigt man bei den Gehaltssteigerungen die zu zahlenden überproportional höheren Steuern infolge der Kalten Progression und rechnet dann noch die Inflation ab, bleibt netto kaum etwas von dem versprochenen Geldsegen übrig. Hiervon kann dann auch nicht die Wirtschaft durch einen steigenden Konsum profitieren, so dass die Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht durch steigende Einnahmen im Inland kompensiert wird. Der einzige, der am Ende wirklich profitiert, ist der Staat. Nur so lässt sich erklären, dass, obwohl das Bruttoinlandsprodukt 2013 nur um 0,4 Prozent stieg, die Steuereinahmen um 3,3 Prozent zunahmen.

Barings Appell

Von Hans Heckel

Arnulf Baring zeigte sich beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel wie gewohnt kämpferisch. Der 82-Jährige redete nicht drumherum, bezog Stellung: Die Deutschen seien ein weinerliches Volk geworden, sie müssten ihre alte Kraft zurückgewinnen.

Um Lösungen für die Zukunft zu finden, müssten wir uns vor allem aus den Fesseln der Politischen Korrektheit befreien. Die habe dazu geführt, dass nur noch „Redensarten“ ausgetauscht würden, statt hart und sachlich zu debattieren.

So aber seien Beschlüsse wie der zur Energiewende oder zur Abschaffung der Wehrpflicht getroffen worden, ohne dass darüber inhaltlich gestritten worden sei. Die Resultate sind in Barings Augen ein Desaster.

Die Abschaffung der Wehrpflicht basiere auf der politisch korrekten Illusion, dass, nur weil Deutschland friedfertig sei, dies auch alle anderen Staaten sein müssten. Dies aber sei nicht der Fall.

Sich von den Fesseln der Politischen Korrektheit lösen

Als Beispiel für einen aggressiven Nachbarn nennt Baring Russland und namentlich dessen Präsidenten Putin. Der habe gesagt, der Untergang der Sowjetunion sei für ihn das „größte Unglück des 20. Jahrhunderts“. Daraus schloss Baring in Kassel, dass der Kreml-Chef „bei jeder passenden Gelegenheit so viel wie möglich wieder einsammeln“ wolle vom verlorenen Machtbereich der UdSSR. Daher ist es für den Historiker sonnenklar, dass Moskau gezielt die „Chaotisierung der Ukraine“ betreibe, und mahnt: „Wer weiß denn, ob Putin an der polnischen Grenze haltmacht?“ Jetzt dürfe Deutschland kein „Apeasement“ betreiben wie die Westmächte damals gegen Hitler. Härte gegen Moskau sei gefordert, nur damit werde Deutschland als Regionalmacht seiner Verpflichtung gegenüber den von Russland bedrohten mittelosteuropäischen Nachbarn gerecht.

In Barings Worten liegt viel Wahres, aber leider auch ein folgenschwerer Irrtum. Aus Putins Geständnis, im Untergang der UdSSR, also der großrussischen Macht, das „größte Unglück“ zu sehen, kann er nichts anderes sehen als die Forderung nach Wiederherstellung dieser Macht, auch mit Gewalt.

Ist dieser Schluss gerechtfertigt? Die Ostpreußen sehen im Untergang ihrer Heimat das größte Unglück ihrer Geschichte – wer wollte es ihnen verdenken? Aber nur ihre Gegner schließen daraus, dass die Ostpreußen „Revanchisten“ seien, die ihre Heimat zurückerobern wollten. Jeder, der die Ostpreußen kennt, weiß, dass das nicht stimmt.

So sollte auch Putins Bekenntnis differenzierter betrachtet werden. Die „Chaotisierung der Ukraine“ allein Russland zuzuschieben hält denn auch keiner genaueren Prüfung der Tatsachen stand. Hier haben sich viele schuldig gemacht.



Gibt Russland die Schuld an der „Chaotisierung der Ukraine“: Der Politologe und Jurist Arnulf Baring bei seinem Festvortrag in der Rothenbach-Halle

Bild: tws

Moment mal!



Kulturelle Heimat in Gefahr

Von Klaus Rainer Röhl

Schlagt die Germanistik tot: Färbt die blaue Blume rot!“ So reimten unsere schon zur Legende gewordenen 68er Struppies im Jahre 1967 in den von ihnen so geliebten Knüppelversen. Die Rebellen liebten die Knüppel und die Knüppelverse: „Terror, Haschisch, Mescalin – für ein freies Westberlin!“ – oder noch etwas deutlicher: „High sein, frei sein, etwas Terror muss dabei sein.“

Terror. Alles schon vergessen? Dann mal im Archiv der „Zeit“ nachgucken, wie viel Verständnis man damals den bärtigen und struwwelpeterartigen Rebellen entgegenbrachte. „Schlag die Germanistik tot!“ war natürlich nie als Todesdrohung ernst zu nehmen. Wie sehr die „Zeit“ irrte, bewiesen wenig später die aus dem gleichen Weltverständnis kommenden Terroristen der RAF, die sehr wohl und mit leichtem Sinn jemand totschlagen konnten: „Leichter Sinn, Stein war schwer. Chef ist hin, danke sehr!“ 64 Opfer habe ich in meinem letzten Buch namentlich aufgezählt.

Doch niemand will heute gleich die ganze Germanistik totschlagen. Die Erben von Rudi Dutschke haben längst die kleinste Ecke der deutschen Provinz erobert und leisten Basisarbeit im grünen Stadtrat und im SPD-geführten Ministerium. Der Untergang des Abendlands wird auf dem Verordnungsweg und öffentlich durchgeführt.

Schleichend wird die Schreibschrift abgeschafft

Jüngstes, zurzeit noch umstrittenes Projekt ist die Abschaffung der Schrift. Nicht gleich der ganzen Schrift, aber die der Schreibschrift, die wir alle mal gelernt und angewandt haben. In der wir drei Jahrhunderte miteinander gestritten, geliebt und gelitten hatten und die sogar Rückschlüsse auf den Charakter und die Persönlichkeit, ja sogar auf die momentane seelisch-geistige Verfassung zuließ. Liebesbriefe und Mahnbriefe und Aufrufe von Generation zu Generation, vom Vater zur Tochter, vom Sohn zur Mutter.

Der lange und mühsame Marsch durch die Gesellschaft geht langsam voran, macht aber vor nichts halt. Seit Längerem ist die Schreibschrift als Pensum des 1. und 2. Schuljahrs in einigen Bundesländern abgeschafft und ersetzt worden durch Druckbuchstaben. Theoretisch können die Schulen entscheiden, nach welchen Erstlesebüchern sie arbeiten, aber sie folgen in der Regel dem neuesten Trend. Die Kinder sollen zunächst die Laute abhören, „schreiben“ danach selbständig Wörter und Sätze und lernen auf diese Weise das Lesen. Weil jeder Schüler so schreibt, wie er es hört, entstehen Schreibfehler jeder Art. Die aber sollen weder von den Lehrern noch von den Eltern beachtet werden. Falschschreibungen wie „Fater“ oder „rischtik“ und Verstümmelungen wie „Krakenhaus“ oder „Ampl“ seien angeblich „notwendige Schritte zum richtigen Schreiben“, lassen sich jedoch später kaum wieder ausbügeln. Untersuchungen der Rechtschreibleistungen derart unterrichteter Schüler sagen alles über die Wirksamkeit dieser Methode. Sind wir schon auf demselben Weg wie die Amerikaner, die beispielsweise den Namen eines Kultgetränks aus „Sunkissed“ (sonnengeküßt) zu „Sunkist“ versimpelt haben? Der Filmtitel „Fuck ju Göhte“ deutet ebenfalls auf den Anfang einer solchen Entwicklung hin. Er soll ironisch gemeint sein, folgt aber einem Trend. Auch der Einfluss der elektronischen Kommunikation wie der SMS oder der Kurznachrichten in den sozialen Netzwerken und die behördlich verordnete sogenannte geschlechtergerechte Sprache, die besonders an Universitäten höchst seltsame Blüten treibt, bereiten den fortschreitenden Verfall des Deutschen als Kultursprache vor.

Der Anfang war schwer. Da gab es noch Widerstand. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Hatte nicht Rudi Dutschke von einem langen und mühevollen Marsch durch die Institutionen gesprochen? Inzwischen sind über 50 Jahrgänge der „Zeit“ erschienen, Woche für Woche voller Verständnis und mit dem Aufruf, auch die „andere Seite“ zu Wort kommen zu lassen. Inzwischen sind die Kämpfer von damals in Ehren ergraut und haben das Bundesverdienstkreuz, und ihre Söhne und Töchter machen jetzt die Knochenarbeit, Tag für Tag und Woche für Woche, Vollzeitjobs mit guten Pensionsansprüchen. Alles putt machen, hieß es damals, 1967. Heute ist bereits das meiste putt. Der Untergang des Abendlandes findet in Deutschland bereits auf dem Verordnungswege statt.

3000 Jahre hat der Aufbau dessen gedauert, was wir halb im Scherz, halb aber ernsthaft und stolz als Abendland, als unsere gemeinsame kulturelle Heimat beschreiben. Die Jahrtausende davor waren, zumindest in unserer Gegend, ohne Schrift ausgekommen. Die Hochkultur in der Mitte Europas, etwa 4000 Jahre vor unserer Zeitrechnung – welche die Sternwarte von Goseck und Himmelsscheibe von Nebra mit ihrer präzisen Kenntnis der Naturgesetze und der Himmelskörper geschaffen hat, kannte oder wollte keine Schrift, so dass sie außer solchen Kunstwerken und den etwa zeitgleich entstandenen Riesen-Bauten von Stonehenge und ähnlich erstaunlichen Kultstätten im heutigen Frankreich keine schriftliche Nachricht hinterließen, als die alten Griechen noch auf ihren Bäumen – oder Bergen – hockten und die Ägypter und Chinesen auch gerade erst anfingen, darüber nachzudenken, woher wir kommen und wohin wir gehen.

EU: Statt Richtlinien für Glühbirnen lieber das Abendland beschützen

Das fühlten unsere (vorsichtig ausgedrückt) Vorbewohner in Sachsen-Anhalt wohl und betrieben Ackerbau und Viehzucht und brauchten dazu die Himmelskunde und waren jedenfalls an den langen Winterabenden nicht zu erschöpft, darüber nachzudenken. Ob es nicht nur Vor-Bewohner, sondern vielleicht sogar unsere Vorfahren waren, könnten erst Gräberfunde und genetische Untersuchungen erweisen, aber dürften die Ägypter der ersten Dynastie und die Juden des Alten Testaments da nicht die Hand im Spiel gehabt haben: Sie hatten ja eine Schrift und hätten so aufregende Nachbarn wie die Erbauer von Goseck und Stonehenge sicher mal erwähnt.

Das, was wir uns angewöhnt haben, „Abendland“ zu nennen, gilt seit dem Erscheinen eines von einem jungen deutschen Gelehrten namens Oswald Spengler 1918 veröffentlichten Buches „Der Untergang des Abendlandes“ als vom Verfall und Untergang bedroht. Spenglers Titel wurde nie recht ernst genommen, ist schnell zu einem geflügelten Scherz mutiert, hauptsächlich, weil wohl die wenigsten das Mammutwerk von 1245 Seiten gelesen hatten.

Das – nennen wir es mal als Arbeitstitel so – Abendland wurde in seinen wesentlichen Zügen in den letzten 3000 Jahren geschaffen. Von Griechen und Römern und nach dem Zerfall des römischen Imperiums von den nachziehenden Völkern gegründet, ist es nun wirklich vom Untergang bedroht. Auf dem Verwaltungsweg.

Der Untergang des Abendlandes – ist das nicht ein richtig schönes Projekt für Europa und für einen neugewählten Kommissionspräsidenten? Mindestens eine Kommission der EU könnte sich statt mit der Gleichschaltung von Glühbirnen und Normierung von Gurken ja vielleicht mit dem Schutz des Abendlandes befassen, immerhin den Gedanken an seinen Untergang mal zum Projekt machen. Ein echt europäisches Projekt, Genosse Schulz, übernehmen Sie!

In Berlin den Marsch geblasen

Einer der letzten Sätze, die Joseph Roth geschrieben hat, lautet: „Gebe Gott uns allen, uns Trinkern, einen so leichten und so schönen Tod!“ Damit beschließt er seine Novelle „Die Legende vom heiligen Trinker“, in der sich ein Pariser Clochard zu Tode säuft. Roth selbst erlebte das Erscheinen seines letzten Erzählwerks nicht mehr. Der Autor, der selbst ein Alkoholiker war, starb vor 75 Jahren, am 27. Mai 1939, in einem Pariser Krankenhaus. Ob Gott seinen Wunsch nach einem leichten und schönen Tod erhört hat, mag man nach einigen vorangegangenen Herzanfällen, einer Leberzirrhose, Magenentzündung und zuletzt einem Delirium tremens bezweifeln.

Eines blieb ihm zumindest erspart: das Konzentrationslager. Denn Roth, der gefeierte Autor des Romans „Radetzkymarsch“, war Jude. 1894 wurde er in dem damals zur k. u. k. Monarchie gehörenden galizischen Schtetl Brody, das heute in der Ukraine liegt, als unehelicher Sohn einer jüdischen Mutter geboren. Nach Hitlers Machtantritt ging er 1933 ins Exil nach Frankreich. Was aus ihm nach der Okkupation Frankreichs geworden wäre, kann man sich ausmalen. Roth hätte kaum die finanziellen Mittel für eine weitere Flucht gehabt. Er lebte in Paris völlig verarmt.

Das war noch ein Jahrzehnt zuvor völlig anders. Roth, der als Journalist über Wien nach Berlin kam, war einer der bestbezahlten Autoren in der deutschen Hauptstadt. Es war die Hoch-Zeit des Feuilletons, und Roth war ein brillanter Schreiber, der auf Augenhöhe mit den seinerzeit bekanntesten Feuilletonisten wie Alfred Kerr, Egon Erwin Kisch oder Kurt Tucholsky stand. Er schrieb Kritiken, Glossen und Gerichtsreportagen wie über den Leipziger Prozess gegen die Rathenau-Mörder für die namhaftesten Berliner Blätter: „Neue Berliner Zeitung“, „Berliner Börsen-Courier“, „12-Uhr-Blatt“. Der „Frankfurter Zeitung“ und den konservativen „Münchner Neuesten Nachrichten“ lieferte er Reisereportagen aus Frankreich sowie der Sowjetunion. Die Eindrücke vom bolschewistischen Moskau besiegelten seine Absage an den Kommunismus.



Rasender Reporter: Roth Bild: Archiv

Fast zwangsläufig erschien sein erstes abgeschlossenes literarisches Werk, „Hotel Savoy“, 1924 als Fortsetzungsroman in der „Frankfurter Zeitung“. Es war der Auftakt von gut einem Dutzend weiterer Romane, von denen „Hiob“, „Tarabas“ oder „Die Kapuzinergruft“ zu den bekanntesten gehören. Sein Hauptwerk aber ist der bereits zweimal verfilmte Roman „Radetzkymarsch“ von 1932, den Heinrich Böll als „Schwanengesang“ auf das Ende der Donaumonarchie bewundert hat. Roth schildert darin den Untergang der Familie von Trotta. Beginnend mit dem Leutnant von Trotta, der dem Kaiser Franz Joseph I. 1859 in der Schlacht von Solferino das Leben rettete und der mit dem Maria-Theresien-Orden ausgezeichnet wurde, endet es mit dem wenig heldenhaften Tod des Enkels auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs.

Roth zeigte sich in seinen Werken als Nostalgiker, der bis zuletzt der alten k. u. k. Monarchie nachtrauerte: „Die kalte Sonne der Habsburger erlosch, aber es war eine Sonne gewesen.“ *Harald Tews*

Unter den Pyramiden

Max Slevogt und Paul Klee ließen sich von ägyptischer Sonne inspirieren – Doppelausstellung in Dresden

Im frühen 20. Jahrhundert reisten zwei der bedeutendsten deutschen Maler nach Ägypten: Max Slevogt und Paul Klee. Dabei entstanden zahllose Bilder und Zeichnungen, die bis zum 3. August in einer Sonderschau der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden gezeigt werden.



Bild: Staatl. Kunstsammlungen Dresden

Bild: GDKE Landesmuseum Mainz, U. Rudischer



Zweimal Slevogt: in Dresden („Sandsturm in der libyschen Wüste“) und Mainz („Bal paré“, rechts)

Der Impressionist Max Slevogt (1868–1932), der von den Kunstexperten Eduard Fuchs, Johannes Guthmann und Joachim Zimmermann begleitet wurde, führte eine quasi „generalstabsmäßig“ geplante „Malexpedition“ durch. Während sich seine Reisegefährten um das Organisatorische kümmerten, schuf Slevogt im Februar und März 1914 innerhalb von 29 Tagen 21 Ölgemälde sowie zahllose Zeichnungen und Aquarelle. Möglich wurde dies durch die Mitnahme von vorgrundierten Leinwänden sowie den außerordentlichen Einsatz des Künstlers.

Slevogt malte ungeachtet der klimatischen Bedingungen mit äußerster Schnelligkeit direkt im Angesicht des Motivs. Dadurch entstanden Werke von hoher Authentizität wie „Sandsturm in der Libyschen Wüste“. Außerdem erzwangen der Zeitdruck und die oft prekären Verhältnisse vor Ort auch bei den Ölgemälden einen ungewöhnlich skizzenhaften Malstil mit hohem Abstraktionsgrad, in dem Kunstexperten den Höhepunkt des deutschen Impressionismus sehen – am wohl prägnantesten verkörpert in den beiden Bildern, welche die „Bazarstraße bei Assuan“ zeigen.

Da Slevogt 20 der 21 Gemälde 1915 an die Königlichen Sammlungen Dresden verkaufte, kann im Albertinum der Elbestadt eine nahezu vollständige Auswahl des künstlerischen Ertrags der Ägyptenreise des Münchener Freilichtmalers präsentiert werden. Dazu kommen Werke aus der Zeit vor der Expedition, welche Szenen aus „1001 Nacht“, „Ali Baba und die 40 Räuber“ sowie „Sindbad“ zeigen und damit belegen, dass Slevogt schon seit Längerem vom Orient fasziniert war.

Der Bauhaus-Künstler Paul Klee (1879–1940), der im Dezember 1928 beziehungsweise Januar 1929 für 18 Tage in Ägypten weilte, legte fast dieselbe Reiseroute zurück wie Slevogts Gruppe: von Alexandria über Kairo und Luxor nach Assuan und zurück. Klees Werke unterscheiden sich allerdings sehr deutlich von denen seines Künstlerkollegen, denn vielfach ist selbst bei den unmittelbar im Lande entstandenen Bildnissen überhaupt nicht zu erkennen, dass es sich um Motive aus Ägypten handelt – ein typisches Beispiel hierfür ist der „Turm in Orange“. Zudem entstanden die meisten Bilder auch erst Jahre nach der Reise zum Nil wie die „Pyramide“ und die „Ruhende Sphinx“ von 1934. Nichtsdestotrotz hat Klee die entscheidenden Anregungen für seine mathematisch konstruierten Streifen- oder Lagenbilder während der Orientfahrt bekommen.

Durch den Kontakt mit altägyptischen Denkmälern und deren strengen Proportions- und Konstruktionsgesetzen verfiel er auf die ihm eigene Technik, Bildfelder in Form von einzelnen, streifenförmigen horizontalen Lagen übereinanderzuschichten. Andererseits allerdings – und das wird in den Begleittexten zur Exposition verschwiegen – äußerte Klee hinterher, seine erste Malfahrt von 1914 nach Tunesien sei für ihn viel inspirierender gewesen.

Komplettiert wird die Ausstellung im Dresdner Albertinum, in der 140 Werke von beiden Künstlern zu sehen sind, noch durch einige alte Fotografien und Postkarten, die einen Eindruck von den Umständen der Reisen beider Maler vermitteln. Interessant sind dabei vor allem die Schwarzweißaufnahmen, welche genau die Motive zeigen, die sich dann auch in den Ölgemälden Slevogts finden: Beim Vergleich derselben mit den Fotos spürt man das Genie des Impressionisten am unmittelbarsten. Dahingegen wirken Klees kleinformatige und abgezirkelte Schöpfungen zumeist steril und nüchtern, was durch die blassblaue Farbe der Wandpartien, vor denen die Werke des Bauhauskünstlers nunmehr hängen, noch auf wenig glückliche Weise unterstrichen wird. *Wolfgang Kaufmann*

Das Albertinum ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, montags ist geschlossen. Eintritt: 10 Euro.

Slevogt-Retrospektive auch in Mainz

Eine prächtig bestückte Retrospektive im Landesmuseum Mainz gewährt anhand von Gemälden und Zeichnungen Einblick in Max Slevogts künstlerische Entwicklung. Zum Auftakt stellt sich der Künstler auf Selbstbildnissen dem Publikum vor. Er wandelte sich vom steifen, Brauntöne bevorzugenden akademischen Maler zum Schöpfer farbenfroher Gemälde in lockerer Pinselschrift.

Die Motive für seine Freilichtmalerei fand Slevogt vor allem während der Aufenthalte auf seinem Hofgut Neukastel, heute als „Slevogthof“ bekannt. Der terrassierte Garten, der Blick auf die Rheinebene und der nahe Pfälzer Wald regten ihn zu zahlreichen Gemälden an. Auf dem Ölbild „Herbstabendstimmung – Neukastel“ (1897) geht der Blick weit ins Land, das im goldgelben Sonnenlicht liegt. Merkwürdig ist nur, dass die links vorn in roter Jacke unter Bäumen sitzende Dame dem erhabenen Anblick den Rücken zukehrt.

Bis zuletzt ließ sich Slevogt von seiner Residenz zu grandiosen Bildern inspirieren, wie „Der Garten von Neukastel mit der Bibliothek“ (1930/31) beweist. Himmel, Garten und Gebäude wirken wie aus farbigem Glas gemacht. Prachtvolle Gemälde hat Slevogt der Musik und dem Tanz gewidmet. Das Gemälde „Das Champagnerlied“ (1902) zeigt den Sänger Francisco d'Andrade in seiner Paraderolle als Don Giovanni auf hell erleuchteter Bühne: überlebensgroß, mit triumphaler, überschäumend heiterer Ausstrahlung. Daneben hängt eine kleine Federzeichnung (1902), die die Pose des Sängers für die Gemäldeausführung festlegt. Gründlich mit Zeichnungen vorbereitet sind auch die begeisternden Bilder, die Slevogt von Tänzerinnen malte. Sie personifizieren gleichsam den flirrenden Tanz der Farben, mit dem einen viele Gemälde der Retrospektive betören. *Veit-Mario Thiede*

Die Ausstellung läuft bis 12. Oktober im Landesmuseum Mainz, Große Bleiche 49–51, Dienstag 10 bis 20 Uhr, Mittwoch bis Sonntag 10 bis 17 Uhr. Eintritt: 6 Euro. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet im Museum 29,90 Euro, im Buchhandel 45 Euro. www.landesmuseum-mainz.de.

Schönes Geschenk für Hollywood

Im Mai wäre Lilli Palmer 100 Jahre alt geworden – Ein Idol schon zu Lebzeiten

Sie war die Große Dame des deutschen Nachkriegsfilms. In welchem Streifen Lilli Palmer auch auftrat, sie wurde von der Kritik hoch gelobt und räumte einen Preis nach dem anderen ab. Selbst der „Spiegel“, der Prominente so gern mit beißendem Spott peinigte, konnte ihrem Charme und schauspielerischen Können nicht widerstehen: „Im hausbackenen deutschen Film der 50er Jahre war sie so etwas wie eine exotische Zugabe, sie brachte ihm einen Hauch von großer Welt, von Hollywood ein“, war in einem Nachruf auf sie 1986 zu lesen.

Lilli Palmer, als Lilli Marie Peiser am 24. Mai 1914 im westpreußischen Posen [Poznan] geboren, wurde bereits mit vier Jahren zur Berlinerin. Ihr Vater, der Chirurg und Medizinalrat Alfred Peiser, war gerade mit der fünfköpfigen Familie in die Hauptstadt übergesiedelt und hatte dort die Stellung des Chefarztes am Jüdischen Krankenhaus angenommen. In ihrer Biografie „Dicke Lilli, gutes Kind“ beschreibt Lilli Palmer sich als freundliches, fügsames Mädchen, das aber immer schon seinen eigenen Kopf hatte. Und Lilli war fest entschlossen, Schauspielerin zu werden, ganz gegen den Willen des gestrengen Papas.

Die Machtübernahme 1933 durch die Nationalsozialisten bereitete Lillis Karriere ein jähes Ende. Mit einer ihrer beiden Schwestern floh sie zunächst nach Paris, wo das Duo als „Les Soeurs Viennoises“ durch Bars und schummerige Nachtlokale tingelte. Lillis nächste Station war London. Zuvor hatte sie sich in Palmer umbenannt, weil man diesen Namen im Ausland besser aussprechen konnte. In England standen der aparten Frau gleich alle Türen offen. Alfred Hitchcock engagierte sie vom Fleck weg für seinen Film „Geheimagent“.





Schön und begabt: Lilli Palmer

Als Lilli 1943 den ebenso berühmten wie berüchtigten Mimen Rex Harrison heiratete, mit ihm nach Hollywood ging und später erfolgreich am New Yorker Broadway auftrat, schien ihr Glück vollkommen. Allerdings erwies sich Harrison als herzloser Snob, der alle Welt vor den Kopf stieß und Lilli hemmungslos betrog. Als dieser nach ihrer Scheidung in einem Londoner Restaurant von einem Kellner zu Boden geschlagen wurde, nachdem Harrison den Mann aufs Gröbste beleidigt hatte, befand Lilli amüsiert, dies sei der tollste Tag in ihrem ganzen Leben gewesen.

Lilli Palmer war vielleicht das beste Geschenk Nazideutschlands an Hollywood. Das Enfant Terrible des amerikanischen Films, der Regisseur Orson Welles, schwärmte: „Es ist nahezu unfair, dass jemand, der so schön ist, auch noch so begabt ist!“ Mehr Lob geht nicht.

Dennoch hob Lilli Palmer nicht ab. Sie war eine durch und durch geerdete Persönlichkeit, die ehrlich bekannte, dass ihr im Leben nichts geschenkt worden sei. „Alles, was ich kann, habe ich mir hart erarbeitet“, sagte sie. Mit Tränen sei sie mehr als einmal vom Schauspielunterricht nach Hause gekommen. Ihre Lehrerin, die seinerzeit berühmte Lucie Höflich, habe sie buchstäblich „total auseinander genommen und dann wieder zusammengenäht“.

Auch Charme müsse unter Schmerzen erworben werden. Zitat: Charme wächst wie die Perle aus einer Wunde, die sich langsam schließt.

Als Lilli Palmer 1954 aus ihrem Exil nach Deutschland zurückkehrte, wurde sie mit Rollenangeboten überschüttet. In so unterschiedlichen Filmen wie „Feuerwerk“, „Anastasia, die letzte Zarentochter“, „Lotte in Weimar“ und selbst in Fernsehserien zeigte sie das Spektrum ihres Könnens. Dass sie nebenher noch die Zeit fand, Bücher zu schreiben, zu malen und ihren zweiten Ehemann, den eigenwilligen argentinischen Autor und Schauspieler Carlos Thompson, bei Laune zu halten, grenzt an ein Wunder.

„Lilli ist ein Musterbeispiel an preußischer Disziplin“, soll ihr kürzlich verstorbener Schauspielkollege Maximilian Schell bewundernd geäußert haben, als die bereits schwer an Krebs erkrankte Mimin 1985 die anstrengenden Dreharbeiten zu ihrem letzten Film „Peter der Große“ absolvierte. Bereits am 27. Januar 1986 verstarb sie in Los Angeles. *Uta Buhr*

MELDUNG

Trostpflaster für die Hanseaten

Hamburg – Noch bis zum 15. Juni findet das 1. Internationale Musikfest Hamburg statt. Die ganze Stadt ist dann Bühne unterschiedlichster Stilrichtungen wie klassische Musik, Jazz oder Pop. Für die Hamburger geht damit eine lange Leidenszeit zu Ende, schielte man doch jahrelang neidisch zu den Nachbarn nach Schleswig Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, wo man schon seit vielen Sommern mit Musikfesten erfolgreich ist. Nach zwei vergeblichen Anläufen, in Hamburg ein Festival zu etablieren, ist dieses neue Spektakel auch ein Trostpflaster für die immer noch unfertige Elbphilharmonie, deren Intendant Christoph Lieben-Seutter das Programm mitgestaltet hat. Dabei musste er einige kurzfristige Absagen verkraften: Opernstar Anna Netrebko, der Dirigent Lorin Maazel oder das Orchestra Mozart des im Januar verstorbenen Claudio Abbado sind nicht gekommen. Dafür gibt es andere Höhepunkte wie Elbjazz am Hafen (24. Mai), die Academy of St. Martin in the Fields mit Sir Neville Marriner (1. Juni), oder die Schubertiade mit Matthias Goerne und Christoph Eschenbach (26. Mai und 2. Juni). Info: www.musikfest-hamburg.de. *tws*

Ehrung für einen mutigen Tabubruch

Der Jurist Prof. Dr. Ingo von Münch erhielt den Ostpreußischen Kulturpreis für Wissenschaft

Die Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises ist gleichermaßen der feierliche Auftakt wie einer der Höhepunkte des Deutschlandtreffens der Ostpreußen. In diesem Jahr wurde der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Ingo von Münch für sein Buch über ein Jahrzehnte tabuisiertes Thema der deutschen Geschichte, die Massenvergewaltigung deutscher Mädchen und Frauen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, mit dem Ostpreußischen Kulturpreis für Wissenschaft geehrt.

Die Laudatio auf den Preisträger hielt der *PAZ*-Chefredakteur Jan Heitmann, vor vielen Jahren einer von dessen Studenten an der Universität Hamburg. Darin heißt es: „Wenn ein Rechtsprofessor mit dem Ostpreußischen Kulturpreis für Wissenschaft geehrt wird, mag das zunächst verwundern, gelten juristische Schriften doch allgemein als trockener Stoff und nur für ein Fachpublikum geschrieben. In diesem Fall ist es jedoch so, dass sich der Geehrte nicht auf seinem Fachgebiet betätigt hat, sondern sich einer Forschungslücke gewidmet hat, die zu füllen eigentlich die Aufgabe der Historischen Wissenschaft gewesen wäre. In dem Buch, das der Grund für die heutige Ehrung ist, widmet er sich nämlich einem der schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, der Massenvergewaltigung deutscher Frauen durch sowjetische Soldaten.

Einen unmittelbaren Bezug zum Gegenstand seines Buches oder zu Ostpreußen hat Prof. von Münch nicht, aber er ist ein waschechter Preuße, denn er wurde 1932 in Berlin geboren. Nach dem Abitur am Ratsgymnasium in Goslar studierte er Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Auf die Promotion im Jahre 1959 folgte 1963 die Habilitation im Öffentlichen Recht. Daran anschließend lehrte Ingo von Münch an der Ruhr-Universität Bochum, bevor er 1973 als Professor für Öffentliches Recht an die Universität Hamburg wechselte. Im selben Jahr wurde er zudem Direktor des interdisziplinären Instituts für Internationale Angelegenheiten, was zeigt, dass er schon lange vor seinen historischen Forschungen über die Grenzen der eigenen Wissenschaft hinaus gedacht und gearbeitet hat.

Als Hochschullehrer genoss er, und an dieser Stelle gebe ich mich mit Freuden als einer seiner ehemaligen Studenten zu erkennen, respektvolle Verehrung. Aus eigener Erfahrung darf ich sagen, dass Prof. von Münch mit seiner offenen und humorvollen Art unter den ansonsten eher trockenen Juristen so etwas wie ein ‚Popstar am Katheder‘ war.

Im Jahre 1987 fand diese Phase – aus Sicht seiner Studenten: leider – ein Ende, denn Professor von Münch führte die FDP, deren Landesvorsitzender er seit 1985 war, bei den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft nach neunjähriger Abstinenz zurück ins Parlament. Er selbst bekleidete fortan bis 1991 gleichzeitig die Ämter des Zweiten Bürgermeisters, des Wissenschafts- sowie des Kultursenators der Freien und Hansestadt Hamburg und das eines Bundesratsmitglieds. Dies tat er so erfolgreich, dass ihm selbst seine politischen Gegner ihre Anerkennung nicht versagen konnten.

Nach diesem Ausflug in die hohe Politik kehrte Prof. von Münch an die Universität Hamburg zurück, die er 1998 mit der Emeritierung verließ. Zwischendurch widmete er sich auch noch einer Lehrtätigkeit an der Universität Rostock. Weitere Aufgaben, die er sozusagen nebenbei erledigte, waren die eines Richters am Bremer Staatsgerichtshof, des stellvertretenden Vorsitzenden der Deutsch-Estnischen Juristenvereinigung sowie die eines Gastprofessors an Universitäten in Australien, Frankreich, Neuseeland, Südafrika und den USA.

In den Jahrzehnten seiner Hochschullaufbahn hat Ingo von Münch eine stattliche Reihe juristischer Publikationen vorgelegt. Zu nennen sind hier stellvertretend der seit 1974 erscheinende sogenannte gelbe Grundgesetzkommentar, die Quellensammlung ‚Dokumente des geteilten Deutschland‘, eine Abhandlung über Gegenwart und Zukunft der deutschen Staatsbürgerschaft, die kommentierte Sammlung ‚Gesetze des NS-Staates‘ sowie das zweibändige Lehrbuch ‚Grundbegriffe des Staatsrechts‘. Hinzu kommen zwei spätere Bücher, mit denen bereits die Grenze zur Geschichtswissenschaft berührt wird: ‚Geschichte vor Gericht. Der Fall Engel‘ und ‚Die Folgen des Zweiten Weltkrieges: politisch, rechtlich, moralisch‘.

Viele Professoren erliegen der Versuchung, zum Ende ihrer Laufbahn ihr Œvre mit einem letzten, dem ‚großen Werk‘ zu krönen, wobei oft nicht viel mehr herauskommt als eine Zusammenfassung dessen, was sie bereits früher gesagt und geschrieben haben. Glüklicherweise hat Prof. von Münch dieser Versuchung widerstanden und sich auf ein Gebiet fern seiner eigentlichen Disziplin begeben. Damit schließen wir den Bogen zu dem Buch, das der Anlass für die heutige Ehrung ist: ‚Frau, komm‘, eine Schilderung unvorstellbaren Leids.

> Dem, was als Mehrheitsmeinung gilt, hat sich der Preisträger nie angepasst

‚Top-Jurist bricht Tabu des Schweigens‘ titelte eine große Tageszeitung dazu. Dass er sich an ein weitgehend tabuisiertes Kapitel der deutschen Geschichte heranwagen würde, war Prof. von Münch von Anfang an bewusst. Doch er ist dieses Wagnis ebenso bewusst eingegangen – um der schlichten Wahrheit willen. Denn das Kriegsverbrechen der Massenvergewaltigungen bei Kriegsende war bis dahin kaum öffentlich thematisiert worden. Aufmerksam wurde er auf das Thema und dessen systematische Verdrängung durch das Schicksal einer ehemaligen Mitschülerin. So machte er sich an die Arbeit, der die Historiker auswichen. Er wertete Zeitzeugenberichte, Briefe, Tagebücher und private wie behördliche Aufzeichnungen aus und legte die erste Monographie zu dem ungesühnten Kriegsverbrechen der Massenvergewaltigungen vor. Dass er dafür in Deutschland keinen Verlag fand, sondern mit seiner Suche erst in Österreich Erfolg hatte, kann angesichts der hierzulande herrschenden Politischen Korrektheit nicht verwundern.

Prof. Ingo von Münch ist zu danken dafür, dass er sich dieses heiklen Themas gegen alle Widerstände angenommen und damit einen lange überfälligen Beitrag zur wahrheitsgemäßen Darstellung der Geschichte geleistet hat.

An dieser Stelle ist auch dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration für die Mitfinanzierung der Kulturpreisverleihung zu danken.“



Begeisterte seine Zuhörer: Ingo von Münch (r.), hier mit LO-Sprecher Stephan Grigat Bild: C.H.

In seiner Dankesrede schilderte der Kulturpreisträger, wie er zu diesem Thema gekommen war und warum es unbedingt geboten ist, an das Leid so vieler unschuldiger Menschen zu erinnern:

„Das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen erinnert mich an Ostpreußen – genauer: an das Samland, wo ich in meiner Kindheit Ferien verbracht habe. Elche in freier Wildbahn zu sehen war ein für mich noch heute unvergessenes Erlebnis. Für viele Menschen aus Ostpreußen sind aber andere Erlebnisse unvergesslich, weil ganz besonders schrecklich: Gemeint sind hier nicht nur Flucht und Vertreibung sondern die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/1945. Die meisten und die ersten Opfer dieser Untaten trafen Frauen und Mädchen in Ostpreußen.

Dieser Teil Deutschlands war weit weg von Berlin, aber nahe an Russland, der damaligen Sowjetunion. Auf Landkarten und in Atlanten wirkte die geographische Lage Ostpreußens wie der weit ausgespannte Flügel eines Vogels – bildlich gesprochen: wie ein Flügel des deutschen Adlers. Im Oktober 1944 begann für Ostpreußen die Katastrophe; denn der russische Bär stürzte sich – in dem von Hitler gegen die Sowjetunion begonnenen Angriffskrieg – zunächst auf Ostpreußen, mit schlimmen Folgen vor allem auch für Frauen und Mädchen. Opfer dieser Gewalttaten, die später auch in anderen Regionen stattfanden, waren übrigens nicht nur Deutsche, sondern auch in ihren Heimatländern Österreicherinnen, Ungarinnen und Jugoslawinnen, ja sogar – wenn auch seltener – Polinnen.

Der russische Schriftsteller Lew Kopelew schreibt über ein in Allenstein von Sowjetsoldaten gejagtes Mädchen, es habe verzweifelt geschrien: ‚Ich bin Polin! Jesus, Maria, ich bin Polin!‘

Auch das Alter der Opfer spielte keine Rolle; selbst junge Mädchen im Kindesalter wurden nicht geschont. In dem Buch ‚Frau, komm! Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45‘ findet sich eingangs der Bericht einer Augenzeugin aus dem Ort Perwiessen/Ostpr. über das Schicksal eines elfjährigen Mädchens, das nach seiner Vergewaltigung und in Erwartung weiterer Vergewaltigungen durch russische Soldaten seine Mutter anflehte: ‚Würg mich tot, Mutti, schnell, sie schleppen mich wieder raus.‘ Vater und Mutter, die das Mädchen schützen wollten, wurden erschossen.

Ohne Übertreibung kann festgestellt werden, dass die Vergewaltigungen 1944/45 sowohl von der Zahl der Opfer – mehr als eine Million – als auch von der nicht seltenen Brutalität – mehrmalige Vergewaltigung, oft sogar mit Todesfolge – zu den schlimmsten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges gehören.

Wie kam es nun zu dem Buch ‚Frau, komm!‘? Was waren meine Beweggründe, mich mit diesem schrecklichen Thema zu befassen?

Im Vorwort nenne ich einen sachlichen Beweggrund und einen persönlichen. Der sachliche Beweggrund ist, dass jene Untaten und das durch sie verursachte Leid bisher nicht die Aufmerksamkeit gefunden haben, die ihnen gebührt. Gewiss: Es gibt inzwischen Bücher, Erlebnisberichte, Interviews und Dokumentationen, in denen jene Ereignisse vorkommen. Als Beispiele können genannt werden ‚Das ostpreußische Tagebuch‘ von Hans Graf Lehndorff; die unter dem Titel ‚Eine Frau in Berlin‘ veröffentlichten und später verfilmten Tagebuch-Aufzeichnungen der Anonyma; das Buch von Ingeborg Jacobs ‚Freiwild. Das Schicksal deutscher Frauen 1945‘; Interviews mit Zeitzeuginnen in Dokumentationsfilmen von Guido Knopp; schon früh das von Heike Sander und Barbara Johr herausgegebene Taschenbuch ‚Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigung, Kinder‘.

Der Wert dieser und anderer Darstellungen darf nicht gering veranschlagt werden – im Gegenteil: er ist beträchtlich. Jedoch war das Thema „Vergewaltigung“ in jenen Darstellungen meist nur ein Thema neben anderen, vor allem als ein Teil der Geschichte von Flucht und Vertreibung. Mein sachliches Anliegen war es dagegen, ein Buch zu schreiben, das sich allein und deshalb ausführlich mit den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 befasst. Was geschah damals tatsächlich? Warum wird so wenig darüber geschrieben? Warum sind die Opfer stumm und warum schweigen die Täter? Was war die Struktur der verübten Gewalt und welche Erklärungen lassen sich für jene Gewalttaten finden? Welches war die Rolle der russischen Offiziere? Wie erlebten Kinder die Vergewaltigungen ihrer Mütter oder Schwestern?

Für die Beantwortung dieser und anderer Fragen waren für mich besonders wichtig die Berichte von Zeitzeugen, ganz besonders die von Opfern – alles nicht leicht zu lesen oder anzuhören, sondern meist menschlich nur schwer zu verkraften.

Was bringt nun jemanden dazu ein Buch über diese vielen, zum Teil unvorstellbaren Gewalttaten gegen wehrlose und an Hitlers Krieg völlig unschuldige Frauen und Mädchen zu schreiben? Was war mein persönlicher Beweggrund, sich mit diesem harten Thema zu beschäftigen? Um ehrlich zu sein: Meine Motivation entstand fast zufällig, nämlich durch das nach mehr als 40 Jahren erfolgte Wiedersehen mit einer früheren Schulkameradin. Ich fragte sie nach ihren Erlebnissen beim Einmarsch der Russen in ihr Dorf in der Mark Brandenburg. Von ihren Erlebnissen war für mich das von meiner Schulkameradin geschilderte Schicksal ihrer älteren Schwester von besonderem Interesse. Weil die Familie von den vorher erfolgten Vergewaltigungen gehört hatte, schmierte die Mutter sich in ihr Gesicht Marmelade und Streuseln, um abstoßend zu wirken; die Mutter ahnte dabei nicht, dass die Soldaten sich statt ihrer an der Tochter vergreifen würden: Die 17-Jährige wurde in ein Zimmer im Obergeschoss des Hauses gezerrt und dort vergewaltigt, während die Mutter und die Geschwister in einem Raum im Erdgeschoss eingesperrt worden waren. Dort hörten sie mit Schrecken Schüsse aus dem Obergeschoss – sie befürchteten für die Tochter das Schlimmste; jedoch hatten die Vergewaltiger sich nur den ‚Spaß‘ gemacht in die Zimmerdecke zu schießen, dies, um das Opfer und dessen Familie zu erschrecken.

> Bisher war das Thema Vergewaltigungen immer nur ein Thema neben anderen

Weil ich Näheres dazu aus dem Munde des Opfers selbst erfahren wollte – das Thema hat mich seitdem nicht mehr losgelassen – bat ich meine Schulkameradin um ein gemeinsames Treffen mit ihrer Schwester. Das Treffen fand statt, war aber insofern nicht sehr ergiebig, als sie nur Andeutungen über jenes Geschehen machte. Als ich im Verlauf der Recherchen zu meinem Buch sie anschrieb und um ein nochmaliges Treffen bat, um noch einige Fragen stellen zu können, lehnte die heute 80-jährige Frau dies ab; sie schrieb mir: „Ich habe mich das letzte Mal, wie Du hier warst, hinterher so aufgeregt. Es ist mir alles wieder durch den Kopf gegangen, ich war krank. Also es gibt kein noch mal.‘

Ich habe daraus gelernt: Über den Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 liegt ein Mantel des Schweigens. Viele Opfer schweigen; sie machen allenfalls Andeutungen; sie möchten darüber, was ihnen widerfahren ist, nicht sprechen, was durchaus verständlich ist; denn die Vergewaltigung einer Frau oder eines Mädchens ist nicht irgendeine Straftat oder irgendeine Körperverletzung – sie verletzt den Intimbereich und die Seele des Opfers.

Die Täter schweigen, nicht etwa weil sie eine Bestrafung durch russische Gerichte befürchten müssten, sondern weil sie wissen, dass die oft unter Waffengewalt erzwungene Vergewaltigung einer Frau oder eines Mädchens keine Heldentat ist: Nicht die Opfer, sondern die Täter müssen sich schämen.

Die Gesellschaft schweigt, weil es in Deutschland üblich ist, sich mehr mit den Verbrechen *der* Deutschen zu beschäftigen als mit Verbrechen *an* Deutschen.

Einer der rund 20 von mir angeschriebenen deutschen Verlage schrieb mir, das Buch „passt nicht in unser Programm“. So ist das Buch schließlich nicht in einem deutschen, sondern in einem österreichischen Verlag erschienen, was wiederum dem Autor kritisch vorgehalten wurde.

Persönlich berührt haben mich nicht nur die Gespräche mit Opfern, sondern auch mit deren Kindern, die heute natürlich längst schon ältere Menschen sind. Mein Eindruck aus diesen Gesprächen ist: Viele Kinder von Frauen, die unter der sowjetischen Besatzungsherrschaft gelebt haben, sind unruhig und unsicher, wenn sie auf das Thema ‚Vergewaltigungen am Ende des Krieges‘ angesprochen werden: Die Kinder wissen über das Schicksal ihrer Mütter in jener Zeit nichts Genaues, eben weil die Mütter nicht darüber sprechen; die Kinder schwanken deshalb zwischen der Hoffnung, dass der Mutter damals nichts angetan worden ist und der Furcht, dass ihrer Mutter dasselbe geschehen ist wie so vielen anderen Frauen und Mädchen jener Zeit.

Klarheit darüber ist in vielen Fällen nicht mehr zu erreichen; denn viele Opfer haben das Wissen um ihre Leiden mit ins Grab genommen. Umso wichtiger ist die Pflege von Erinnerungskultur. Es sollte dabei nicht um Gefühle von Wut auf die Täter oder um Rufe nach Sühne gehen – obwohl auch nur eine einzige Äußerung der Entschuldigung ein gutes Zeichen von offener Selbstkritik wäre –, sondern um das Mitgefühl mit den Opfern, um die Hochachtung davor, wie sie unter den damals schwierigen Lebensverhältnissen mit ihrem Leid gelebt haben – ich sage nicht: damit fertig geworden sind, ein solches ‚Fertigwerden‘ gibt es wohl nicht – und schließlich auch um die Dokumentation historischer Wahrheit, die nichts, aber auch nichts mit ‚Revisionismus‘ oder ‚Aufrechnung‘ zu tun hat.

Die Leiden von unschuldigen Menschen in Kriegen zu dokumentieren ist nicht nur erlaubt, sondern geboten. Ich habe mich diesem Gebot gestellt und hoffe, dass dies kein Alleingang bleibt.“

»Koste es, was es wolle!«

Mit dem »Todesritt« seiner Brigade in der Schlacht von Mars-la-Tour schrieb Adalbert von Bredow Militärgeschichte

Vor 200 Jahren wurde der preußische Kavallerie-General Adalbert von Bredow geboren, der 1870 durch seinen aufsehenerregenden „Todesritt" von Mars-la-Tour Militärgeschichte schrieb und einen wesentlichen Anteil am Sieg im Deutsch-Französischen Krieg hatte.

Die Familie derer von Bredow zählt zu den ältesten mittelmärkischen Adelsgeschlechtern. Die erste urkundliche Erwähnung eines Trägers dieses Namens, nämlich Arnoldus de Bredow († 1270), erfolgte bereits 1251. Aufgrund ihrer Loyalität gegenüber den Landesherren von Brandenburg beziehungsweise Preußen konnten viele Bredows in herausgehobene Positionen gelangen: So avancierten Henning und Joachim von Bredow im 15. und 16. Jahrhundert zu Bischöfen von Brandenburg, und Asmus Ehrenreich von Bredow (1693–1751) stieg unter Friedrich dem Großen sogar bis zum Generalleutnant sowie Gouverneur von Kolberg auf.



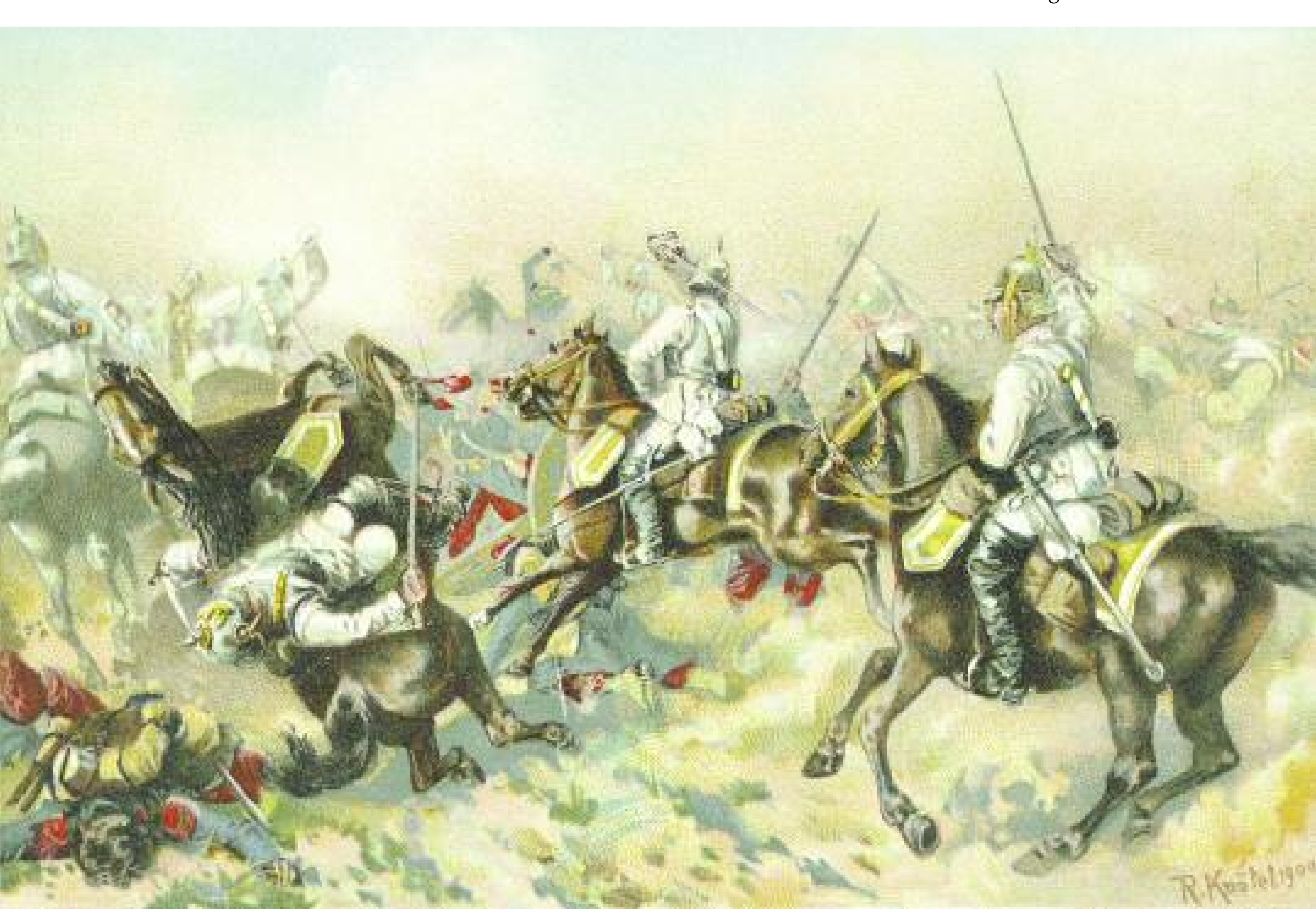
Adalbert von Bredow Bild: Archiv

Eine ähnlich glänzende militärische Laufbahn wartete auch auf Friedrich Wilhelm Adalbert von Bredow, der am 25. Mai 1814 auf dem Familienstammsitz Gut Briesen bei Friesack im Westhavelland das Licht der Welt erblickte. Sein Vater, Friedrich Philipp Leopold Ferdinand von Bredow (1787–1878), hatte es in der preußischen Armee bis zum Major gebracht und schickte den Sohn beizeiten in die Kadettenhäuser von Potsdam und Berlin; 1832 folgte dessen Eintritt in das Garde-Husaren-Regiment. Seitdem kletterte Adalbert von Bredow Schritt für Schritt die Karriereleiter aufwärts, bis er schließlich 1863 zum Oberst befördert wurde. Dabei diente er unter anderem auch im Dragoner-Regiment Nr. 1 in Ostpreußen sowie dem Husaren-Regiment Nr. 3 „von Zieten" in Rathenow. Und ab dem 18. Mai 1859 unterstand ihm dann das Dragoner-Regiment Nr. 4 zu Lüben in Niederschlesien.

Mit Ausbruch des Deutschen Krieges im Juni 1866 erhielt von Bredow das Kommando über die aus vier ostpreußischen Regimentern bestehende Reserve-Cavallerie des I. Armeekorps. An deren Spitze nahm er am Feldzug des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (1831–1888) in Böhmen teil. Im Verband der 2. Armee erlebte Oberst von Bredow dabei auch das unglücklich verlaufene Gefecht von Trautenau am 27. Juni 1866 und die alles entscheidende Schlacht von Königgrätz vom 3. Juli 1866, in deren Verlauf die preußische Armee unter der Führung von Friedrich Wilhelm, Helmuth von Moltke (1800–1891) und Eberhard Herwarth von Bittenfeld (1796–1884) ein österreichisch-sächsisches Kontingent besiegte, das von Ludwig August Ritter von Benedek (1804–1881) kommandiert wurde. Allerdings beteiligte sich die Kavallerieeinheit von Bredows nicht an den unmittelbaren Kampfhandlungen, weil diese zumeist die Natur von Feuergefechten hatten, bei denen die Preußen dann auch zum ersten Male moderne Zündnadelgewehre, das heißt Hinterlader, wirkungsvoll einsetzten. Nichtsdestotrotz wurde der bewährte Truppenführer nach dem Friedensschluss vom August 1866 zum Generalmajor und Kommandeur der 7. Kavalleriebrigade zu Magdeburg befördert.

Vier Jahre später entfachte Frankreich einen weiteren Konflikt, den Deutsch-Französischen Krieg, weil es sich durch den Ausgang des Deutschen Krieges in seinen eigenen Annexionsplänen behindert sah. In diesem Waffengang sollte Adalbert von Bredow nun unversehens zur Legende werden. Kurz nach dem französischen Angriff vom 2. August 1870 wurde ihm das Kommando über die drei Regimenter starke 12. Brigade der 5. Kavalleriedivision des Generalleutnants Karl Gustav Albert Freiherr von Rheinbaben (1813–1880) übertragen. Mit selbiger Einheit stand von Bredow am 16. August in einer Stellung rund 20 Kilometer westlich von Metz, als er den Befehl des Kommandierenden Generals des III. Armee-Korps, Reimar Constantin von Alvensleben (1809–1892), erhielt, in die Schlacht von Mars-la-Tour einzugreifen, in der das III. und X. Korps gegen die mehrfach überlegene Französische Rheinarmee kämpfte. Dieses Treffen hatte gegen 14 Uhr eine gefährliche Wendung genommen, als Marschall François-Marcellin Certain de Canrobert (1809–1895) einen allgemeinen Angriff des VI. französischen Korps veranlasste, woraufhin von Alvenslebens Truppen unter heftigsten Beschuss gerieten; zudem drohte ihnen die Umfassung. Von Bredow sollte deshalb die feindliche Artillerie im Raum nördlich von Rezonville und eventuelle Reiterverstärkungen ausschalten.

Zu diesem Zweck stürmte er mit jeweils drei Schwadronen des Magdeburgischen Kürassier-Regiments Nr. 7 und des Altmärkischen Ulanen-Regiments Nr. 16 vor, nachdem er wegen der offensichtlich hochdringlichen Natur der Attacke die Devise ausgegeben hatte: „Koste es, was es wolle!" Und tatsächlich gelang es von Bredow, den Befehl vollumfänglich auszuführen, was erhebliche Verwirrung auf französischer Seite stiftete und letztlich den deutschen Sieg über die Rheinarmee ermöglichte. Allerdings verlor der Kavalleriegeneral im Verlaufe der Attacke rund die Hälfte seiner Leute, weshalb bald nur noch vom „Todesritt der Brigade Bredow" die Rede war. Dennoch aber diente der ebenso kühne wie erfolgreiche Angriff sämtlichen europäischen Armeeführungen bis in den Ersten Weltkrieg hinein als Argument für die Unverzichtbarkeit von berittenen Einheiten. Insofern hatte der Preuße am Nachmittag des 16. August 1870 Militärgeschichte geschrieben.



Todesritt der Brigade Bredow bei Mars la Tour, 16. August 1870: Farblithografie aus dem Jahre 1900 nach einem Gemälde von Richard Knötel (1857–1914) Bild: akg

Aufgrund seiner Leistungen im Deutsch-Französischen Krieg wurde Adalbert von Bredow am 18. Januar 1871 zum Generalleutnant befördert und im Sommer darauf mit dem Kommando über die 18. Division zu Flensburg betraut. Des Weiteren erhielt er den Roten Adlerorden I. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern, als er am 2. Dezember 1873 in Pension ging. Eine noch größere Ehre widerfuhr dem Kavalleristen jedoch am 27. Januar 1889, denn an diesem Tage verfügte Wilhelm II. in einer Cabinetsordre, dem schlesischen Dragoner-Regiment Nr. 4 den Zusatz „von Bredow" zu geben. Damit würdigte der preußische König und deutsche Kaiser zunächst die Leistungen früherer Träger dieses Namens, um dann aber explizit hinzuzufügen: „Ich habe dabei auch insbesondere das hohe Verdienst anerkennen wollen, welches sich ein früherer Commandeur, der Generalleutnant von Bredow, in der Schlacht von Vionville-Mars la Tour als Führer der 12. Kavallerie-Brigade erworben hat."

Kurz darauf, am 3. März 1890, starb der Kriegsheld auf dem Familiengut Briesen.

Wolfgang Kaufmann

Er versuchte, die Nibelungensaga neu zu erzählen

Vor 110 Jahren starb der in der ostpreußischen Kreisstadt Insterburg geborene Schriftsteller und Politiker Wilhelm Jordan

Am 8. Februar 1819 kam in Insterburg der Sohn Wilhelm des Rektors Karl August Jordan, der ab 1825 Pfarrer in Gumbinnen und 1832 in Ragnit war, auf die Welt. Ab 1838 studierte er in Königsberg an der Albertus-Universität, zuerst Theologie, dann Philosophie und Naturwissenschaften. Nach der Promotion 1842 setzte er seine Studien ein Jahr lang in Berlin fort. Dort wohnte der 23-jährige Dr. phil. als „freier Schriftsteller": Nach den Gedichten „Dichter in der Kunstausstellung", 1841, erschienen in Königsberg 1842 seine Gedichtbände „Glocke und Kanone" und „Irdische Phantasien" sowie 1844 von ihm übersetzte „Litauische Volkslieder und Sagen".

Jordan lebte 1845 und 1846 in Leipzig und gab die Zeitschrift „Die begriffene Welt" heraus. Wegen „politischer Pressvergehen" und religiöser Dichtungen musste er – wie 1843 bezüglich seiner Publikationen auch Berlin – Sachsen verlassen. In Leipzig kamen von ihm „Geschichte der Insel Haiti" (1844), „Begriffene Welt" (1845), die Lyrikbände „Ihr träumt!" (1845) und „Schaum" (1846) heraus. Danach ließ er sich in Bremen nieder, betätigte sich als Korrespondent in Paris für die „Bremer Zeitung". 1848 kehrte er nach Berlin zurück.

Der Landkreis Oberbarnim in Freienwalde wählte 1848 den politisch tätigen Dichter in die Frankfurter Nationalversammlung. Als Abgeordneter, zuerst der Linken, dann des Zentrums und der Gagernschen Partei, gehörte er dem Parlament an. In der Paulskirche fand 1848 eine Polen-Debatte statt: Soll das geteilte Polen wieder ein unabhängiger Nationalstaat werden? Der Politiker Robert Blum war für ein selbstständiges Polen, sein Nachredner Jordan hielt davon nichts. Das „Rumpfparlament" wurde 1849 in Stuttgart aufgelöst, Jordan 1850 in der Marineabteilung des Reichsministeriums für Handel zum Ministerialrat ernannt, ging aber schon 1851 nach der Versteigerung der Flotte in Pension. Er wohnte mit seiner Frau Emma Steinberg und vier Kindern in Frankfurt am Main. Hier konnte er sich seiner schriftstellerischen Tätigkeit hingeben, aber auch der verlegerischen als Selbstverleger.

Der ehemalige Linke sprach sich in der Paulskirche gegen ein selbständiges Polen aus

1852 bis 1854 erschien in Leipzig sein religions-philosophisches Gedicht „Demiurgos" in drei Bänden, das die Grundgedanken des biblischen Buches Hiob und auch Wolfgang von Goethes „Faust" aufnimmt. Nach „Graf Dronte" und dem Schauspiel „Falscher Fürst", 1854, kamen 1855 in Frankfurt am Main das Festspiel „Interim" und 1856 das Reim-Lustspiel „Die Liebesleugner" heraus, 1858 das Trauerspiel „Die Witwe des Agis", von seinen Übersetzungen 1861: William Shakespeares Gedichte und verschiedene Dramen, 1862: Sophokles Tragödien, später: Homers Odyssee (1876) und Die Edda (1888).

Vor seinen Reisen durch Deutschland, in Europa und nach Nordamerika 1871, wo er in größeren Orten eigene Gesänge und poetische Werke als wandernder Rhapsode vor dort lebenden Deutschen vortrug, ging Wilhelm Jordan mit seiner Nachdichtung des Nibelungenliedes „Nibelunge", erster Teil: Die Sigfriedsage, Frankfurt am Main 1868 – 1913 schon 15. Auflage – auf die ältesten nordischen Quellen, den Stabreim, zurück und versuchte, die alte Sage durch eine Neudichtung „vollständig und rein" zu gestalten. Es folgten „Der epische Vers der Germanen und sein Stabreim", „Das Kunstgesetz Homers und die Rhapsodik", Frankfurt am Main 1869, das Vers-Lustspiel „Durch's Ohr", 1870, die Gedichte „Strophen und Stäbe", 1871, das Drama „Arthur Arden", 1872. „Hildebrants Heimkehr", das zweite Lied von „Nibelunge", kam 1874 – 1924 die 14. Auflage – heraus: Der Dichter sah die vorgesehene Erneuerung des deutschen Nationalepos als die dichterische Hauptarbeit seines Lebens.



Bild: akg

Sein literarisches Werk wurzelte im Historismus: Wilhelm Jordan

In seinem Verlag erschienen weitere Werke: „Epische Briefe", 1876, die Gedichte „Andachten", 1877, „Die Erfüllung des Christentums", 1879, die Lustspiele „Sein Zwillingsbruder", 1833, und „Tausch enttäuscht", „Festspiel zur hundertjährigen Feier der Brüder J. u. W. Grimm", 1884.

Der zeitgenössische Kulturroman „Die Sebalds" wurde 1885 in Stuttgart und der Gegenwart-Roman „Zwei Wiegen", auch in zwei Bänden, 1887 in Berlin verlegt, es folgten in Frankfurt am Main 1889 die Versnovelle „Feli Dora", 1891 „Episteln und Vorträge", die dritte Auflage der Gefühlsdichtung „Deutsche Hiebe", 1892 das Schauspiel „Liebe, was du lieben darfst" und 1893 ein Blick in sein häusliches Leben: „Letzte Lieder", Gedichte, ein Jahr nach dem Tod seiner Frau.

Der Epilog „Kaiser Wilhelm I.", 1896, und die Gedichte „In Talar und Harnisch", 1898, beendeten die dichterische und Verlagsarbeit des Ostpreußen. Wilhelm Jordan starb am 25. Juni 1904 am Main. Er ist Namenspatron der Jordanstraße in Frankfurt-Bokkenheim.

E.B.

Keine falsche Bescheidenheit

Zu: Ein Vorbild (Nr. 19)

Ich möchte mich herzlich beim *PAZ*-Chefredakteur Jan Heitmann für seinen Leitartikel bedanken. Er hat damit allen Landsleuten, die seit nunmehr zwei Jahrzehnten im nördlichen Ostpreußen im Einsatz sind und praktisch an der deutsch-russischen Verständigung arbeiten, eine echte Wohltat erwiesen.

Der ostpreußische Dichter Ernst Wiechert (1887–1950) schrieb über sein masurisches Dorf Sowirog: „Im Rücken der Geschichte“ treffen sich Deutsche und Russen und Polen und Litauer und haben schon längst eine Realität geschaffen, in der alle letztlich Ostpreußen sind.

Ob Kulturaustausch, humanitäre Hilfe, Restaurierungen oder ganz einfach Freundschaften – es läuft alles bestens. Die Politik macht mal wieder Stunk. Während in den Talk-Shows diskutiert wird, ob Putin der Böse ist und welche Interessen durchgesetzt werden sollen, haben die kleinen Arbeiter vor Ort Sorgen, ob es mit dem Visum klappt, ob der Rubel weiter fällt (was die Renten der russischen Freunde empfindlich trifft), ob man auch weiterhin in der Heimat in Ruhe arbeiten und bescheidene Freuden genießen kann – wirklich bescheidene Freuden: einen Tagesausflug an die Ostsee, einen Bummel über den Basar, ein Fest im Dorf.

Herr Heitmann lobt die „Ostpreußen, die russischen wie die deutschen“, die sich nicht unterkriegen lassen. Das tut gut. Nur: Sie müssten sich nicht so sehr nach der preußischen Bescheidenheit richten, „mehr sein als scheinen“. Sie müssten ihre Leistungen lauter an die große Glocke hängen. Dann würden vielleicht auch Merkel und Putin aufmerksam. **Dr. Bärbel Beutner, Unna**

Das Völkerrecht nicht vergessen

Zu: Ein Vorbild (Nr. 19)

Die besondere Hervorhebung in der *PAZ* über die Ausstellung zur Geschichte Labiaus im russisch besetzten Teil Ostpreußens begrüße ich. Ebenso ist auch die Betonung der wohlwollenden Zusammenarbeit der Besatzungsverwaltung mit der Landsmannschaft Ostpreußen ein Hoffnungszeichen. Aber dennoch sollten wir dieses positive Ereignis sachlich-nüchtern schildern und die total gegensätzlichen Hindernisse zur Rechtslage des Gebietes, nicht zuletzt auch zum Menschen- und Völkerrecht, beachten.

Es gibt auch nach Jahrzehnten seit Kriegsende keine „russischen Ostpreußen“, mögen sie auch ehrlich auf diejenigen Heimatvertriebenen heute zugehen, die den Massen-Verschleppungen und Massenmorden entkommen sind. Es geht nie gut, wenn man sich blauäugig über das den Verlierern des Krieges vorenthaltene Menschen- und Völkerrecht hinwegsetzt. Dies muss selbst dann gelten, wenn sich – was mich nicht wundern würde – Kanzlerin Merkel und Russlands Präsident Putin umarmen und den Bruderkuss geben würden. **Dietmar Neumann, Neu Wulmstorf**

Raubland ist tabu

Zu: „Heimat und Zukunft in einem neuen Licht“ (Nr. 20)

In den letzten Tagen wird wieder einmal viel über „Raubkunst“ gesprochen und geschrieben. Wer aber spricht von Raubhäusern, Raubhöfen, Raubstädten, Raubland? Ohne Bilder kann man notfalls leben. Sie sind die schönen Zugaben zu den Bedürfnissen des täglichen Lebens. Auch wurden diese vielberedeten Bilder – im Wortsinne – nicht geraubt (also unter Androhung von Gewalt genommen), sondern gingen gegen – zugegeben nicht marktgerechte – Bezahlung in den Besitz des Staates über. Uns aber wurde mit dem Raub unserer Heimat buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen. Entschädigungslos! Aber während von der „Raubkunst“ die Zeitungen voll sind, ist selbst schon die bloße Erwähnung des Heimatraubes verpönt. Vertriebene sind Unpersonen und dürfen nicht einmal ihrer jahrzehntelangen Verbitterung Ausdruck verleihen (siehe Pawelka), müssen Feindseligkeit und Diskriminierung ertragen. Aber freilich, für Deutsche, geschweige denn Ostdeutsche, gilt ja offenbar das Antidiskriminierungsgesetz nicht. **Ilse Conrad-Kowalski, Lübeck**

Rätselhafte *PAZ*

Zu: Vertrauen verloren (Nr. 18)

Wer bezweifelt, dass Putin mit russischen Sondereinheiten an der Destabilisierung der Ukraine arbeitet, ist für mich „mit dem Klammersack gepudert“. Es ist doch eindeutig, dass Putin wirtschaftliche und militärische Interessen an der Ostukraine hat und diese durchsetzen will. Weshalb sich nun die *PAZ* auf seine Seite stellt, ist mir allerdings ziemlich rätselhaft.

Die Berichterstattung deutscher Medien als antirussische Propaganda zu denunzieren, ist eine Frechheit. Die *PAZ* triumphiert, wenn sie die anderen Medien einmal mit einem geringfügigen Fehler erwischt („das ZDF räumte die Verwendung von Propagandamaterial ein“). Dass Russland allen Nachbarländern seinen Willen aufzwingen will, stört die *PAZ* offensichtlich überhaupt nicht. Die „Finnlandisierung“ lässt schön grüßen. **Alfred Schwarz, Frankfurt am Main**



Marktplatz von Gerdauen um 1930: Inzwischen haben sich Ostpreußen und heute dort lebende Russen versöhnt. Dennoch betrauern viele Vertriebene ihre persönlichen Verluste. Bild: Archiv

Polens Mitschuld

Zu: „Der Friede scheint gerettet“ (Nr. 17)

Die Kündigung der deutsch-polnischen Abkommen vor genau 75 Jahren erfolgte erst, nachdem Polen bereits eine Teilmobilmachung durchgeführt hatte. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, weiß das und versucht, dies einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Die polnischen Übergriffe auf Deutschland waren Legion und durften in der damals staatlich gelenkten Presse nicht veröffentlicht werden. Die kurzfristig im Oktober 1938 verfügte Abschiebung polnischer Juden aus Deutschland war trotz lebhafter diplomatischer Bemühungen Deutschlands aus Sicht der Polen ein besonders infamer Akt, in dessen Gefolge es 1938 zu dem Attentat eines Polen auf den deutschen Botschaftsrat Ernst Eduard vom Rath in Paris kam. **Ulrich Hinz, Lauterbach**

Hand in Hand

Zu: Aufgeflogen (Nr. 19)

Dass in den Fingern des nordirischen Sinn-Fein-Führers Gerry Adams Blut kleben soll, verwundert niemanden, der sich einigermaßen mit dem Nordirlandkonflikt auskennt. Die Sinn Fein hat schon seit dem Osteraufstand von 1916 eine Gewalt-Tradition. Auch wenn sie sich offiziell von der Gewalt losgesagt hat, ist sie alles andere als ein Friedensengel. Die Mitglieder der IRA und der Sinn Fein, stammen aus denselben Milieus und haben dieselben Ziele. Die als „politischer Arm“ der IRA bezeichnete Sinn Fein weiß also ganz genau, was der bewaffnete Arm macht. **Matthias Schöne, Hannover**

Kein Vergleich mit Sudetendeutschland

Zu: Russischer Bär nimmt sich Häppchen für Häppchen (Nr. 13)

Ein *PAZ*-Leser schreibt im Leserforum über die russischen Expansionsbestrebungen am Beispiel der Besetzung der Krim. Er benutzt dabei aber einen Vergleich, den ich nicht sehr glücklich finde, indem er schreibt: „Eine Parallele haben wir in unserer Geschichte, als die Westmächte nach der Einverleibung des Sudetenlandes Hitler nicht konsequent genug Einhalt geboten haben.“

Damit wird das Sudetenland diskreditiert. Man darf doch nicht vergessen, dass die Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg bei der Bildung der Tschechoslowakei, die es vorher nicht gab, die Sudetendeutschen unter tschechische Fremdherrschaft gestellt hatten. Als man den Alliierten vorhielt, dass sie angeblich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gekämpft hätten und nun aber gegen ihre eigene Deklaration verstießen, entgegneten sie, dass für die Deutschen das Selbstbestimmungsrecht jedoch nicht gelte.

Das Münchner Abkommen war also an und für sich genommen in Ordnung und keine „Einverleibung“ des Sudetenlandes. Die Weiterungen müsste man gesondert diskutieren. Die falsche Interpretation des Münchner Abkommens, das übrigens gegen den Willen Hitlers zustandegekommen ist, als angeblichen Gewaltakt, hat sich allerdings bei vielen antideutschen Akteuren eingeschliffen.

So hat kürzlich auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Einmarsch Putins in die Krim mit dem Einmarsch Hitlers ins Sudetenland verglichen. Aber Schäuble ist schon in der Vergangenheit mit abfälligen Bemerkungen über die deutschen Ostgebiete aufgefallen. Die Äußerung Schäubles wurde zwar umgehend von der Bundeskanzlerin Merkel zurückgewiesen. Aber damit wollte die Kanzlerin gewiss keine Sympathie für die deutschen Ostgebiete bekunden, sondern allenfalls den russischen Präsidenten vor einem Hitlervergleich in Schutz nehmen.

Man könnte immerhin ergänzen, dass der Einmarsch Hitlers in das Sudetenland völkerrechtlich abgesichert war. Der Einmarsch Putins in die Krim war es allerdings nicht. Das heißt aber nicht, dass ich ein Hitler-Fan bin. Das kann einem ja heute leicht angedichtet werden. Selbst wenn man nur historische Tatsachen beschreibt. **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 21 – 24. Mai 2014

Mit Polen und Litauen gleichgezogen

Deutsches Generalkonsulat in Königsberg nahm rundes Jubiläum als Anlass für offizielle Einweihung seines neuen Domizils

Sein zehnjähriges Bestehen hat das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg zum Anlass genommen, sein bereits im November bezogenes neues Domizil offiziell einzuweihen. Mit seinem neuen Sitz hat nun nach Polen und Litauen auch Deutschland eine eigene Immobilie auf eigenem Grundstück.

Bei der Eröffnungszeremonie, an der auch der deutsche Botschafter in Russland, Rüdiger Freiherr von Fritsch, und der ehemalige Generalkonsul in Königsberg und heutige Botschafter in Kasachstan, Guido Herz, teilnahmen, bemerkte der Gastgeber, Generalkonsul Rolf Krause, dass die große Zahl an Gästen von der wahren Bedeutung des weltweiten kleinsten Konsularbezirks des Auswärtigen Amtes zeuge. Zweifelsohne wäre die Zahl der Gäste noch größer gewesen, wenn die Zeremonie nicht am Tage, sondern abends stattgefunden hätte.

Alte Villa wurde aufwendig saniert

Der deutsche Botschafter in Moskau vertrat ebenfalls den Standpunkt, dass die Größe des Konsularbezirks nicht unbedingt mit der Bedeutung im Einklang stehe. „Während der Finanzminister in Erwägung zieht, hier etwas zu schließen, da etwas einzusparen, wurde dieses Projekt verwirklicht. Weil dies ein besonderer Ort ist, der unsere Beziehungen widerspiegelt. Das Kaliningrader Gebiet ist eine russische Region, die sich erfolgreich entwickelt und eine große Rolle spielt, und Sie wissen, dass diese Region für Jahrhunderte eine große kulturhistorische Bedeutung auch für mein Land hatte.“ Der Botschafter sagte, dass hier nicht die große Politik gemacht werde, aber die für die einfachen Menschen wichtigsten Schritte verwirklicht würden wie der kleine Grenzverkehr.

Auf der Eröffnungszeremonie wurde an die nicht einfache und sogar pikante Geschichte der Rekonstruktion des Gebäudes für das deutsche Generalkonsulat erinnert, die zur erheblichen Verzögerung des Umzugs der diplomatischen Vertretung geführt hatte. Zu diesem Punkt sagte Generalkonsul Rolf Krause: „Diese lange Geschichte beobachteten zwei Gouverneure und drei Generalkonsuln mit Interesse. Und wenn wir alle geführte Korrespondenz zu diesem Thema ausdrucken würden, bräuchten wir ein weiteres Gebäude, um sie unterzubringen. In dieser Zeit wurden zahlreiche E-Mails verschickt, teilweise nicht sehr freundliche oder nicht diplomatisch formulierte. Ich hoffe, das gehört nun alles der Vergangenheit an.“ Deshalb begrüßte der Generalkonsul alle, die an diesem Bau beteiligt waren und es gemeinsam geschafft hatten, das Projekt zu Ende zu bringen.



Durch Rolf Krause und Larissa Kopezewa enthüllt: Die Tafel informiert darüber, dass die „Villa aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts ein Architekturdenkmal von regionaler Bedeutung ist und dem Denkmalschutz unterliegt“ Bild: Tschernyschew

Der ehemalige Generalkonsul Guido Herz erzählte den Gästen, dass er 2006 am Kauf des Gebäudes beteiligt gewesen war, und erinnerte an das russische Sprichwort „Auf Versprochenes wartet man drei Jahre“, das diese Geschichte illustriert, obwohl man sogar noch länger warten musste.

Unter den Gästen waren auch Angehörige der Familie, der dieses Haus vor dem Krieg gehört hatte. Nach den Worten Krauses hatten sie die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, dass „wir versuchen, das Erbe Ihrer Familie würdig zu erhalten“. Während der Renovierungsarbeiten wurden die Bedingungen und Normen des Denkmalschutzes berücksichtigt. Zum Zeichen dessen enthüllten Krause und die Leiterin des Regionalen Dienstes zum Schutz von Architekturdenkmälern mit regionaler Bedeutung, Larissa Kopezewa, eine Tafel, die Zeugnis darüber abgibt, dass die „Villa aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts ein Architekturdenkmal von regionaler Bedeutung ist und dem Denkmalschutz unterliegt“. Angesichts seines neuen Besitzers besteht kein Zweifel daran, dass sich um dieses Gebäude sorgfältig gekümmert wird und es weiterhin in seiner historischen Form erhalten bleibt.

Darüber hinaus ist an der Frontwand des Gebäudes ein Flachrelief mit der Darstellung einer Frau mit einem Füllhorn erhalten. Krause scherzte darüber: „Stellen Sie sich vor, aus dem Füllhorn kämen fünfjährige Langzeitvisa heraus.“ Offensichtlich dachte der Generalkonsul dabei an Änderungen der Regeln für die Erstellung von Schengen-Visa, die ab Anfang 2015 in Kraft treten. Sie erlauben die Erteilung von Langzeitvisa für fünf Jahre, in Ausnahmefällen für sieben Jahre. Allerdings wird jedes Schengen-Land selbst entscheiden, in welchem Rahmen es diese Regelung anwenden wird.

Krause überbrachte das Bedauern des Außenministers Frank-Walter Steinmeier darüber, dass er an der Eröffnungszeremonie nicht persönlich teilnehmen konnte, und verlas dessen Grußwort, in dem er zum Ausdruck brachte, mit dem Umzug in ein neues Haus betone die deutsche Seite, dass sie in Zukunft ihre Arbeit im Königsberger Gebiet nachhaltig weiterführen wolle und man sich durch den Umzug in dieses sorgfältig restaurierte Gebäude der alten Tradition enger Beziehungen im Ostseeraum zuwende.

Während der Eröffnungsfeier hatten die Gäste die Möglichkeit, das Konsulatsgebäude zu besichtigen und sich damit vertraut zu machen. Die meisten Räume des Generalkonsulats standen an diesem Tag den Besuchern offen.

Jurij Tschernyschew

Er schlug Brücken zwischen den Osterodes

Kreisvertreter Edgar Steiner wurde mit der Ehrenbürgerschaft seiner Vaterstadt ausgezeichnet

Er hat nur kurz in Osterode gewohnt, aber später viel für Stadt und Landkreis getan. Jetzt wurde Edgar Steiner, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft Osterode, Ehrenbürger seiner Heimatstadt. Diesen Titel verlieh ihm der Stadtrat in Anerkennung seiner Verdienste um Osterode.

Die Ehrenbürgerschaft erhielt der Professor auf einer feierlichen Sitzung des Stadtrats im Osteroder Schloss, die auch aus Anlass des zehnten Jahrestags des Beitritts Polens zur Europäischen Union, des 20-jährigen Bestehens der Partnerschaft von Osterode und Osterode am Harz sowie des 685. Geburtstags der Stadt stattfand. Angesichts dieses vielfachen Jubiläums erklangen zu Beginn der Stadtratssitzung die Hymnen Deutschlands, Polens und der Europäischen Union. Geleitet wurde die Sitzung von Henryk Hoch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stadtrats von Osterode. Der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren sowie der Osteroder Gesellschaft der deutschen Volksgruppe „Tannen“ war auch Initiator der Verleihung des Titels eines Ehrenbürgers von Osterode an Steiner.

Steiner wurde 1933 in Deutsch Eylau geboren. Seine Familie wohnte dort bis 1937, die Kindheit verbrachte er bis 1945 jedoch in Osterode, wo er die Grundschule beendete und das Gymnasium besuchte. Nach der Flucht aus Ostpreußen ließ sich seine Familie in Sachsen nieder. Steiner studierte Medizin in Leipzig und St. Petersburg. Er ist Professor der Militärmedizin und Generalmajor im Ruhestand. Er ist verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne.

Der Kreisgemeinschaft Osterode sitzt er mit einer Pause seit 1992 vor. Er war einer der Initiatoren zur Aufnahme einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Osterode am Harz und Osterode sowie der Vereinbarung zur Bewahrung deutschen Kulturguts im Landkreis Osterode, die zwischen der Kreisgemeinschaft und dem Kreis Osterode geschlossen wurde. Er unterstützte den Wiederaufbau und die Renovierung der Kirchen in Marienfelde, Osterode und Liebemühl sowie die Renovierung von Schulen. Er half bei den gelungenen Bemühungen Osterodes um Gelder der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die unter anderem der Erneuerung des Osteroder Schlosses dienten. Er wirkte auch an der Entstehung einer Publikation über Osterode mit und unterstützte die Johanniterstation. Dies sind nur einige der Aktivitäten von Steiner für die Stadt Osterode und den gleichnamigen Landkreis.



Bild: Lech Kryszalowicz

Gratulation: Ehrenbürger Steiner und Stadtratsvorsitzender Hoch (v.l.)

Seine Motivation für diese Tätigkeit erklärte er in seinem Dank für die Auszeichnung ganz kurz: „Weil mir mein Vater am Ende des Zweiten Weltkriegs das Bestreben nach dem Schaffen von Verständigung und Zusammenarbeit eingeimpft hat.“ 1993 besuchte er das erste Mal seit der Flucht seine Stadt. Die ersten Kontakte mit der Verwaltung von Osterode waren nicht überschwänglich. Damals konnte niemand voraussehen, wohin sie führen würden. „Heute frage ich mich, ob das, was ich getan habe, ausreichend ist, um diesen ehrenvollen Titel zu erhalten. Vielleicht ja, da der Stadtrat ihn mir doch verleiht“, sagte Steiner. „Diese Ehre behandle ich nicht als eine persönliche Auszeichnung, sondern als Auszeichnung der ganzen Kreisgemeinschaft Osterode. Wir werden mit der Arbeit für unsere gemeinsame Heimat dafür sorgen, dass mir dieser Titel verdientermaßen zuerkannt wurde“, versprach er am Ende seiner Rede.

Das sahen die Gäste, darunter die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig Annette Klein, der Sejm-Abgeordnete Zbigniew Babalski und Senator Stanisław Gorczyca sowie der Bürgermeister von Osterode am Harz Klaus Becker mit einer umfangreichen Delegation, bereits als gegeben an. Durch ihre Ansprachen zog sich wie ein roter Faden die Meinung, dass die von der Kreisgemeinschaft vor 20 Jahren begonnenen Kontakte mit Osterode sehr zur Entwicklung der Stadt beigetragen hätten.

Uwe Hahnkamp



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

mit seinen einfühlsamen Schilderungen von seinen Wanderungen durch die heutige Heimat und wunderschönen Fotos hat **Jörg Pekrul** viele Leserinnen und Leser beeindruckt. Einen besonders, denn dieser glaubte, in Jörg Pekrul einen nahen Verwandten zu entdecken. Was dann auch stimmte, wie Herr Pekrul uns nun bestätigt:

„Im vergangenen Sommer konnten Sie von unserer Familie berichten, dass ihr ‚Königsberger Wanderer' über diese Kolumne Kontakt zu einem seit der Flucht verschollen geglaubten Vetter seines Vaters gefunden hatte. Heute sitzen nun mein Vater, sein Vetter und der Schreiber dieser Zeilen in einer vertrauten Runde zusammen. Es ist schön, diese Zusammengehörigkeit zu erfahren. Nicht nur, dass gegenseitig viele offene Fragen in den jeweiligen Familien aus der Vergangenheit geklärt werden konnten. Wir sind dankbar. Für das Zustandekommen der Begegnung. Für die Vertrautheit und die Gemeinsamkeit. Nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch und vor allem im Hier und Jetzt. Dieser Dank richtet sich an die gesamte Ostpreußische Familie. Wie schön, dass es sie gibt. Ein Wert, der sich in Zahlen nicht ausdrücken lässt. Aus unserer Runde übersende ich Ihnen das beigefügte Foto. Im Laufe des Abends stießen wir noch auf Sie alle an, und zwar mit der Erkenntnis: ‚Solange der Pregel ans Bollwerk stoßt ...!'"

So sind auch wieder neue Erfolge zu vermelden, und einen der schönsten nehmen wir gleich vorweg. Uns hatte ein Brief besonders berührt, in dem eine noch in Ostpreußen Geborene nach dem „Lebensretter" ihrer Familie suchte. Ihre Großmutter **Else Ludorf** hatte in Königsberg auf einer Dienststelle des Luftkommandos 1 gearbeitet. Ihr damaliger Chef **Ernst Schirrmacher** veranlasste, dass nicht nur sie, sondern auch ihre Tochter mit ihren drei kleinen Kindern rechtzeitig aus Königsberg herauskamen und sicher in Schleswig-Holstein landeten. Die Geschwister **Vilmar**, **Regina** und **Carla John** wollten nun einen späten Dank an ihren Lebensretter abstatten. Der lebte mit Sicherheit nicht mehr, aber wohl einer seiner vier Söhne. „Je älter wir werden, desto mehr wird uns bewusst, dass unser Überleben wohl nur durch den Mut und die Hilfsbereitschaft des Herrn Ernst Schirrmacher möglich war", schrieb Vilmar John im Namen seiner Schwestern. „Zu gerne würden wir John-Geschwister nun Kontakt zu seinen Söhnen finden, um über sie ihrem Vater Dank und Anerkennung auszusprechen." Wir veröffentlichten diesen Suchwunsch in Folge 15. Zuerst kam ein herzlicher Dank für die Veröffentlichung von Carla John, dann erhielten wir die Zuschrift unseres Lesers **Manfred Lang**, dass er während seiner beruflichen Tätigkeit mit einem **Horst Schirrmacher** aus Königsberg Kontakt gehabt habe. Ob dieser Hinweis dazu beigetragen hat, dass sich tatsächlich sehr schnell ein Erfolg einstellte, weiß ich nicht. Jedenfalls kam kurz darauf diese freudige Mitteilung von Carla John:



Jörg Pekrul: Ein großes Dankeschön an die Ostpreußische Familie Bild: privat

„Aufgrund der von Ihnen freundlicherweise so schnell veröffentlichten Suchanzeige haben sich schon nach wenigen Tagen Erfolge eingestellt. Ich erhielt zwei Anrufe, von denen einer mich sofort auf die richtige Spur brachte. Schon wenige Tage nach dem Erscheinen der Anzeige in der *PAZ* konnte ich mit einem der von uns gesuchten Brüder ausführlich telefonieren. Leider sind die zwei jüngeren der vier Brüder schon relativ jung gestorben. Am folgenden Tag rief ich den zwei Jahre älteren Bruder an, der seinerseits schon von seinem Bruder informiert worden war und deshalb nicht ganz so unvorbereitet auf meinen Anruf war. Auch mit ihm habe ich lange und ausführlich sprechen können. Es waren für mich sehr emotionale Gespräche. Es ist ein eigenartiges und gleichzeitig wunderbares Gefühl, dass ein Stück unserer eigenen Lebensgeschichte von diesen beiden Menschen geteilt und bestätigt wurde; so als ob eine Geschichte, die man zwar von der Mutter und den Großeltern immer wieder gehört hatte, die aber dennoch immer etwas sehr Unwirkliches hatte, nun unverrückbare Tatsache geworden ist. Auch wenn sich meine Gesprächspartner nicht direkt an unsere Namen und Gesichter erinnern konnten, so wurde doch bestätigt, dass unsere Eltern zusammen mit uns Kindern eine bewegende gemeinsame Vergangenheit durchlebt haben. In erster Linie natürlich durch die Flucht, die uns der Vater der jetzt noch lebenden Brüder ermöglicht hat und ohne die wir mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr lebend aus Königsberg herausgekommen wären. Daran schlossen sich die ersten Jahre unseres Lebens als Flüchtlinge in einer Baracke in Rieseby an der Schlei an, auf unglaublich engem Raum und unter erbärmlichen Bedingungen. Bis 1952/1953 lebten unsere Familien noch in Rieseby, wenn auch später nicht mehr so dicht beieinander.

Mein fünf Jahre älterer Bruder, der ja den Anstoß zu dieser Suche gegeben hatte, war völlig überwältigt, dass wir dank der Anzeige im *Ostpreußenblatt* schon so schnell den Kontakt zu den Brüdern aufnehmen konnten. Es war uns vor allem darum gegangen, dieser Familie noch einmal von ganzem Herzen dafür zu danken, dass ihr Vater nicht nur an die Rettung seiner eigenen Familie und der Angestellten seiner Dienststelle (unsere Großmutter war die Lohnbuchhalterin der Abteilung) gedacht hatte, sondern auch meine Mutter und uns drei Kinder mitnahm. Wir hoffen sehr, dass es noch mehr Gelegenheit für Telefongespräche geben wird; denn auch mein Bruder würde sehr gern mögliche gemeinsame Erinnerungen mit ihnen austauschen und vielleicht ergibt sich sogar irgendwann ein Treffen."

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Dass man immer wieder auf Unerwartetes in unserer Kolumne stoßen kann, wenn man sie sorgsam liest, bestätigt uns Frau **Erika Epple** geborene **Barwinski**. Die heute 85-Jährige, die einer Königsberger Juristenfamilie entstammt – ihr Vater war Landgerichtsrat –, fühlte sich verpflichtet, uns mitzuteilen, wie ihr unsere Ostpreußische Familie zu Kontakten verholfen hat. Erika Epple schreibt:

„Da ich durch das *Ostpreußenblatt* schon einige Kontakte gefunden hatte, muss ich Ihnen nun endlich einmal über diese Erfolgserlebnisse berichten, denn diese Rückmeldungen haben Sie durch Ihre beharrliche Arbeit unbedingt verdient! Zuerst bekam ich mit einem Kinderfreund aus der Tiergartenstraße Kontakt. Die Todesanzeige meiner Tante führte zu einem Missverständnis, da meine Mutter den gleichen Namen trug. Meine Cousine schickte mir das Beileidsschreiben, und ich nahm mit diesem unvergessenen Kinderfreund Kontakt auf. Wir haben uns zweimal in Göttingen getroffen, wo er lebte und einer unserer Söhne studierte. Leider ist er nun schon verstorben. Dann fand ich eine Suchanzeige aus Australien! Und zwar wurde nach **Maria Kretschmann**, unserem langjährigen Hausmädchen (40 Jahre) gesucht. Ich antwortete und hatte einige Jahre eine schriftliche Verbindung mit einer Cousine von Maria. Deren Tochter suchte nach deutschen Wurzeln. Ich habe dann noch an Frau Kretschmanns Angehörige vermittelt, mit denen ich immer noch Kontakt pflege. Leider ist die Verbindung nach Australien inzwischen abgerissen, vermutlich lebt die ältere Dame nicht mehr. Im *Ostpreußenblatt* vom 11. Januar 2014 erwähnten Sie den ‚Willenberger Krug' und die Familie Döpner. 1943, als in Berlin die Schulen geschlossen wurden, ging ich vier Monate in Braunsberg zur Schule, und meine Schulkameradin war **Renate Döpner** eben von dort. Ich erinnere mich an einen Schulausflug mit der Haffuferbahn dorthin. Mit Renate **Knops** geborene Döpner bin ich in brieflicher Verbindung, und wir haben uns auch zweimal getroffen. Sie lebt im Taunus. Aber nun komme ich zu dem Bericht vom 1. Februar 2014, der den Anstoß zu diesem Brief gab. Sie berichten von einem Gespräch mit Frau **Ingeborg Sebber**, und diese war in den 50er Jahren eine liebe Kollegin von mir! Wir haben sie ‚Sebbi' genannt, so wie ich unter den Kollegen ‚Barwi' hieß. Ich kannte sie nicht aus Königsberg, sondern begegnete ihr zuerst in Berlin bei einem Vorstellungsgespräch. Die Firma hatte ihre Niederlassung in Stuttgart, und so kam ich 1951 hierher nach Stuttgart, ohne zu ahnen, dass ich mal hier für immer bleiben werde! 1957 habe ich geheiratet und ging aus der Firma, Frau Sebber einige Jahre später. Ihre Tochter ist gleichaltrig mit unserem zweiten Sohn. Wir waren in Verbindung geblieben, ich habe Frau Sebber auch in Steinbach bei München besucht. Sie zog dann zu ihrer Tochter nach Lübeck, und wir hatten dann noch schriftlichen Kontakt, der aber irgendwann abriss. Ich wusste ja, dass sie neun Jahre älter war als ich, und war dann der Meinung, sie würde nicht mehr leben. Bis ich in Ihrer Kolumne las, dass sie sich nach Kontakten sehnte. Eine Minute später hatte ich sie am Telefon und es wurde ein langes Gespräch. Es war ein so gutes und belebendes Gespräch, und wir werden auf jeden Fall weiterhin in Verbindung bleiben. Danke, liebe Frau Geede, für diesen Bericht mit Telefonnummer."

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Soweit der Brief von Frau Epple, für den wir herzlich danken. Denn wir freuen uns ja mit über jeden Erfolg, gleich welcher Größenordnung.

Und da gehört der, den „die Kinder Königsbergs" uns jetzt noch einmal bestätigen, ganz vorne auf die Erfolgsliste. Er zeigt, dass unsere Ostpreußische Familie nicht nur Mittlerin zwischen einzelnen Leserinnen und Lesern ist, sondern dass sie auch zur Gemeinsamkeit führt, zum Zusammenschluss von Menschen, die miteinander ihre schicksalsschweren Erlebnisse aufarbeiten wollen. Sie gehören der „vergessenen Generation" an, die Kinder Königsbergs, die nach der Kapitulation in der zerstörten Stadt ihr Leben fristeten, alleingelassen, elternlos, ohne Obdach oder in provisorischen Heimen. Vor einigen Jahren fanden sich die heute im Seniorenalter stehenden Frauen und Männer zusammen, und die Ostpreußische Familie hat sie auf ihrem Weg zur gemeinsamen Aufarbeitung ihrer oft verdrängten Erinnerungen begleitet. Nun sagt uns Frau **Helga van de Loo** noch einmal ihren Dank im Namen der Gruppe: „Ihre spontane Aufgeschlossenheit unserer Thematik gegenüber sowie Ihre sensiblen Einlassungen waren und sind für uns alle spürbar motivierend und unterstützend, ohne alledem wir sicherlich den Zusammenhalt wie die wohltuende Kontaktpflege in der kleinen Gruppe bis zum heutigen Tage nicht so lebendig aufrecht erhalten können. Wir fühlen uns der Ostpreußischen Familie nach wie vor vertrauensvoll zugehörig. Dafür ausdrücklich ein großes herzliches Dankeschön für alles!" Und so findet auch in diesem Jahr wieder ein Treffen der Königsberger Kinder in Bad Pyrmont statt. Am letzten Maiwochenende trifft sich die kleine Gruppe im Ostheim, um wieder über viele sie immer noch bewegende Themen zu sprechen, die noch längst nicht alle aufgearbeitet wurden wie „Die vergessene Generation", „Unfähigkeit zur Kommunikation der Betroffenen" und „Historisch relevante Archivierung". Aber vorrangig ist der Wunsch nach einem frohen Wiedersehen, Plachandern im vertrauten Kreis, das Spüren der Verbundenheit, begründet durch den Überlebenskampf in der Nachkriegszeit.

Gerne wäre ich wieder dabei gewesen. Aber im Augenblick bin ich froh, dass ich wieder am Schreibtisch sitzen und versuchen kann, die inzwischen eingegangenen Zuschriften aufzuarbeiten, die sich in meiner unvorhergesehenen Zwangspause angehäuft haben. Und da muss ich doch meine Leser und Leserinnen um Geduld bitten. Es ist nicht nur die Fülle von Anliegen, sondern auch der Umfang einzelner Zuschriften, mit Lebensläufen, Chroniken, Erlebnisberichten und anderem Material, deren Bearbeitung viel Zeit und Recherche verlangt. Bitte habt dafür Verständnis!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Sieben meiner Jugend gestohlene Jahre

Ein ehemaliger französischer Kriegsgefangener dokumentiert seine Erinnerungen

Wenn wir heute auf ein Buch eines französischen Autors aufmerksam machen, das nur in französischer Sprache erschienen ist, so hat das seinen guten Grund: Schon einmal hat uns vor längerer Zeit das Schicksal des kriegsgefangenen Franzosen beschäftigt, der bei seinem Einsatz auf einem ostpreußischen Gutshaus seine große Liebe gefunden hatte und diese nach Jahr und Tag noch suchte. Es hatten sich wohl auch einige Hinweise ergeben, aber das Schicksal der Gesuchten blieb ungewiss. Nun hat der ehemalige Kriegsgefangene seine Lebensgeschichte als Buch veröffentlicht, das diesen – übersetzten – Titel trägt: „1939–1945, Sieben meiner Jugend gestohlene Jahre". Es schildert die Zeit seiner Gefangenschaft auf Gut Partsch und der Ausweisung nach der Russenbesetzung. Herr **Rolf Dyckerhoff** aus Wiesbaden machte uns auf das Buch aufmerksam, da er es von dem heute 97-Jährigen persönlich erhielt und meinte, dass es auch unsere Leserinnen und Leser interessieren würde. Mit Sicherheit, denn das Buch hat der Autor auch uns vertriebenen Ostpreußen gewidmet. Herr Dyckerhoff hat für uns den folgenden Bericht über diese Neuerscheinung geschrieben, für den wir ihm sehr danken.

„Zusammenfassung des Buches von **Louis Suarez** ‚1939–1945, Sept années volées à ma jeunesse' (1939–1945, Sieben meiner Jugend gestohlenen Jahre), Verlag: Société des écrivains, 14 rue des Volontaires, F-75015 Paris.

Louis Suarez (geboren 8. Oktober 1917 in Spanien) kam im Alter von zwei Jahren mit seinen Eltern nach Frankreich, wo sein Vater als Maurer arbeitete und später ein kleines Bauunternehmen gründete, und wählte 1937 die französische Staatsbürgerschaft.

Im November 1938 wurde er zu den französischen Gebirgsjägern eingezogen und verbrachte das Jahr 1939 und den Beginn des Jahres 1940 in Stellungen in Lothringen und im französischen Jura. Im Mai 1940 wurde seine Einheit in das Departement Marne (wo er die ersten deutschen Luftangriffe erlebte) und später an die Somme verlegt, wo er am 6. Juni 1940 in deutsche Gefangenschaft geriet. Zusammen mit vielen anderen Kriegsgefangenen – KG – kam er nach langen Fußmärschen über Brüssel in Aachen an, wo die KG auf Viehwaggons verladen wurden und am 2. Juli 1940 ausgehungert und erschöpft das Kriegsgefangenenlager (Stammlager/Stalag 1B) in Hohenstein/Ostpreußen erreichten.

Am 7. Juli 1940 meldete er sich freiwillig zum Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft und gelangte auf das Rittergut Groß Partsch bei Rastenburg, wo er bis zum Eintreffen der Roten Armee in seinem gelernten Beruf als Maurer arbeitete. Groß Partsch, im Besitz der Familie **Schenk zu Tautenburg** und verwaltet von Herrn **Kurt Mey**, grenzte an das Gelände der Wolfsschanze.

Luis Suarez teilte sein Leben in Groß Partsch mit rund 60 anderen französischen KG. In den vorliegenden Erinnerungen beschreibt er die Behandlung, die Arbeit, das Essen, die Unterkunft et cetera als fair, anständig und erträglich, und er konnte einen Briefverkehr mit seiner Familie herstellen. Im Laufe der Jahre kam es zu einer Liebesbeziehung zwischen ihm und einem deutschen Dienstmädchen, **Hilde**, die im Herrenhaus arbeitete. Solche Beziehungen waren zwar verboten und wurden, wenn es die Gestapo erfuhr, streng bestraft, doch die Familie der Gutsbesitzer deckte die Beziehung, so dass Louis unbehelligt blieb. Ende 1944 oder Anfang 1945 kehrte Hilde zu ihren Eltern nach Rastenburg zurück, Louis hat nie wieder etwas von ihr gehört. Auch Nachforschungen in der Nachkriegszeit konnten ihm keine Aufklärung darüber erbringen, ob Hilde den Einmarsch der Roten Armee, Flucht und Vertreibung überlebt hat.

Bedingt durch das Vordringen der Roten Armee flüchtet die Bevölkerung von Groß Partsch, auch die KG, am 26. Januar 1945 und erreicht Falkenau, zirka 35 Kilometer nordwestlich von Rastenburg. Dort wird sie von der Roten Armee eingeholt, die KG entgehen nur knapp der Erschießung, werden aber von den Sowjetsoldaten beraubt und müssen entsetzliche Massaker an der deutschen Zivilbevölkerung, Vergewaltigungen und Morde erleben. Das Verhalten der Sowjetsoldaten, die von Louis wie von den anderen KG als Befreier herbeigesehnt wurden, hat ihn zutiefst schockiert.

Ein sowjetischer Offizier befiehlt den KG, nach Gumbinnen zu gehen, wo die französischen und belgischen KG gesammelt werden. Die Gruppe macht sich auf den Weg und gelangt nach einem mehrtägigen Marsch durch eine tote, verschneite Landschaft über Ebenrode nach Kullikehmen bei Gumbinnen. Dort werden die KG von der roten Armee registriert, und am 26. März 1945 verlässt Louis mit anderen KG in einem Güterzug Ostpreußen und erreicht, nach einem längeren Aufenthalt in Wilna (Vilnius) und Kiew, am 14. Mai 1945 Odessa. Am 6. Juni 1945, genau fünf Jahre nach seiner Gefangenname durch die Wehrmacht, kann er Odessa zusammen mit 1600 anderen KG auf dem britischen Schiff ‚Arawa' verlassen und erreicht Marseille am Morgen des 14. Juni 1945, am Abend kommt er zu Hause in Castres an.

Obwohl Louis Suarez gegen seinen Willen fast fünf Jahre in Ostpreußen als rechtloser Kriegsgefangener verbringen musste, hat er keinen Hass auf die Deutschen. Im Gegenteil, er hat viel Mitgefühl mit den Ostpreußen, zum einen natürlich mit den Opfern der Gräueltaten der Roten Armee, zum anderen aber auch mit allen, die durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat verloren. Er hatte in den 90er Jahren Kontakte mit der Familie Schenk zu Tautenburg und hat, leider ohne Erfolg, versucht, Nachrichten über das Schicksal von Hilde zu erhalten. Sein Buch widmet er unter anderen allen ehemaligen Ostpreußen (à la mémoire de tous les anciens de Prusse orientale)."

R.G.



ZUM 99. GEBURTSTAG

Struppek, Martha, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Räder, Heinz, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 25. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Felsner, Edeltraut, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, am 29. Mai
König, Johanna, geb. **Hausendorf**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Ortmann, Ulrich, früher Freese, aus Lyck, am 26. Mai
Schmidt, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. **Walden**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Bergener, Helene, geb. **Rimke**, aus Klein Gnie, Kreis Gerdauen am 23. Mai
Geisendorf, Christel, geb. **Kallweit**, aus Schloßberg, am 25. Mai
Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Groß, Irma, geb. **Krause**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Kundt, Gretel, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Pakusch, Irmgard geb. **Pakusch**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 24. Mai
Parschat, Gerda-Ursula, geb. **Rochniak**, aus Lyck, am 28. Mai
Plauk, Edith, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Wenk, Bruno, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, und aus Lissau, Kreis Lyck, am 26. Mai
Wulff, Anna-Frieda, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 29. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Didzun, Hildegard, geb. **Herzog**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, 30. Mai
Beckmann, Elli, geb. **Röhl**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Dienhardt, Erika, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai
Exel, Emmy, geb. **Ludorf**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Günther, Frieda, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 24. Mai
Scharnowski, aus Orlowen, Kreis Lötzen, am 24. Mai
Krautwurst, Walburga, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, am 25. Mai
Krosse, Ida, geb. **Laskowitzki**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Lange, Frieda, geb. **Jakubzik**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 27. Mai
Marks, Helmut, aus Treuburg, 30. Mai
Moser, Heinz, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. Mai
Nützel, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Ossa, Lieselotte, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Mai
Patzer, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 30. Mai
Siedler, Gerda, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 26. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blaeser, Gertrud, geb. **Gronau**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 28. Mai
Czymoch, Klaus, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Daul, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Krink, Eva, geb. **Horn**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Liebenau, Eva, geb. **Schmidt**, aus Lyck, am 27. Mai
Maertens, Elisabeth, geb. **Gräfin von Schwerin**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai
Reichardt, Ruth, geb. **Berger**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Rogowski, Maria, geb. **Hoos**, aus Lyck, am 24. Mai
Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Sembach, Hermann, aus Ebenrode, am 25. Mai
Weiß, Willi, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 29. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bolsch, Otto, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 29. Mai
Braun, Else, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Filipzik, Herta, geb. **Weitschat**, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Fritzsche, Helene geb. **Luft**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. Mai
Gussek-Hahlbohm, Gertraud, geb. **Gussek**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Hoff, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Klingohr, Emmy, geb. **Bokühn**, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Mai
Laskowski, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Nowoczin, Friedrich, aus Diebauen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Scheffler, Lieselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, am 26. Mai
Schwesig, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Thiede, Horst, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. Mai
Wirschun, Käthe, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Borowski, Edith, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30 Mai
Danielzik, Richard, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 24. Mai
Dibbert, Lotte, geb. Kumpies, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Franke, Sigrid, geb. **Becker**, aus Kreis Lyck, am 28. Mai
Grzybowski, Ewald, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 26. Mai
Hartig, Ursula, adoptierte **Schirrmacher**, geb. **Mahler**, aus Schönwalde, Gutsbesitz Rudolfshammer, bei Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 26. Mai
Hartmann, Edeltraud, geb. **Lietke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Hoesch, Katharina, geb. **Krause**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 30. Mai
Hopp, Annemarie, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 25. Mai
Katzmarzik, Luise, geb. **Notebohm**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Keding, Magdalene, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Malinowski, Willi, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Neumann, Gertrud, geb. **Ludszuweit**, aus Sokaiten, Kreis Tilsit/Ragnit, am 27. Mai
Niehaus, Ursula, geb. **Schwede**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Stimmel, Renate, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai
Viell, Erika, geb. **Saborowski**, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 26. Mai
Viergutz, Traute, aus Lyck, am 26. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bernutz, Frieda geb. **Schlicht**, aus Königsdorf/Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 28. Mai
Cerniak, Irmgard, geb. **Rogalla**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Dibowski, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Dombrowski, Irma, geb. **Sczech**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 26. Mai
Geitmann, Hildegard, geb. **Kohse**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Hahne, Ursula, geb. **Steppuhn**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 26. Mai
Höland, Hilde Erika, geb. **Köhn**, aus Königsdorf-Rauschnick, Kreis Heiligenbeil, am 29. Mai
Holzky, Elly, geb. **Pfeifers**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 27. Mai
Josuweit, Herbert, aus Großfriedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Klauss, Eva-Maria, geb. **Torkler**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. Mai
Klee, Albert, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 24. Mai
Knappke, Prof. Dr. Martin, aus Lyck, am 29. Mai
König, Edith, geb. **Schmidt**, aus Bludau, Kreis Samland, am 26. Mai
Königsmann, Paul, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai
Kompa, Erich, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Kosberg, Heinz, aus Ortelsburg, am 26. Mai
Knoll, Edith, geb. **Krause**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 27. Mai
Kunze, Ursel Ruth, geb. **Dibowski**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Lange, Erwin, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Langner, Traute, geb. **Stöpke**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 30. Mai
Lemke, Kurt, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Mittag, Erich, aus Sassenhöhe, Kreis Rilsit-Ragnit, am 25. Mai
Neumann, Fritz, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Kuschel, Werner, aus Tannenberg, Kreis Osterode, am 27. Mai
Missonnier, Irmgard, geb. **Bromberg**, aus Neidenburg, am 27. Mai
Pfau, Vera, geb. **Schliewe**, aus Stapornen Kreis Samland, am 27. Mai
Pillath, Ruth, geb. **Rattay**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Richert, Irmgard, geb. **Rischkau**, aus Garbseiden, Kreis Samland, am 27. Mai
Rudi, Peter, aus Königsberg-Rossgarten, am 29. Mai
Scherwat, Rosemarie, geb. **Halecker**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau. am 25.Mai
Schütt, Hildegard, geb. **Ennulat**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Schulz, Karl-Heinz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Stange, Gerhard, aus Grünwalde, Kreis Heiligenwalde, am 28. Mai
Tarrach, Dieter, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Tertel, Eckard, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Tobe, Fritz, aus Wehlau, am 27. Mai
Wirkus, Siegfried, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Witt, Marlene, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Uttich, Inge, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai
Winczencz, Käthe, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Zschämisch, Hilde, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29 Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Allenbacher, Reinhold, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 25. Mai
Berg, Alfred, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Besmehn, Ernst, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Bischoff, Erna, geb. **Tessarzik**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Burgschat, Albin, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. Mai
Dieckmann, Elli, geb. **Neumann**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Echle, Inge, geb. **Armbrust**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Gast, Gretel, geb. **Laubschat**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 25. Mai
Habermas, Anni, geb. **Klein**, aus Elbing, am 28. Mai
Heisel, Rudi, aus Treuburg, am 26. Mai
Hellmann, Waltraud, geb. **Schwarz**, aus Gr. Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 24. Mai
Hessmer, Edeltraud, geb. **Statscheit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Jenz, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 27. Mai
Köppen, Edith, geb. **Kutzinski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Konopka, Walter, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Kuczewski, Siegfried, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 25. Mai
Kuchta, Rudi, Kreis Lyck, am 25. Mai
Langer, Ingrid, geb. **Klinger**, aus Sudeiken, Kreis Ebenrode, am 27. Mai
Lücke, Ruth Liesbeth, geb. **Ciesinski**, aus Fylitz Skottau, Kreis Neidenburg, am 26 Mai
Masannek, Gerhard, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 25. Mai
Mischke, Bruno, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Pahl, Edeltraud, geb. **Feyer**, aus Kreis Wehlau, am 24. Mai
Reusch, Fritz, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 26. Mai
Rosocha, Klaus-Jürgen, aus Kreis Lötzen, am 27. Mai
Schaaf, Hannelore, geb. **Hennig**, aus Ebenrode, am 24. Mai
Schellenberger, Friedel, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 29. Mai
Schulz, Helmut, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Specht, Gertrud, geb. **Dutz**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Standschus, Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Steinborn, Hellmuth, aus Funken u. Rodental, Kreis Lötzen, am 26. Mai
Thiel, Karl-Dietrich, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Mai
Till, Horst, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Volk, Edith, geb. **Neumann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Wegner, Heinz, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 26. Mai
Zywietz, Gerhard. aus Salleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Andreas, Günter, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Bahr, Edith, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Biallas, Reinhard, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Dormann, Joachim, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Eckfeld, Irma, geb, **Stöbke**, aus

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Termine der LO

Jahr 2014

6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
14./15. Juni: Ostpreußische Jugendolympiade in Ortelsburg.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 24. Mai, 12.45 Uhr, SWR: Simson – Fahrzeuge aus Suhl.
Sonnabend, 24. Mai, 20.15 Uhr, Phoenix: Die geheime Macht der Jesuiten.
Sonnabend, 24. Mai, 23.05 Uhr, Deutschlandradio: Lange Nacht. Vergessen und vergeben? Über Heimkinder in Ost und West.
Sonntag, 25. Mai, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 25. Mai, 9.15 Uhr, 3sat: Perfekt oder menschlich. Vom Zwang, immer besser zu werden.
Sonntag, 25. Mai, 20.15 Uhr, NDR: Landpartie. Das Künstlerdorf Worpswede zieht seit mehr als 100 Jahren Maler und Bildhauer an. Heimatreport.
Montag, 26. Mai, 15.15 Uhr, NDR: **Ostpreußens Norden.** Teil 1.
Montag, 26. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Die Mandela-Verschwörung. Politdrama, GB 2008.
Montag, 26. Mai, 22 Uhr, WDR: Nackte Angst – Russische Jagd auf Schwule.
Montag, 26. Mai, 22.45 Uhr, ARD: Abgehört und abgenickt. Die etwas andere deutsch-amerikanische Freundschaft.
Dienstag, 27. Mai, 15.15 Uhr, NDR: **Ostpreußens Norden.** Teil 2.
Dienstag, 27. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Heimatfront – Die Berliner und der Erste Weltkrieg. Doku, D 2014.
Dienstag, 27. Mai, 21.45 Uhr, ARD: 14 – Tagebücher des Ersten Weltkriegs, Teil 1: Der Aufbruch. – 23 Uhr, Teil 2: Die Front.
Mittwoch, 28. Mai, 15.15 Uhr, NDR: **Am Frischen Haff.** Doku, D 2010.
Mittwoch, 28. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Auf den Schienen des Doppeladlers. Während des Ersten Weltkriegs wurde die Eisenbahn zum infrastrukturellen Rückgrat Österreich-Ungarns. Geschichtsdoku.
Mittwoch, 28. Mai, 21.45 Uhr, ARD: 14 – Tagebücher des Ersten Weltkriegs, Teil 3: Die Heimat. – 23 Uhr, Teil 4: Die Entscheidung.
Mittwoch, 28. Mai, 22.45 Uhr, ZDF: Verschwörung gegen die Freiheit. Wie die USA die ganze Welt mit einem Abhörnetz überziehen. Reportage, D 2014.
Donnerstag, 29. Mai, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 60 Jahren: Im niederländischen Oosterbeek beginnt die erste Bilderberg-Konferenz.
Freitag, 30. Mai, 15.15 Uhr, HR: Die Wölfe von Tschernobyl.
Freitag, 30. Mai, 19.30 Uhr, 3sat: Die letzte Reise der Hindenburg. Doku, A 2007.

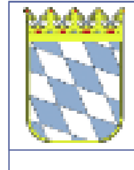
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

BJO-Sommerfahrt vom 21. Juli bis 1. August 2014 nach Nordostpreußen mit Besuchen in Königsberg, Trakehnen, auf der Kurischen Nehrung und in der Rominter Heide. Die vollständige Einladung mit allen Einzelheiten ist unter www.junge-ostpreussen.de zu finden. Anmeldeschluss: 20. Juni 2014 (Visapflicht).



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 21. Mai, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen. Muttertagsfeier mit Kaffee und Kuchen, dazu Geschichten zum Muttertag in Ostpreußen.

Kitzingen – Freitag, 6. Juni, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Bericht über das Deutschlandtreffen in Kassel. – Vom 15. bis 22. Juni findet eine VdK-Fahrt zum „Fritz, dem Wirt" nach Seeboden/Millstätter See (Kärnten) statt.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960. – Freitag, 6. Juni, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

Nürnberg – Dienstag, 27. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (Endstation U 1, Lgw.): Muttertagsfeier. Gäste sind herzlich willkommen.

Weiden – Muttertag bei den Ost- und Westpreußen – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald konnte zur Muttertagsfeier viele Mitglieder und Gäste willkommen heißen. Darunter befanden sich auch drei Neumitglieder, die man mit besonderer Freude in die Kreisgruppe aufnahm. Uschald gab einige Termine bekannt und hielt einen Rückblick auf den traditionellen Maibaumaufbau des Heimatrings Weiden. Er bedankte sich bei allen Landsleuten, die sich am Festzug beteiligt haben. Er selbst hatte die Moderation des Rahmenprogramms übernommen. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gratulierte der Vorsitzende dem Geburtstagskind des Monats Mai. Ingrid Uschald erzählte danach von der „Liebe im Frühling". Andreas Uschald leitete anschließend die Muttertagsfeier mit einem Gedicht ein. Norbert Uschald trug allgemeine Gedanken zum Muttertag vor und brachte zwei weitere Gedichte zu Gehör. Danach sangen die Mitglieder der Maienlieder, die von Anita und Norbert Uschald mit Flöte und Melodika intoniert wurden. Die Mütter erhielten im Anschluss daran ein Schokoladenherz als Geschenk, die Väter wurden dagegen mit „Flüssigem" bedacht. Katharina Uschald unterhielt die Anwesenden noch mit dem bekannten Musikstück „Can Can" von Jacques Offenbach. Der Vorsitzende würdigte den kürzlich verstorbenen BdV-Kreisvorsitzenden Max Strecker in einem Totengedenken als verdienten Streiter für die Anliegen der Vertriebenen. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich bis zum Heimatnachmittag am 1. Juni im Café Mitte.

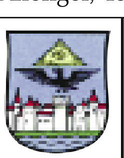


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 31. Mai, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.





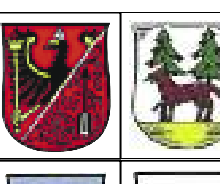
Tilsit-Ragnit/-Tilsit-Stadt – Sonnabend, 31. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

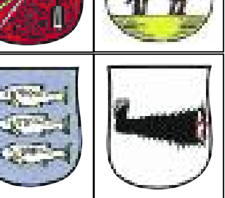


Rastenburg – Sonntag, 1. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

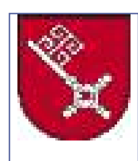


Frauengruppe – Mittwoch, 11. Juni, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Referate über Ostpreußen und ihre Bewohner, wie es früher war. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg – Dienstag, 17. Juni, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Eröffnung der Zusammenkünfte im Jahr 2014, Sommerfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

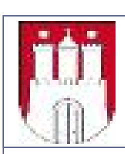


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Das Spargelessen der Frauengruppe, zu dem alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft herzlich eingeladen sind, findet in diesem Jahr am 3. Juni um 12.30 Uhr im Bollener Dorfkrug, Bollener Landstraße 38, 28832 Achim, statt. Alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft sind herzlich eingeladen. Es gibt Spargelsuppe mit Mettbällchen, Stangenspargel, Sauce Hollandaise oder Butter, Salzkartoffeln sowie Schnitzel, Schinken und Eisdessert mit heißen Kirschen, alles satt. Treffpunkt ist um 12 Uhr am neuen Bahnhof in Bremen-Mahndorf an der Endhaltestelle der BSAG-Linien 38, 39, 40, 41 und 44. Unser Reisepartner JWD-Reisen bietet den Teilnehmern zum Preis von sechs Euro einen Zubringer vom Treffpunkt zum Lokal und wieder zurück. Der Treffpunkt ist auch mit der Bundesbahn vom Hauptbahnhof sowie mit den BSAG-Linien 1 und 37, deren Endhaltestelle sich auf der gegenüberliegenden Seite der Bahn befindet, sehr günstig zu erreichen. Nach dem Essen besteht Gelegenheit zu einem Spaziergang auf dem Deich und zur Weser. Bei Kaffee und Kuchen soll der Ausflug gegen 16.30 Uhr beschlossen werden. Dann erfolgt der Rücktransfer zum Bahnhof Bremen-Mahndorf. Der Preis für das Essen beträgt zirka 24 bis 25 Euro, je nach Tagespreis. Anmeldungen bitte bis spätestens bis zum 30. Mai bei Frau Richter, Telefon 405515.

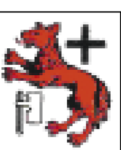




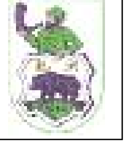
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPE



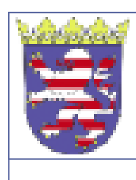
Heiligenbeil – Sonnabend, 21. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7 (zu erreichen mit der Buslinie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt): Sommerfest. Alle Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, mit Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag über „Rominten – eine ostpreußische Jagdlegende" in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander zu verbringen. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag beträgt 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 20. Juni.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 23. Mai, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Schloßstraße: Treffen der Frauengruppe. Jubiläumsveranstaltung der Ost- und Westpreußen. Herbert Tennigkeit trägt Heiteres und Wehmütiges aus Ostpreußen vor.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt – Montag, 2. Juni: **65 Jahre Berliner Luftbrücke.** Fahrt zum Luftbrückendenkmal und Besichtigung der Gleisanlagen Flughafen Frankfurt (Main). Ablauf: Abfahrt mit einem Bus, 11.30 Uhr Bahnhof Darmstadt Hauptbahnhof, Busparkplatz Westseite, 12 Uhr Bahnhof Groß-Gerau, 12.30 Uhr Ankunft am Parkplatz für Besucherbusse, P 36, Begrüßung durch Lieselotte Nicklas, Senior-Repräsentantin „Kundenmanagement-Besucherservice", 13 Uhr Besichtigung der Gleisanlagen unter der Leitung von Roland Schwarz und Alexander Heinrich, 13.40 Uhr Fahrt zum Luftbrückendenkmal, Besichtigung und Erläuterung durch den Eisenbahner und Zeitzeugen Siegfried Kugies, 14.15 Uhr Fahrt zum Terminal 2, Einladung zur Kaffeetafel im Betriebsrestaurant Terminal 2, 15 Uhr Ende der Veranstaltung und Abfahrt vom Parkplatz P 36, Halt am Bahnhof Groß-Gerau und Darmstadt Hauptbahnhof. Kostenbeitrag 10 Euro. Anmeldungen bei Gerhard Schuster, Fürstenbahnhof 2, Zimmer EVG (Mittwoch von 8.30 bis 10 Uhr, Freitag von 9 bis 11 Uhr). Detlef Grigat, Ringstraße 37, 64823 Groß-Umstadt. Franz Kreuz, Liebknechtstraße 21, 64569 Nauheim. Klaus Rehn, Hermann-Löns-Straße 3, Groß-Gerau. Siegfried Kugies, Taunusstraße 40, 65468 Trebur. Anmeldeschluss ist der 22. Mai.

Darmstadt/Dieburg – Das monatliche Treffen vom 3. Mai stand unter dem Motto „Fröhlich in den Frühling". Waltraud Barth hatte, für schönen Blumenschmuck aus dem eigenen Garten gesorgt. Herr Kröhnert mit seiner Fidel und Herr Fischer mit einer Auswahl an Musikinstrumenten trugen dazu bei, einen bunten und gelungenen Nachmittag zu gestalten. Gedichte und Geschichten fehlten nicht. Anlässlich ihres Geburtstages lud Ruth Lask alle Anwesenden zu Kaffee und Kuchen ein. Ganz besonders zu erwähnen ist ein Beitrag von Carla Jaenich geborene Jung. Ihre Schilderung über die Umstände und Wege in den schlimmen Kriegstagen von Königsberg in den Westen und die bis vor wenigen Wochen andauernde Suche nach Landsleuten, die den gleichen Leidensweg hatten und ihrer Familie großen Beistand geleistet haben. Kurz nach dem Erscheinen eines Beitrages von Ruth Geede im *Ostpreußenblatt*, Ausgabe 15, in der Rubrik „Ostpreußische Familie" zeigte sich der gewünschte Erfolg und es konnten Kontakte zu den Brüdern Schirrmacher hergestellt werden. Dies trägt auch noch nach 70 Jahren dazu bei, dass man sein Schicksal mit noch lebenden Betroffenen teilen und aufarbeiten kann. Frau Jaenich gab ihrer Freude Ausdruck, in der Gruppe so verständnisvoll aufgenommen worden zu sein und bedankte sich mit Blumen. Ein erfreuliches Datum war der 21. Mai. Irmgard und Erhard Karnetzke aus Seeheim feierten Eiserne Hochzeit und blickten auf 65 Ehejahre zurück. Den wunderschönen Nachmittag am 3. Mai nicht vergessend, freuen sich die Gruppenmitglieder nach dem Besuch des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Kassel auf das nächste Treffen am Sonnabend, 14. Juni, in Kranichstein und erstatten hier Bericht von diesem Deutschlandtreffen.

Dillenburg – Mittwoch, 28. Mai, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Pfarrer i. R Dietmar Balschun wird über die Erinnerungen seiner Mutter Erika Balschun sprechen unter dem Motto „Wie weit ist der Weg von Tellrode-Gumbinnen nach Herborn in Hessen?" Gäste sind herzlich willkommen. – **Bericht** – Da der Nachmittag unter dem Motto „Käthe Kollwitz, eine Künstlerin auf der Seite der Armen" stand, zeigte Bernd Fohlhauer einige Fotos, die sich darauf bezogen: Portraits, meist Selbstportraits, von Käthe Kollwitz, den Großvater Julius Rupp, Foto und Todesanzeige des Ehemanns Dr. Karl Kollwitz und einige ihrer Werke, zum Beispiel Hafenarbeiter oder Bilder aus dem Zyklus „Weberaufstand". Diese sowie die Bilder vom Bauernaufstand 1525 und die Hungerbilder sind sehr düster. Es gibt nur wenige fröhliche Bilder, wie das der jungen Mutter mit Kind, oder ein Aquarell, entstanden in ihrer Münchener Zeit. Dann sprach Dietmar Balschun über das Leben von Käthe Kollwitz. Sie wurde am 8. Juli 1867 als Käthe Schmidt in Königsberg geboren. Ihr Vater studierte Jura, fand aber keine Anstellung. Er machte eine Maurerlehre, war als Unternehmer erfolgreich und konnte so seinen sieben Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen. Käthe wurde von Hauslehrerinnen unterrichtet. Ihr Vater förderte ihr Zeichentalent. Großen Einfluss übte auch ihr Großvater Julius Rupp aus. Rupp war selber Grafiker und Bildhauer, Lehrer und aktiv in der deutschen Demokratiebewegung. Er gehörte dem ersten deutschen Parlament 1848 an. Er gründete eine evangelisch-katholisch-freikirchliche Gemeinde, deren Prediger er war. Im Jahre 1886 ging

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Lank, Kreis Heiligenbeil, am 25. Mai

Erdmann, Gerhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 25. Mai

Gramatzki, Siegfried, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai

Greifeldt, Isolde, geb. **Kalettka**, aus Ortelsburg, am 25. Mai

Grollmuß, Kurt, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai

Hinrichsen, Lütge, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

Kischkat, Margit, geb. **Caspar**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 25. Mai

König, Edith, geb. **Schmidt**, aus Bludau, Kreis Samland, am 26. Mai

Körber, Liselotte, geb. **Hamann**, aus Lopsienen, Kreis Samland, am 28. Mai

Langner, Traute, geb. **Stöpke**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 30. Mai

Mossakowski, Werner, aus Theerwisch, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

Richert, Irmgard, geb. **Rischkau**, aus Garbeiden, Kreis Samland, am 27. Mai

Rudi, Peter, aus Königsberg-Rossgarten, jetzt 27412 Tarmstedt, am 29. Mai

Scherwat, Rosemarie, geb. **Halecker,** aus Wilkendorf**,** Kreis Wehlau, am 25.Mai

Schönhoff, Inge, geb. **Rothkamm**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 22. Mai

Schulz, Karl-Heinz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 29. Mai

Tertel, Eckard, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 27. Mai

Uttich, Inge, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai



Denda, Alfred, aus Schöndamerau, Kreis Ortelsburg und Ehefrau Sigrid, geb. **Lemberg**, aus Wesel/Rhein, am 24. Mai

Ostpreußisches Landesmuseum:

Dienstag, 27. Mai, 19 Uhr, St. Johannis-Kirche, Lüneburg: Orgelkonzert mit Artjom Chatschaturow, Organist des Königsberger Doms. Benefizkonzert des Lions Club Bad Bevensen in Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum. Chatschaturow studierte Orgel und Klavier in Moskau. 2010 beendete er sein Studium mit Auszeichnung.

Ein zweites Konzert findet am Mittwoch, 28. Mai, um 19.30 Uhr, in der Dreikönigskirche Bad Bevensen statt. Eintritt 10 Euro (ermäßigt 5 Euro) an allen bekannten Vorverkaufsstellen, im Internet unter www.reservix.de oder an der Abendkasse. *OL*

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Käthe Schmidt nach Berlin zur Kunstakademie, drei Jahre später nach München. Im Jahre 1891 nach ihrer Rückkehr nach Berlin, heiratete sie den Arzt Dr. Karl Kollwitz. Im Jahr 1898 gab es eine Kunstausteilung in Berlin, in der Werke von Käthe Kollwitz zum Weberaufstand 1844 gezeigt wurden. Im Jahre 1919 wurde Käthe Kollwitz erste Professorin an der Berliner Akademie der Künste, die sie bis 1933 leitete. 1929 erhielt sie dafür den preußischen Orden Pour le Mérite für Wissenschaft. In ihren Werken widmete sie sich dem Anliegen der Arbeiterschaft, dem menschlichen Leid, der Armut und dem Krieg. Als im ersten Kriegsjahr 1914 ihr Sohn Peter fiel, wurde sie zur Pazifistin. Damals schuf sie eine Gedenk-Skulptur, die seit 1932 auf dem Soldatenfriedhof in Belgien steht, auf dem ihr Sohn liegt. Da sie soziale Missstände mit kritischer Schärfe anging, erhielt sie 1936 ein Ausstellungsverbot. Im Jahr 1940 starb ihr Ehemann Karl Kollwitz, und im Kriegsjahr 1942 fiel ihr Enkel Peter, der Sohn ihres Sohnes Hans. Die Trauer verfolgte sie bis an ihr Lebensende und wirkte sich auf ihr Schaffen aus. In ihren späten Lebensjahren beschäftigte sie sich mit dem Thema „Mutter und Kind". 1944 zog sie nach Moritzburg bei Dresden, wo sie 1945 starb. Viele von Käthe Kollwitz' Werken sind im letzten Krieg verlorengegangen. Eine ihrer Skulpturen, die Pieta (Mutter mit totem Sohn) steht seit 1993 in der Neuen Wache in Berlin, der Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Wiesbaden – Bei der Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat über die Tätigkeit des Vorstandes und die stattgefundenen Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Zuvor hatte Helga Kukwa an die acht verstorbenen Mitglieder erinnert und mit den Worten des Königsberger Philosophen Immanuel Kant schloss: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird." Auf dem Programm standen elf Monatstreffen mit Themen, die überwiegend Ost- und Westpreußen betrafen, so beispielsweise die auch Frage „Wird Deutschlands einstiger Osten in den Medien zunehmend in Vergessenheit geraten?". Einen Schwerpunkt der Veranstaltungsreihe bildete die Situation im Königsberger Gebiet. Luise Wolfram (Hannover) sprach über „postsowjetische Eindrücke in Wort und Bild" und Dieter Schetat berichtet mit aktuellen Bildern von seiner Reise in das Gebiet, die er im August unternommen hatte. Natürlich kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz wie beim Sommer-Gartenfest, Närrischen Kreppelkaffee und den Feiern zum Erntedankfest und zu Weihnachten. Durch die monatlichen Stammtisch-Essen mit durchschnittlich dreißig Gästen sollen die typischen ost- und westpreußischen Gerichte nicht in Vergessenheit geraten.

Die Leiterin der Frauengruppe, Helga Kukwa, lädt jeden Monat zum Heimatnachmittag ein, der meist von 20 bis 30 Teilnehmern besucht wird. Die Aktivitäten des Frauenchors lassen altersbedingt leider nach. Doch singt er immer noch zu den Veranstaltungen, zum Erntedankfest und zur Weihnachtsfeier.

Mit Geldspenden zum Weihnachtsfest erfreut die Landsmannschaft seit vielen Jahren bedürftige Familien, die nach dem Krieg in Ost- und Westpreußen geblieben sind und nur eine kleine Rente beziehen, die kaum für das Allernötigste reicht.

Einstimmig wurde der Vorstand für das Geschäftsjahr 2013 entlastet. Besondere Anerkennung von den Rechnungsprüfern erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kassenführung. Nach dem offiziellen Teil zeigte Dieter Schetat Lichtbilder aus dem Vereinsleben, die herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit im vergangenen Jahr in Erinnerung brachten. – Sonnabend, 24. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Die Reise nach Tilsit. Gezeigt wird der 1939 gedrehte Film nach der Novelle von Hermann Sudermann. Die Außenaufnahmen entstanden überwiegend am Kurischen Haff, am Memelstrom und in der Stadt Tilsit. Die Uraufführung des Films brachte das Schauspielhaus in der Hohen Straße in Tilsit am 2. November 1939.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. Mai, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Treffen der Gruppe. Vortrag: „Deutschland und Kaiserreich, seine Feinde und die Entfesselung des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren".

Celle – Bericht zur Jahreshauptversammlung 2014 – Die Mitglieder und Gäste der Kreisgruppe Celle trafen sich kürzlich zur Jahreshauptversammlung. Dazu begrüßte der 1. Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, die Anwesenden und berichtete von der Teilnahme an überörtlichen Veranstaltungen. Für die im letzten Jahr verstorbenen Landsleute wurde im Rahmen der Totenehrung eine Gedenkminute eingelegt. Vorstandsmitglied Roland Schluff berichtete über die Entwicklung der Finanzen im zurückliegenden Jahr. Für die Kassenprüfer bescheinigte Elisabeth Krahn eine ordnungsgemäße Führung der Kasse. Beanstandungen gab es keine. Dem daraus folgenden Antrag auf Entlastung des Vorstandes gab die Mitgliederversammlung statt. Für einige Ämter standen in diesem Jahr Neuwahlen an. Dafür übernahm Manfred Kirrinnis die Aufgabe des Wahlleiters. Im Folgenden wurden der 2. Vorsitzende, Uwe Jäckel, die Kassenwartin, Monika Jepp, und Kassenprüferin Maria Gerigk im Amt bestätigt. Die Amtszeit des 1. Vorsitzenden, Manfred Kirrinnis, der Schriftführerin, Rita Schluff, und der Kassenprüfer Elisabeth Krahn und Erwin Bories dauert noch bis zur nächsten Jahreshauptversammlung an. Zudem gehört Roland Schluff dem Vorstand als Beisitzer an.

Oldenburg – Mittwoch, 11. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Nächstes Nachmittagstreffen. Der in Breslau geborene Künstler Joachim Kusber, heute Rastede, wird sein Werk vorstellen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. – **Bericht über Ausflug am 14. Mai** – Mit dem BdV Oldenburg-Stadt machte die Frauengruppe mit allen Landsmannschaften der Stadt eine halbtägige Kulturfahrt zur Dokumentationsstätte „Gnadenkirche Tidofeld" in Norden, Ostfriesland. In einer vor einem halben Jahr eröffneten Präsentation nach neuesten musealen Standards wird die Ankunft, Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen in Ostfriesland dokumentiert und aufbereitet dargestellt. Interviews von Vertriebenen und Einheimischen, die Vertriebene aufnehmen mussten, Flucht- und Abschiebungserlebnisse sind an vielen Bildschirmen als Audiodateien zu sehen und zu hören. Der wissenschaftliche Leiter im Einrichtungsteam, Archivrat Dr. Bernhard Parisius, Aurich, gab eine ausführliche Einführung und Erläuterungen zu einzelnen Exponaten. Alle waren sehr angetan von der Ausstellung, und es wurde noch lange bei Kaffee und Kuchen in Norden diskutiert.

Rinteln – Donnerstag, 12. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen. Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen, spricht über „Die großen Plagen in Ost- und Westpreußen". Der Eintritt ist frei. Neben den Mitgliedern der Gruppe sind auch Freunde und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen! Weitere Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. – Montag, 19. Mai, 19 Uhr, Jüdische Gemeinde Düsseldorf, Leo-Baeck-Saal, Zietenstraße 50: Vortrag von Carsten Eichenberger: „Alle Welt preist deine Herrlichkeit". Die religiösen Gesänge des Joseph Schmidt. – Mittwoch, 21. Mai, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Helmut Braun: „Joseph Schmidt – Die Ausmerzung des jüdischen Elements in der deutschen Musik (1933–1945)". – Sonnabend, 31. Mai, 12.30 Uhr, Info-Stand Hauptbahnhof: Wandertreff. Ziel: Cromford-Museum, Ratingen. Abfahrt um 13 Uhr, Besichtigung der Spinnerei-Fabrik. – Mittwoch, 4. Juni, 15 Uhr, GHH/Raum 311, Siebenbürger Sachsen: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Köln – Dienstag, 20. Mai, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Treffen der Ostpreußenrunde. Als ein Programmpunkt des Nachmittags, wird eine Filmvorführung mit dem Titel: „Die Malkunst in Lyck vor und nach dem Krieg" (Dauer 45 Minuten) durchgeführt. Günter Donder zeigt Bilder von sieben Malern verschiedener Stilrichtungen.

Witten – Montag, 19. Mai, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Berichte und Erlebnisse vom Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

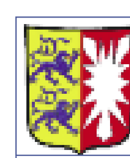
Limbach-Oberfrohna – Die Mitglieder der Kreisgruppe trafen sich am 3. Mai zu einem Heimatnachmittag im Eschemuseum. Der Vorstand hatte wertvolle Erinnerungsstücke zur Ehre der Heimat Ostpreußen ausgestellt. Irmgard Gläser von der Handarbeitsfrauengruppe stellte Wandbehänge mit Trakehner Pferdchen und typisch ostpreußische Handarbeiten zur Verfügung. Helga Büchner hatte einen großen Wandteppich geknüpft mit der Elchschaufel und der Inschrift Ostpreußen. Horst Braczko brachte zur Ausgestaltung des Raumes, passend zum Thema, Gegenstände rings ums Pferd mit. In seinen Händen hielt er ein Hufeisen, das er aus seinem heimatlichen Anwesen von Ostpreußen mitgebracht hatte. Elli Springwald stellte ein Bild aus von der Kirche in Stradaunen, welches ein guter Freund gemalt hatte. Kurt Weihe hatte Bastelarbeiten aus Bernstein mitgebracht, die er mit Kindern hergestellt hatte. Reinhard Gerullis begrüßte alle Teilnehmer. Die musikalische Begleitung übernahm Kurt Weihe. Elli Springwald rezitierte das Gedicht „Es war einmal in Trakehnen." Danach wurden die Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule begrüßt. Mit Gedichten, Geschichten und Sketchen erfreuten die Kinder die Teilnehmer. Zum Abschluss wurde der Zauberlehrling vorgetragen. Es gab für alle Kinder großen Beifall und ein Dankeschön mit Blumen und kleinen Geschenken. Den guten Kontakt zu den Lehrern und Kindern der Schule hatte vor vielen Jahren Kurt Weihe hergestellt. Dann folgte ein Vortrag über Trakehnen und die berühmte Pferdezucht. Das Hauptgestüt Trakehnen wurde 1732 von Friedrich Wilhelm I. gegründet. Kurt Weihe hielt diesen Vortrag über Trakehnen und ihre edlen Pferde mit so großer Begeisterung, das man fühlte, wie stolz er auf seine Heimat Ostpreußen und auch auf diese edlen Pferde ist. Nach diesem lehrreichen Vortrag folgte eine erholsame Pause. Mit dem besinnlichen Gedicht: „Frühling in der Heimat" erfreute Anneliese Marschall. Anschließend hörten die Teilnehmer eine kleine Geschichte (Kinderaufsatz) vom Pferd, vorgetragen von Elli Springwald. Hannelore Kedzierski führte durch ein Gedicht in den Frühling. Danach sangen alle „Horch was kommt von draußen rein". Reinhard Gerullis gab zum Abschluss noch wichtige Informationen für die Zukunft bekannt. Er erinnerte an die gemeinsame Fahrt in nach Ostpreußen im August 2014, welche Kurt Weihe vorbereitet hat. Mit einem selbst geschriebenen Gedicht beendete Reinhard Gerullis diesen schönen Heimatnachmittag, bedankte sich für das zahlreiche Kommen und wünschte allen einen guten Heimweg. Die Gruppe dankt dem Sächsischen Innenministerium Dresden für die finanzielle Unterstützung der Veranstaltung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 30. Mai, 16 Uhr, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 3. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. –



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen in Bad Schwartau – Zwei Monate bevor die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, am 19. März 1949, trafen sich die ersten Ostpreußen in Bad Schwartau, um sich zu der Ortsgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zusammenzuschließen. In Bad Schwartau feierte man am 30. März also nicht nur den 65. Geburtstag der Ortsgruppe, sondern auch 65 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Erinnert wurde durch die Vorsitzende aber auch an den 28. Juli 1914, an den Beginn des Ersten Weltkrieges, der sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährte. Ein Gedenktag, der zum Nachdenken ermahnt. Über 120 Mitglieder und geladene Gäste feierten mit ihrem Bürgermeister Gerd Schuberth (CDU), der die 128 Mitglieder der Ortsgruppe darauf hinwies, dass die Zahl derjenigen, die Ostpreußen noch als ihre Heimat selbst erlebt haben, bedingt durch das hohe Alter ständig abnimmt. Gerd Schuberth überbrachte Grüße von Landrat Reinhard Sager, der durch die Wahl zum Präsidenten des Deutschen Landkreistages zeitlich nicht in der Lage war, an diesem Tage dabei zu sein.

Der Bundestagsabgeordnete Ingo Gädechens (CDU) ließ es sich nicht nehmen, trotz terminlich bedingter Abwesenheit sein Grußwort in schriftlicher Form zu übersenden. Seit vielen Jahren unterstützt er die LO in seinem Wahlkreis Ostholstein/Stormarn-Nord auch deswegen – wie er schreibt –, da die Landsmannschaften ein erfolgreiches Instrument zur Ihr Ehrgeiz und Einsatz zur Bewahrung dieses kulturellen Erbes im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit verdiene daher höchste Anerkennung.

Auch weitere Vertreter aus Politik und Verwaltung wie die 1. Stadträtin und stellvertretende Bürgermeisterin Ellen Brümmer (CDU), die Landtagsabgeordnete Sandra Redmann (SPD), die Stadtverordnete Elisabeth Kremer (SPD) und die Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete Inga Stammer (CDU) waren vertreten. Vom Gemeinnützigen Bürgerverein konnte der Vorsitzende Klaus Nentwig begrüßt werden, vom Bund der Danziger die Vorsitzende Waltraud Wulff. Von der Landesgruppe der LO wurde die Geschäftsführerin Margarete Beyer empfangen. Der Landesvorsitzende Edmund Ferner mit seinem lebhaften und herzlichen Grußwort sowie der Kreisvorsitzende Edwin Falk waren ebenfalls dabei. Die Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) war durch den Kreis- und Landesvorsitzenden Manfred Lietzow vertreten, der mit seinem Grußwort so manchem aus der Seele sprach.

Der Hanseatische Singkreis unter der Leitung von Gerd Gatzke begleitete diese Festveranstaltung mit sorgfältig ausgewählten Liedern – wobei natürlich „Ännchen von Tharau" und das „Ostpreußenlied" nicht fehlten. Mit einem Sekt-Imbiss und vielen netten Gesprächen ging ein schöner, erinnerungsreicher Tag zu Ende.

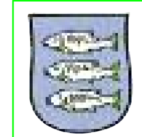
Flensburg – Maiausflug „Immer durch die blühenden Rapsfelder" – Die Vereinigten Landsmannschaften Kreisverband Flensburg e. V. konnten sich an der lange vorbereiteten „Raps-Tour 2014" durch die Landschaft Angeln erfreuen. Die umfangreiche Vorbereitung lag in den Händen von Hans Legies, Flensburg (früher Ragen, Kreis Angerapp), der Reiseleiter, wie schon im Jahr 2013, war Arno von Spreckelsen, Steinbergkirche. Zunächst begann die Fahrt per Reisebus in Flensburg über die heimische Geest in die hügelige, reizvolle Landschaft Angeln. Sonnenschein und Regen wechselten sich ab. Die geplante erste landwirtschaftliche Station war bei dem Neffen von Herrn von Spreckelsen auf dem Milchbetrieb in Munkwolstrup bei Knut Johannsen, der mit seinem Nachbarn eine KG gegründet hat. Nach einer informativen Betriebsführung erfolgte ein Halt im nahgelegenen Arnkielpark. Vor 5500 Jahren wurden hier Großsteingräber angelegt. Diese rekonstruierten Gräber sind die einzigen in Nordeuropa. Nun setzte der „Kaffeedurst" ein. Die von der Inhaberin Sonja Karberg vorbereiteten Tische fanden die Landsleute im „Café Lindauhof", bekannt von der erfolgreichen ZDF-Serie „Der Landarzt". Die geschmackvoll eingerichteten, historischen Räume konnten besichtigt werden. Danach ging die Fahrt weiter nach Schwansen, eine Halbinsel zwischen Schleswig-Kappeln-Eckernförde, zu einem Schweinemastbetrieb. Ein weiterer Neffe des Reiseleiters, Betriebsinhaber Rudolf von Spreckelsen stellte seinen Betrieb in Bösby vor. Dieser Betrieb ist seit über 100 Jahren im Familienbesitz. Nach diesen Erfahrungen über Viehzucht und landwirtschaftliche Ernten konnte Gottes Segen hinzugefügt werden. Der Besuch der romanischen, ehemaligen Wehrkirche in Sieseby an der Schlei vollendete das Gesuchte auf dem christlichen Weg. Die Schlichtheit der Kirche wird besonders im Altarraum auffällig. Über dem Altar steht eine Magnussen Orgel aus Apenrade, Dänemark. Ein großes Gemälde zeigt Christus, der segnend seine Hände ausbreitet; ein sehr eindrucksvoller, seltener Anblick. Die Gemeinde hat einen Gedenkraum mit Ehrentafeln für die Gefallenen der verschiedenen Kriege eingerichtet.

Das gesamte Dorf Sieseby, 17 Häuser an der Zahl, steht unter

Denkmalschutz. Die ehemaligen Katen waren von dem Hamburger Kaufmann Gustav-Adolf Schäffer liebevoll restauriert worden. Mit seinen Initialen „GAS 1861" oder „GAS 1864" an manchen Hausgiebeln hat er sich verewigt. Mitte des 19. Jahrhunderts verkaufte Schäffer das Dorf an die herzogliche Familie Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg. Die herzogliche Familie vermietet diese Häuser, ein Kauf ist nicht möglich. Das Dorf Sieseby kann auch per Schiff ab Kappeln erreicht werden. Nach diesem Kirchen- und Dorfgenuss fuhr die Gruppe vorbei an in voller Blüte stehenden Rapsfeldern gen Heimat, Flensburg. Ein erlebnisreicher und informativer Nachmittag hat die Reisegesellschaft erfreut. Arno von Spreckelsen hat alle regelrecht gefesselt. Mit großem Dank an alle, die in der Vorbereitung standen, verabschiedeten sich die Teilnehmer auch von dem sehr umsichtigen Busfahrer, Herrn Minkenberg.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ostpreußen, wie es war

Sonnabend, 24. Mai, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 h (Böcklersiedlung) in Neumünster: Von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Gelegenheit, die Ausstellung „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“ zu besuchen. Die 26 Gemälde sind eine Leihgabe des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Ein schönes Begleitheft zur Ausstellung ist erhältlich. Um 16.15 Uhr: „Von Neumünster über Breslau [Wroclaw] nach Brüssel“ – Kristine August, eine junge Neumünsteranerin, die am Verwaltungssitz der EU in Brüssel arbeitet, stellt – mit Bildern – ihren interessanten beruflichen Werdegang vor. Eintritt frei.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Sigurd Zillmann wird 75



Dr. Sigurd Zillmann Bild: privat

Dr. Sigurd Zillmann, der sich seit Jahrzehnten um die Kulturarbeit der Vertriebenen verdient gemacht hat, vollendet am 21. Mai 2014 sein 75. Lebensjahr. Nach Studium der Fächer Geschichte, Germanistik, Soziologie und Politik in Kiel und Göttingen begann er eine Lehrtätigkeit am Gymnasium in Lütjenburg/Schleswig-Holstein. Da ihm die Vertriebenenarbeit schon immer ein wichtiges Anliegen war, wurde er 1985 als Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge in das Sozialministerium und später in das Kulturministerium des Landes Schleswig-Holstein berufen und war dort fast 20 Jahre tätig.

In dieser Zeit konnte er – fachkundig wie er war – sehr segensreich für die Anliegen der Vertriebenen wirken. Zu seinen Aufgaben gehörte es, das Kulturerbe der ehemaligen ostdeutschen Provinzen zu bewahren. Dieser Aufgabe hat er sich mit ganzer Kraft gewidmet. Es war ein Glücksfall, dass nach der Wende und der Öffnung der Grenzen im Jahr 1990/91 Dr. Zillmann das zusätzliche Aufgabengebiet „grenzüberschreitende Kulturarbeit in Osteuropa“ übertragen wurde. Nun konnte er dafür sorgen, dass mehrere Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die oftmals kurz vor dem Verfall standen, mit ersten Baumaßnahmen vor dem Verfall gerettet werden konnten. Auf seine Veranlassung wurde das Aufgabengebiet ganz offiziell um die Bereiche „Schutz von national wertvollem Kulturgut“ und „Rückführung kriegsbedingt ausgelagerter Kulturgüter“ erweitert. So hat das Land Schleswig-Holstein unter der Federführung von Dr. Zillmann insbesondere auch in Ostpreußen dafür gesorgt, dass eine Kulturarbeit in den Bereichen Denkmalschutz, Schulwesen, Förderung der deutschen Sprache aufgebaut werden konnte. Noch heute ist er hier im Rahmen des Vereins „Ostseebrücke e. V.“ an verantwortlicher Stelle tätig.

Nachdem der Kreis Plön aus politischen Gründen im Jahr 1989 seine Patenschaft zum Kreis Tilsit-Ragnit aufgekündigt hatte, hat er maßgeblich mit dazu beigetragen, dass über die Deutsch-Russische Freundschaftsgesellschaft Kreis Plön-Kreis Tilsit-Ragnit die Verbindung zur Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit nicht abgerissen ist. Diese Bemühungen wurden im Jahr 1999 durch eine neue Partnerschaft zwischen dem Kreis Plön und dem Kreis Tilsit-Ragnit (Rajon Neman) gekrönt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist er aktiv in der Patenschaftsarbeit seiner Heimatgemeinde Lütjenburg zur Gemeinde Breitenstein/Ostpreußen tätig, die sich insbesondere um einen Schüleraustausch zwischen Lütjenburg und Breitenstein auszeichnet.

Obwohl selbst kein Heimatvertriebener, war es Dr. Zillmann ein besonderes Anliegen, für die Menschen zuständig sein zu dürfen, die am meisten an den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden hatten. Durch seine über 20-jährige kommunalpolitische Arbeit im Plöner Kreistag lernte er seine Wahlheimat so kennen, dass er sich die Aufgabe stellte, die Geschichte dieser Kleinstadt in Ostholstein zu erforschen. Mehrere Aufsätze und Bücher zu heimatkundlichen Themen hat er seither veröffentlicht. Durch seine Frau, die Lehrerin Frauke, hat er in all den Jahren eine verständnisvolle Unterstützung erfahren.

Lothar Lamb



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Jahresversammlung der Stadtvertretung

Zur Jahresversammlung der Stadtvertretung konnte der 1. Vorsitzende alle 17 gewählten Mitglieder begrüßen und die Beschlussfähigkeit feststellen. Die Veranstaltung wurde satzungsgemäß einberufen und die Einladungen wurden frist- und formgerecht mit Angabe der Tagesordnung zugestellt. Mit einem Totengedenken wurde an die im vergangenen Jahr verstorbenen Vereinsmitglieder und besonders an das Ableben des langjährigen Mitglieds der Stadtvertretung Egon Janz erinnert. Der Bericht des 1. Vorsitzenden behandelte die zukunftsorientierte Zusammenarbeit der drei Nachbarkreise, das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel und das nächste Heimattreffen in Bad Nenndorf, die Verwirklichung des Projekts „Vom Tilsiter Frieden zur Konvention von Tauroggen“ mit der Wiedererrichtung des Luisendenkmals im Park Jakobsruh und das in Tilsit geplante 7. Deutsch-Russische Forum. Ihm schlossen sich die Berichte des Geschäftsführers und der Sprecher der Schulgemeinschaften an. Der Schatzmeister legte den Kassenbericht 2013 vor und gab eine Prognose für die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 2014 bis 2018. Wie bei allen Kreisgemeinschaften ist ein Rückgang der Spenden zu verzeichnen, der natürliche Folge des ständig schwindenden Mitgliederbestands ist. Nach dem Revisionsbericht der Kassenprüfer wurde Antrag auf Entlastung gestellt, welchem einstimmig stattgegeben wurde. Ferner wurden Erwin Feige mit der Funktion des 2. Vorsitzenden und Manfred Urbschat mit dem Amt des Geschäftsführers betraut. Beide Vorstandsmitglieder erhielten die Zustimmung der Stadtvertretung. In der anschließenden Aussprache sprachen die Anwesenden zu einigen organisatorischen Fragen der Vereinsarbeit. Der 1. Vorsitzende dankte in seinem Schlusswort den Stadtvertretern für ihre Arbeit und richtete den Blick auf das 60-jährige Bestehen der Patenschaft Kiel-Tilsit in diesem Jahr. Mit der Patenschaft wurde den Tilsitern geholfen, die kulturhistorische Vergangenheit ihrer Heimatstadt zu bewahren und Mut gemacht, eine Brücke der Verständigung zu den heutigen Bewohnern der Stadt Sowjetsk zu schlagen. Die gemeinsamen Bemühungen der Stadtgemeinschaft Tilsit und ihrer Patenstadt Kiel um gutnachbarliche Beziehungen und offenen Dialog mit der Stadt Sowjetsk führten dazu, dass die Patenschaft im Jahre 1992 mit dem Abschluss der Städtepartnerschaft Kiel-Sowjetsk zu einem Dreiecksverhältnis erweitert wurde und damit eine besondere völkerverbindende Dimension erhielt. Die sechs Jahrzehnte seit der Übernahme der Patenschaft haben zu einem gedeihlichen Miteinander bei der Bewahrung der geschichtlichen Vergangenheit der Stadt am Memelstrom und der Pflege ihres kulturellen und städtebaulichen Erbes geführt. Die Patenschaft hat 60 Jahre gehalten und wird auch weiter Bestand haben. Für das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel wünschte Hans Dzieran getreu dem Motto „Ostpreußen hat Zukunft!“ allen Anwesenden interessante Begegnungen, anregende Gespräche und eine eindrucksvolle Kundgebung.

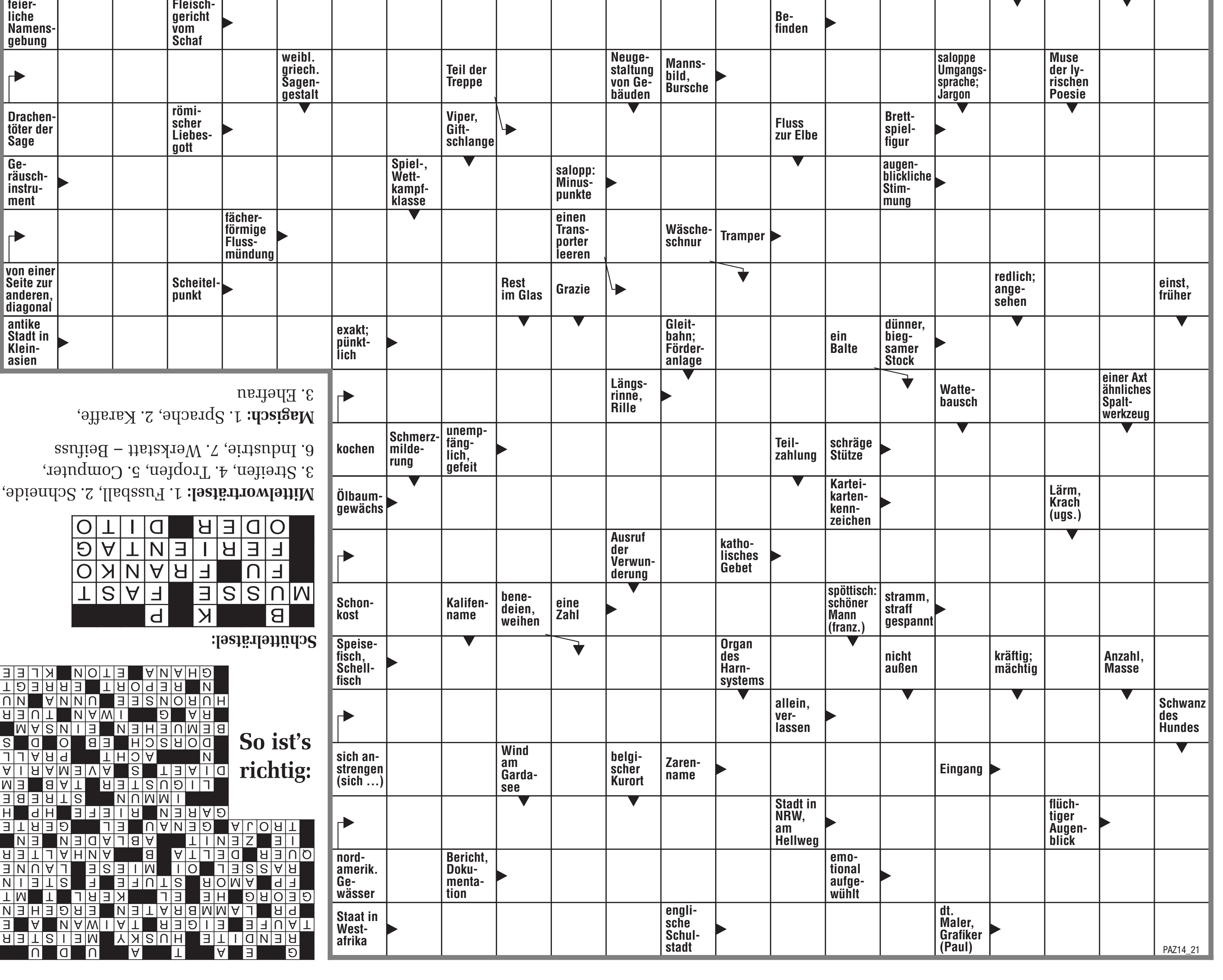
Ostpreußisches Landesmuseum

Sonnabend, 24. Mai, 11 bis 17 Uhr, und Sonntag, 25. Mai, 11 bis 16 Uhr: Malworkshop für Erwachsene mit Elena Steinke. „Akademische Strenge und künstlerische Freiheit“. Kunstakademische Sichtweisen im Zeichen- und Malunterricht des 19. und 20. Jahrhunderts.

Der Malworkshop findet statt im Rahmen der Sonderausstellung über den Künstler Karl Storch (1864–1954) „Zwischen Holstein und Königsberg. Ein Berliner Sezessionist der ersten Stunde“.

Die Teilnehmerzahl ist auf 10 Personen begrenzt. Kosten für beide Tage: 100 Euro pro Person (inklusive Museumseintritt und Materialkosten)

Informationen und Anmeldung unter Telefon (04131) 75995-20 oder 75995-0, Email: info@ol-lg.de OL



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

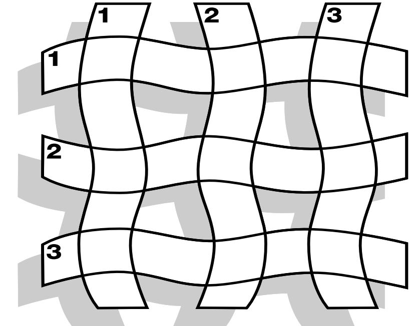
BFFOU	▼	DESU	EFIKR	▼	ADFNP	▼	AINT	AKST	GOOT
►		▼			AFST ►		▼	▼	▼
EMSSU			AFKN OR ►						
AEEFG INRT ►									
DEOR ►					DIOT ►				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Gewürzpflanze.

1	TISCH		SPIEL
2	MESSER		ZAHN
3	ZEBRA		WAGEN
4	HUSTEN		FAENGER
5	PERSONAL		SPRACHE
6	FILM		ANLAGE
7	AUTO		LEITER

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Stimme, Redeweise
2 Glasflasche
3 Gattin

»Ostpreußen hat Zukunft«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, auf der Großkundgebung am 18. Mai in Kassel

Wir sind heute hier zusammengekommen, um unsere Treue zur ostpreußischen Heimat zu bekunden, der Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken und gleichzeitig unseren Willen zu bekräftigen, an der Zukunft Ostpreußens Anteil zu haben.

Wir treffen uns heute im 70. Jahr nach Beginn der Vertreibung. Noch immer ist das Vertreibungsunrecht nicht aufgearbeitet, nicht verarbeitet, schon gar nicht gesühnt. Von den 2,5 Millionen Ostpreußen verloren durch Krieg, Flucht und Vertreibung mehr als ein Viertel ihr Leben. In Deutschland insgesamt, also auch unter Einschluss der Ostprovinzen, starben während des Krieges etwa 6,8 Millionen, dies ist ein Zwölftel der Bevölkerung gewesen. Die Wahrscheinlichkeit, in Ostpreußen während des Krieges durch Kampfhandlungen oder Vertreibungsmaßnahmen umzukommen, war also drei- bis viermal höher als im übrigen Deutschland.

56 000 Ostpreußen fielen im Kriege als Soldaten. 123 000 Personen oder fünf Prozent starben nachweislich direkt bei den allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, 390 000 Zivilpersonen oder 16 Prozent galten 1965 noch als verschollen. Diese Menschen haben also Ostpreußen 1945 verlassen und sind nie wieder aufgetaucht, verschwunden in den Wirren von Krieg, Flucht und Vertreibung. In Ostpreußen war die Gefahr, als Zwangsarbeiterin in die sibirischen Weiten verschleppt oder – auch vielfach – vergewaltigt zu werden, um ein mehrfaches höher, als im übrigen Reichsgebiet.

Unrecht hat in der Geschichte oft zu neuem Unrecht geführt, doch schafft früheres Unrecht, auch wenn es noch so groß war, keine rechtliche oder moralische Legitimation für neues Unrecht! Das gilt ebenso und gerade für die Vertreibung der Deutschen aus den Deutschen Ostprovinzen nach 1944. In Deutschland werden in Bezug auf die Vertreibung der Ostdeutschen aus den früheren deutschen Ostprovinzen fast durchgängig zwei Thesen vertreten:

Erstens, die Vertreibung sei gewissermaßen die zwingende Folge des von Nazi-Deutschland begonnenen und in Polen und Russland besonders brutal geführten Krieges.

Zweitens, die Opfer unter der ostdeutschen Zivilbevölkerung seien so etwas wie eine gerechte Sühne für von Deutschen oder sogar ausdrücklich im Namen des Deutschen Reichs begangene Verbrechen.

Beide Standpunkte sind natürlich Unsinn und halten einer näheren Betrachtung nicht stand.

Zunächst einmal müssen wir uns die Frage vorlegen, ob die Kriegsführung der Alliierten ohne Vertreibung denkbar gewesen wäre. Das war natürlich der Fall – auf die Kriegsführung und die Kriegsergebnisse hatte die Vertreibung keine Auswirkungen – sie fand auch in aller Regel deutlich nach Abschluss der Kampfhandlungen statt. In West- und Mitteldeutschland kamen keine Vertreibungen oder mit den an den Ostdeutschen verübten vergleichbaren Verbrechen vor. Dazu kommt, dass die Alliierten den Krieg mit dem Anspruch führten, die moralisch bessere Kriegspartei zu sein, die Recht und Freiheit in der Welt durchsetzen wollten.

Warum überzog man aber dann Deutschland mit Bombenangriffen, für die keinerlei militärische Begründung stritt, wie zum Beispiel Dresden und Königsberg?



Bot linken Protestlern Paroli: Stephan Grigat lobte das Engagement der Landsleute in der Heimat Bild: T. Höge

Warum raubte, plünderte und brandschatzte man in einem seit dem 30-jährigen Krieg in Deutschland nicht mehr gekannten Ausmaß? Warum wurden hunderttausende Frauen, Mädchen, ja Kinder vergewaltigt und zum Teil grausam ermordet? Warum also wandte man Methoden der Kriegsführung an, die denen der Naziverbrecher, die ausgetilgt werden sollten, kaum nachstanden?

Dass all diese Handlungen und die Vertreibung an sich schon vor 70 Jahren dem Kriegsvölkerrecht, namentlich der Haager Landkriegsordnung widersprachen, ist bekannt. Es wäre – natürlich – möglich gewesen, die Ostdeutschen nicht zu vertreiben. Die Vertreibung der Ostdeutschen war nicht der Kriegführung geschuldet, sondern ein politisches Mittel Stalins zur Durchsetzung seiner Machtansprüche in Europa. Sie entsprach seinem innerrussischen Politikstil aus den 20er und 30er Jahren mit Millionen russischen Opfern und setzte diesen fort.

Die Westalliierten waren sowohl militärisch als auch mental zu schwach, um dem Einhalt zu gebieten. Dies hat wohl auch der britische Kriegspremier Churchill gemeint, als er viel später konstatierte, „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet!“.

Bleibt die Frage nach Vertreibung und Gerechtigkeit. Diese Fragestellung ist an sich bereits abwegig. Wir sind uns heute einig, dass Vertreibung immer ein Verbrechen ist. Diese Einigkeit gab es 1945 offenkundig noch nicht – siehe das Potsdamer Protokoll.

Die Deutschen aus dem Osten des Deutschen Reichs erlitten in vielfach größerem Maße Tod, Vergewaltigung, Raub und Verschleppung, als ihre Landsleute in Mittel- und Westdeutschland, der heutigen Bundesrepublik Deutschland.

Trotzdem liegt auf der Hand, dass die Ostdeutschen in keiner Weise mehr Schuld am Nazi-Unrecht trugen als die Westdeutschen, die Ostpreußen nicht mehr als die Hessen und die Königsberger nicht mehr als die Kasseler. Hätte man abseits aller rechtlichen und moralischen Erwägungen das Deutsche Volk kollektiv für die NS-Verbrechen bestrafen wollen, hätte es alle Deutschen mehr oder weniger gleichmäßig treffen müssen – was es nicht tat! Einig ist man sich heute allerdings auch darin, dass es nie eine Kollektivschuld gibt – Schuld ist immer individuell!

Die Vertreibung als solche ist und bleibt ein in Art und Umfang einzigartiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Zurück bleiben das nicht gesühnte Vertreibungsunrecht, der Verlust von Heimat, Haus und Hof, von Eigentum und Besitz und multiple Traumatisierungen, die bis in die dritte Generation fortwirken.

Grenzen überwinden und nicht dagegen anrennen: Das ist der Weg der Landsmannschaft

Weh tut es bis heute, dass die Verbrechen an den Deutschen in fast keinem Fall geahndet oder gesühnt oder ihre Folgen ausgeglichen wurden. Unverständlich ist es, dass heute der Verlust eines Viertel Deutschlands nicht allgemein als Verlust empfunden wird. Diese Tatsache ist den Menschen oftmals schlicht unbekannt, nicht zuletzt Folge einer verfehlten Bildungspolitik.

Ist es nicht eine neue Untat gegenüber den von Vertreibung, Vergewaltigung und Zwangsarbeit Betroffenen, dass dieses an ihnen begangene Unrecht über Jahrzehnte aus der öffentlichen Wahrnehmung und dann aus dem öffentlichen Bewusstsein in Deutschland herausgedrängt worden ist?

Dass Flucht und Vertreibung über Jahrzehnte im Schulunterricht nicht stattfanden und bis heute ein ganz geringes Schattendasein fristen? Dass landsmannschaftliche Treffen, ja schon das öffentliche Trauern um die Toten mit Stirnrunzeln oder gar Ablehnung betrachtet worden ist? Dass die sogenannte Antifa und andere linksradikale Gruppen ihr Mütchen an den Vertriebenen und ihren Verbänden kühlen durften und dies bis heute tun? Draußen soll heute unter dem Motto „Keine Zukunft für Ostpreußen, nie wieder Deutschland!“ demonstriert werden. Wie kann es zu solchen Entgleisungen kommen? So etwas hat nichts mit Pluralität und auch nichts mit einer offenen oder einer bunten Gesellschaft zu tun!

Dass die Aufarbeitung des Vertreibungsunrechts, ja schon der bloße Hinweis auf die Vertreibung der Deutschen, häufig mit dem Hinweis darauf für unzulässig erklärt wird, damit werde der Holocaust relativiert?

Keiner von uns will den Holocaust relativieren. Der Holocaust war Völkermord und ein einzigartiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Seine absolute Alleinstellung zieht der Holocaust aus der Tatsache, dass er eine rassistisch motivierte industriell-maschinelle Tötung von Millionen von Menschen auf pseudo-gesetzlicher Grundlage war. Diese Verbrechen von Deutschen werden für immer nicht nur an den Tätern, sondern am ganzen deutschen Volk anhaften und Bestandteil unserer Biografie und unserer Verantwortung bleiben.

Auch wir Ostpreußen trauern um die Opfer des Holocausts, zumal unter ihnen auch Ostpreußen waren. Unter den Überlebenden gab es Ostpreußen, die auch als verfolgte Juden nicht in ihre ostpreußische Heimat zurückkehren durften.

Wir Ostpreußen stellen uns dieser Verantwortung: In Goldap, der Kreisstadt des Heimatkreises meiner Familie, ist 2002 gemeinsam von der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen (einem Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen) und der Stadt Goldap ein viersprachiges Denkmal für die Jüdische Gemeinde und die 1938 zerstörte Synagoge errichtet worden.

Es ist aber ein Missbrauch des Gedenkens an den Holocaust, wenn man es dazu instrumentalisiert, die Verbrechen an den Ostdeutschen zu verbergen oder zu verdrängen oder die Erinnerung an diese zu unterbinden. Es ist ein Missbrauch, wenn jeder Hinweis auf das Ausmaß der Verbrechen an Deutschen als Relativierung des Holocausts hingestellt wird. Man muss das eine Verbrechen benennen und um die Opfer trauern können und dürfen, ohne dass dies als eine Herabwürdigung für andere Opfer aufgefasst oder dargestellt wird.

Es ist schlicht unerträglich, wenn im Hinblick auf die Opfer von Flucht und Vertreibung, von Massendeportation und Massenvergewaltigung skandiert wird: „Täter sind keine Opfer!“ Die Opfer von Flucht und Vertreibung waren Opfer – und die allermeisten von ihnen waren keine Täter, schon gar nicht die zehntausenden jungen Frauen und Mädchen, die Opfer der Massenvergewaltigung und dann der Deportation wurden.

Die Täter, die haben sich meistens rechtzeitig in Sicherheit gebracht und jeglicher Verfolgung entzogen. Den Kopf hingehalten hat die Zivilbevölkerung, Frauen, Kinder und alte Männer!

Wir wollen dies sagen und wir werden dies sagen! Wir wollen und wir werden uns zu Ostpreußen bekennen und an Ostpreußen, seine Kultur und seine Geschichte, an seine Menschen erinnern! Wir werden dies tun, sooft wir's können und überall dort, wo auch nur zwei oder drei Ostpreußen zusammen sind!

Wir beschränken uns allerdings nicht auf das Erinnern an Ostpreußen, wie es war. Ostpreußen lebt und Ostpreußen hat Zukunft. Ostpreußen hat entgegen der Wünsche der für heute angekündigten Gegendemonstranten genauso Zukunft wie es entgegen der Wünsche dieser Leute auch weiter ein Deutschland geben wird.

Ostpreußen ist im Inferno des letzten Krieges zu großen Teilen untergegangen. Aber trotzdem lebt Ostpreußen noch immer. Es lebt in den Herzen und Gedanken der Menschen und es lebt durch ihre Taten auch in der Wirklichkeit. Wir halten es für unsterblich.

Die in der alten – kleinen – Bundesrepublik Deutschland angekommenen Ostpreußen haben den kleinen Teil der geretteten und in den Westen gelangten ostpreußischen Kulturgüter gesammelt, geordnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. An dieser Stelle sei statt vieler an Hans-Ludwig Loeffke erinnert, der das Ostpreußische Jagdmuseum in Lüneburg begründete, aus dem das heute in Trägerschaft der Ostpreußischen Kulturstiftung stehende Ostpreußische Landesmuseum hervorgegangen ist. Dieses Museum und das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen sind das Rückgrat der Bewahrung und Entwicklung ostpreußischer Geschichte und Kultur. Sie strahlten und strahlen auf die vielfältigen und vielschichtigen Einrichtungen der Landsmannschaft und ihrer angeschlossenen Verbände aus und befruchten sich wechselseitig.

An der Ostpreußischen Kulturstiftung haben auch der Bund, der Freistaat Bayern (Patenland der Landsmannschaft Ostpreußen) und das Land Niedersachsen maßgeblichen Anteil. Für deren Unterstützung sei an dieser Stelle herzlich gedankt, auch für die Bereitstellung der – freilich knappen – Mittel für die Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, die in diesen Tagen begonnen hat.

Die heutigen Bewohner Ostpreußens wissen nicht zuletzt der modernen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten wegen sehr gut um die Vergangenheit des Landes und um den Reichtum seiner Kultur und seiner Geschichte. Und sie haben in der Breite mehr Interesse an seiner Geschichte und an dem, was aus deutscher Zeit überkommen ist, als die Menschen in Deutschland.

Wer wachen Auges durch Ostpreußen fährt – so er denn weiß, wo das ist – sieht, mit welchem Engagement die Zeugnisse des alten Ostpreußen bewahrt und in die Moderne integriert werden. Die Kreisgemeinschaften unserer Landsmannschaft arbeiten schon seit zwei Jahrzehnten mit den in Ostpreußen heute vorhandenen Gebietskörperschaften zusammen, in aller Regel sehr eng und vertrauensvoll und vielfach in verfestigten Partnerschaften. So manches grenzüberschreitende Projekt ist von der Landsmannschaft Ostpreußen oder ihren Untergliederungen einerseits und öffentlichen oder privaten Partnern aus Ostpreußen andererseits verwirklicht worden, zuletzt vor vier Wochen im Staatsarchiv in Königsberg die zweisprachige Ausstellung „Kurze Geschichte Labiaus“.

Die Liste vergleichbarer Projekte in Ostpreußen ist lang. Wir konnten durch die Unterstützung unseres Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen zweisprachige Ausstellungen in vielen ostpreußischen Kreisstädten verwirklichen, die dort große Beachtung und Anerkennung finden.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird in drei Wochen im Amphitheater an der Allensteiner Burg zum zweiten Mal ihr Sommerfest im Herzen Ostpreußens und am Sitz der heutigen Wojewodschaft Ermland und Masuren feiern, zu dem wieder über 1000 Angehörige der Deutschen Volksgruppe aus dem südlichen Ostpreußen und viele polnische Gäste, Partner und Freunde erwartet werden – und zu dem Sie auch eingeladen sind.

Die Landsmannschaft Ostpreußen ist in Ostpreußen mit Jugendprojekten präsent. So haben wir in den vergangenen Jahren einen Theaterworkshop und eine Sommerolympiade veranstaltet. Ich bin in den beiden letzten Jahren mit dem Wojewoden und dem Wojewodschaftsmarschall zu fruchtbaren Gesprächen zusammengetroffen; wir konnten den Vizemarschall der Wojewodschaft in der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen in Hamburg begrüßen, wo er nach dem Gespräch mit mir der *PAZ* ein vielbeachtetes Interview gab.

Wir sind in Ostpreußen also schon lange ein gefragter Gesprächs- und Kooperationspartner geworden. Es wird uns nicht nur gestattet, von uns wird geradezu erwartet, dass wir uns in Ostpreußen einbringen und die Zukunft Ostpreußens vor Ort mitgestalten – mit unserem Wissen, mit unseren Ideen und mit unserer inneren Beziehung zu Ostpreußen.

Ostpreußen hat Zukunft – wir auch. Ostpreußen haben Zukunft in Ostpreußen.

Es gibt hier im Lande noch Menschen, die denken, wir wollen gegen Grenzen anrennen. Die sollten zur Kenntnis nehmen, wir haben sie überwunden. Der Weg in eine Zukunft, die von Frieden, Freiheit und Wohlstand geprägt ist, führt über Wahrheit und Verständigung und die gemeinsame Arbeit an der gemeinsamen Sache.

Wir sind auf ihm unterwegs. Kommen Sie mit uns!

In den Herzen und Köpfen

Rede des Bundesvorsitzenden des Bundes Junges Ostpreußen (BJO), Stefan Hein

Im Namen des Bundes Junges Ostpreußen begrüße ich recht herzlich alle Ostpreußen aus der Erlebnis- und aus der Bekenntnisgeneration zum diesjährigen Deutschlandtreffen in Kassel. Gemeinsam sind wir, alle zusammen, dem Ruf der Landsmannschaft Ostpreußen gefolgt, unsere Liebe und unseren Respekt gegenüber Ostpreußen zu bezeugen.

Liebe Ostpreußen, jeder Einzelne von uns hat seine ganz eigene Geschichte und Verbindung zu Ostpreußen. Und wenn jeder hier sein Herz öffnen könnte, dann wären wir von der Fülle der Emotionen und Bilder, die wir mit Ostpreußen verbinden, beeindruckt. Und das ist auch gut so!

Denn solange wir dies in uns tragen, sind wir „Botschafter Ostpreußens“ und haben den Auftrag, Ostpreußen lebendig im Bewusstsein der Deutschen zu halten. Und jeder Einzelne von uns, besonders aber die jungen Menschen, sollten ihr Handeln danach ausrichten und sich auch daran messen lassen. Und die Überzeugung, dass ein Ostpreuße in Ostpreußen geboren sein muss, sollte der Vergangenheit angehören.

Selbstverständlich haben junge Menschen einen ganz eigenen Zugang zu Ostpreußen. Sie schauen mit ihren eigenen Augen auf diese Region, sie stellen ihre eigenen Fragen und sammeln ihre eigenen Erfahrungen, um so eine eigene Beziehung zu Ostpreußen aufzubauen.

Wir, vom Bund Junges Ostpreußen, begleiten die jungen Menschen auf diesem Weg, indem wir offene Diskussionsforen anbieten, mit ihnen gemeinsam nach Ostpreußen fahren und mit ihnen bei Seminaren die geschichtlichen, kulturellen und politischen Hintergründe diskutieren. Damit in diesem Jahr und auch in den nächsten Jahren junge Botschafter Ostpreußens, beiderseits der Oder, nachwachsen.



Ermutigt junge Menschen, sich für Ostpreußen zu engagieren: Stefan Hein Bild: tws

Betonen möchte ich, dass ich vor jedem jungen Menschen, der sich heute bewusst und offen zu Ostpreußen bekennt, großen Respekt habe. Denn in der bundesdeutschen Öffentlichkeit wird das bewusste Bekenntnis eines 80-Jährigen aus der Erlebnisgeneration zu Ostpreußen anders bewertet, als das Bekenntnis eines 20-Jährigen. Der junge Erwachsene muss sich immer wieder für sein Bekenntnis rechtfertigen.

Und damit die jungen Menschen hier nicht alleine gelassen werden, müssen wir alle gemeinsam füreinander einstehen und uns gegenseitig, auch vor dem Zeitgeist, in den Kreisgemeinschaften, in den Landesgruppen oder eben in der Jugend stützen, schließlich sind wir eine große ostpreußische Familie von Jüngeren und Älteren, die nur als Ganzes bestehen kann und das diesjährige Motto „Ostpreußen hat Zukunft“ nur so gemeinsam mit Leben erfüllen kann.

Doch was nehmen wir nun von diesem Deutschlandtreffen mit? Sicherlich wurden gute Gespräche geführt und manche haben Wissenswertes über Ostpreußen erworben. Und jetzt? Wie gehen wir nun mit dem Motto um? Ein Motto

Den Staat nicht aus der Pflicht entlassen

ist immer eine Richtschnur, an der wir unser Handeln und unsere Zielsetzung ausrichten können. Wie wir das Motto in unser Alltagsleben einbinden, bleibt jedem selbst überlassen. Doch bitte, liebe Landsleute, nehmt es mit nach Hause, oder in Eure Gruppen, und arbeitet mit dem Motto. Denn das Motto „Ostpreußen hat Zukunft“ erfüllt sich nicht von selbst. Da ist jeder nach seinen Kräften gefordert mitzuwirken. Und denjenigen, die ihr Alltagsleben schon heute nach dem Motto ausgerichtet haben, sei von dieser Stelle aus ein herzlicher Dank zugerufen.

Darüber hinaus wollen wir unseren bundesdeutschen Staat nicht aus seiner Pflicht entlassen und ihn an seine Verantwortung erinnern, die Geschichte und Kultur Ostpreußens in der deutschen Gesellschaft wach zu halten. Und dabei geht es nicht nur darum, Museen neu zu konzipieren oder zu finanzieren, sondern vor allem auch darum, Ostpreußen wieder in den Schulen und Hochschulen zu etablieren. Denn die Zukunft Ostpreußens liegt in den Herzen und in den Köpfen der Menschen!

Ostpreußen hat Zukunft – eine Aufgabe, die sich an uns alle richtet. Für die ostpreußische Jugend ist es Richtschnur und Auftrag!

Wir haben mit Ostpreußen ein wunderschönes prachtvolles Land. Solange die Liebe zu Ostpreußen in unserem Herzen steht, haben wir es nicht verloren. Arbeiten wir daran, dass es so bleibt!

Gott schütze unser Ostpreußen.

LO hautnah

Intensive Gespräche an den Ständen







Die ausführliche Berichterstattung mit Artikeln über die einzelnen Veranstaltungen des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Kassel erfolgt in Folge 22 der *PAZ*.

Einzigartiges Werk über Königsbergs Alma Mater

Laudatio des LO-Vorstandsmitglieds Wolfgang Thüne anlässlich der Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises an Christian Tilitzki

Bedeutende universitätsgeschichtliche Werke sind in der Vergangenheit vielfach durch Jubiläen angeregt worden. Königsberg mit der 1544 gegründeten „Albertina“ macht da keine Ausnahme. So ist das bisher grundlegende Werk für die ersten beiden Jahrhunderte der Albertina anlässlich des 200-jährigen Jubiläums im Jahre 1744 durch einen damaligen Universitätsprofessor, den Theologen Daniel Heinrich Arnold geschrieben worden. Es folgten weitere Jubiläumsveröffentlichungen 1894 durch Hans Prutz und 1944 durch Götz von Selle.

Das hier vorzustellende Werk ist dagegen aus den langjährigen wissenschaftsgeschichtlichen Bemühungen seines Verfassers Christian Tilitzki erwachsen. Dieser weist in seinem einleitenden Abriss zur Forschungslage hin, dass die neueren Geschichten der Universitäten des historischen deutschen Ostens besonders schlecht in der wissenschaftlichen Landschaft dastehen.

Dies gilt auch für die Albertus-Universität in Königsberg, die wissenschaftlich in den letzten Jahrzehnten nur im Disput über die deutsche Ostforschung in der NS-Ära Beachtung gefunden hat. Die Verengung auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 hat dazu geführt, dass über die Universitätsgeschichte des Kaiserreiches und der Weimarer Republik ein dunkler Schleier liegt. Diese sich auftuende große Forschungslücke soll mit einer zweibändigen, 1871 einsetzenden und bis zum Untergang der Albertina im Frühjahr 1945 führenden Universitätsgeschichte geschlossen werden, und zwar mit dem ersten, mehr als 800 Seiten umfassenden Band mit dem Titel „Die Albertus-Universität Königsberg. Ihre Geschichte von der Reichsgründung bis zum Untergang der Provinz Ostpreußen, Bd. 1: 1871–1918“ wollen wir heute auszeichnen. Das große Werk folgt zwei zentralen Fragestellungen, nämlich zum einen der Stellung und Entwicklung der Universität im politischen Leben ihrer Zeit, zum anderen – damit eng zusammenhängend – die Besetzung der Lehrstühle der vier Fakultäten und deren wissenschaftliche Leistungen. Das Werk ist in zwei chronologische Hauptteile gegliedert, nämlich für die Friedensjahre bis 1914 und für die anschließende Zeit des Ersten Weltkriegs. Zunächst war die Einbettung der Universität in ihr ostpreußisches Umfeld und zugleich dessen Stellung innerhalb des preußischen Gesamtstaats sowie des werdenden Kaiserreichs darzustellen. Königsberg und Ostpreußen wurden von den Berliner Zentral-Behörden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell als randständig behandelt. Hinsichtlich Professorenlaufbahnen und studentischer Besucherfrequenz galt Königsberg als „Einstiegsuniversität“ im Vergleich zu den anderen deutschen Universitäten im unteren Drittel geblieben. Das liberale Ostpreußen wurde in der dargestellten Zeit zunehmend von konservativen Kräften beherrscht. Nur Königsberg selbst sei liberal geblieben, wo auch Ende des 19. Jahrhunderts die nationale „Bollwerksfunktion“ keine große Bedeutung gehabt habe. Inwieweit unter diesen Umständen die Albertina als geistiges Zentrum Ostpreußens einen eigenen Charakter entwickeln konnte, wird vom Verfasser in seiner Darstellung untersucht.



Wolfgang Thüne (l.) und Preisträger Christian Tilitzki (r.) Bild: C. Höge

Die Universitäten Preußens in dieser Zeit unterstanden der staatlichen Aufsicht des Kultusministeriums in Berlin sowie eines Kurators am Ort der Universität. Nur in Königsberg außer in Breslau wurde diese Aufgabe vom Oberpräsidenten im Nebenamt wahrgenommen, dem ein Kuratorialrat an die Seite gestellt wurde. In einem einleitenden Abschnitt wird dargelegt, wie diese ihre Aufgabe weitgehend aus einer konservativen Haltung heraus ausübten und auch die Berufungspolitik beeinflussten. Dass sie dabei in Gegensatz zu dem Berliner Hochschulreferenten Friedrich Althoff gerieten, wird im weiteren Verlauf an zahlreichen Einzelfällen wiederholt gezeigt.

Den größten Teil des Buches beansprucht die Geschichte der vier Fakultäten, dargeboten in der klassischen Reihenfolge Theologie, Jura, Medizin und Philosophie, Letztere unterteilt in Geistes- und Staatswissenschaften sowie Natur- und Agrarwissenschaften. Der ganze Zeitraum wird in drei Zeitabschnitte gegliedert, so dass es möglich wurde, die politische Atmosphäre für die Jahrhundertwende im Zusammenhang zu charakterisieren. Innerhalb der einzelnen Fakultäten und Fächer wird das politische Kräftespiel um die Berufungen auf die einzelnen Lehrstühle, die Habilitationen und die dabei konfliktreichen Auseinandersetzungen in weltanschaulichen Fragen von Besetzung zu Besetzung im Einzelnen verfolgt. Der Verfasser war um Vollständigkeit bei der Erfassung der betroffenen Personen bemüht. Dabei und nicht in einem besonderen Kapitel werden auch die institutionellen Veränderungen behandelt. Eine eigene Darstellung bekommt in den beiden Hauptabschnitten die Staats- und die Universitätsbibliothek. Im Weltkriegskapitel werden neben den Fakultätsgeschichten mit ihren Lehrstuhlbesetzungen die politischen Begleitumstände und deren Wirkungen auf die Universität, in besonderen Abschnitten behandelt.

Das Buch macht immer wieder deutlich, in wie starkem Maße die Universität trotz ihrer Selbstverwaltung von den politischen Umständen ihrer jeweiligen Gegenwart abhängig war. Das Ausmaß der vom Verfasser herangezogenen Quellen und Literatur wird nicht nur in den umfangreichen Fußnoten und Einzelnachweisen deutlich, sondern auch im Anhang. Dieser enthält zunächst in einem rund 160 Seiten langen „Catalogus Professorum“ Kurzbiographien sämtlicher in dem Werk behandelter Professoren mit ausführlichen Nachweisen. Das Quellen- und Literaturverzeichnis umfasst über 80 Seiten. Ein Königsberger Universitätsarchiv hat sich für die dargestellte Zeit leider nicht erhalten. Dennoch macht das Verzeichnis deutlich, dass der Verfasser in einem heute selbst von wissenschaftlichen Historikern allzu wenig geübten Maße Archivalien, vornehmlich des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin, herangezogen hat. Eine Sammlung von Abbildungen, vornehmlich von Personen, sowie ein Personenregister runden dieses großartige Werk ab. Es bleibt zu hoffen, dass der als Manuskript schon weit fortgeschrittene Band 2 für die anschließende Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus in absehbarer Zeit veröffentlicht werden kann. Nach Jahrzehnten eines weitgehenden Stillstands der Forschung hat nunmehr die Universität Königsberg ein bedeutendes Werk vorzuweisen. Dank der herausragenden Forschungen von Christian Tilitzki wird die ostpreußische Alma Mater nach Erscheinen des zweiten Bandes zu den am besten erforschten deutschen Hochschulen überhaupt zählen.

Die Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung wurde im Gedenken an das von den Stiftern selbst erlebte Schicksal von Flucht, Vertreibung und Enteignung gegründet. Sie verleiht den Preis alle drei Jahre für wissenschaftliche Arbeiten, die dazu beitragen, dass die gewaltigen 1000-jährigen Leistungen und Leiden der Deutschen im Osten Europas in der Geschichtswissenschaft nicht vergessen werden.

Vorher rasen, hinterher beten

Gedrängelt, gerast, rechts überholt? Kein Problem: In Autobahnkirchen lässt es sich von kleinen Verkehrssünden reinwaschen

An den rund 13 000 Autobahn-Kilometern in Deutschland findet sich auf großen, blauen Hinweistafeln für Raststätten und Tankstellen gelegentlich auch das Piktogramm einer Kirche. Damit wird auf eine Autobahnkirche hingewiesen, in der man abseits der Hektik der Straße einen Ort der inneren Einkehr findet.

Als erste deutsche Autobahnkirche entstand im Jahr 1958 die katholische Autobahnkirche in Adelsried, an der A 8 zwischen Ulm und München. In protestantischen Kreisen wurden Stimmen laut, ein „evangelisches Gegenstück“ zu präsentieren. Flugs wurde 1959 die alte Gemeindekirche in Exter wegen ihrer Nähe zur Autobahn zur ersten evangelischen Autobahnkirche deklariert. Das Gotteshaus, an der A 2 zwischen Bielefeld und Hannover gelegen, wurde 1666 erbaut und von Preußens Großem Kurfürsten Friedrich Wilhelm genehmigt.

Ganze achtmal tauchte dieses Piktogramm mit dem stilisierten Gotteshaus vor der „Wende“ an den Autobahnen der Bundesrepublik auf. Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist die Zahl der Autobahnkirchen auf rund 40 gestiegen.

Die steigende Zahl der Autobahnkirchen könnte ein Hinweis darauf sein, dass immer mehr Menschen wegen der Hetze und des Lärms auf den Schnellstraßen nach Orten der Stille und der inneren Einkehr Ausschau halten.

Eine andere Interpretation der oben genannten Zahlen könnte lauten: Zuerst kommt die Versorgung der Autos und das leibliche Wohl der Fahrer und danach das Seelenheil. Oder anders ausgedrückt: In unserer schnelllebigen, mobilen Zeit ist die Kirche zu einer Nebensache, zu einer Randerscheinung geworden.

Solchen Eindruck vermitteln dann auch viele der Gotteshäuser an den Autobahnen. Vom urwüchsig-behäbigen Mittelpunkt-Charakter alter Dorfkirchen ist da nicht allzu viel zu spüren. Manche der einfachen und schlichten Kapellen bleiben für viele unbemerkt. So etwa die „Kapelle St. Raphael“ auf dem Gelände der Autobahnraststätte Nievenheim, an der A 57 von Köln nach Krefeld gelegen. Unscheinbar im Abseits zwischen Tankstelle und Raststätte steht ein Backsteinbau, der ein wenig an ein Trafohäuschen erinnert. „Nein, die Kapelle ist mir gar nicht aufgefallen“, sagt Klaus Schneider, der auf dem Weg nach Xanten ist. Kein Wunder, schließlich kennzeichnet nicht einmal ein Kreuz das kleine Gebäude. „Darauf wurde bewusst verzichtet“, erklärt Peter Platz, der inzwischen pensionierte Geistliche der katholischen Kirchengemeinde St. Gabriel in Dormagen, die den Andachtsraum 1975 errichtet hat und seitdem betreut. „So sollte deutlich werden, dass die Kapelle allen Konfessionen offensteht.“

Offen steht der kleine, künstlerisch gestaltete Innenraum mittlerweile im Sommer wie im Winter rund um die Uhr; anfangs wurde die Kapelle noch im Winter um 22 Uhr geschlossen.

Noch immer aber verwechseln viele Rastende das kleine Backsteingebäude mit einem Toilettenhäuschen. Um diesem Übel vorzubeugen, hat die Kirchengemeinde vor zwei Jahren ein dezentes Hinweisschild am Weg vom Parkplatz zum Gotteshaus angebracht, das dem von einer Notdurft pressierten Besucher – zumindest demjenigen, der des Lesens kundig ist – erklärt, dass er hier die „Kapelle St. Raphael“ betritt. „Trotzdem“, klagt eine Mitarbeiterin der Kirchengemeinde, „benutzen manche Reisenden dann einfach die Rückseite der Kapelle als Pissoir“. Deshalb wurde dort ein Hinweis angebracht: „Verrichten Sie Ihre Notdurft auch an Ihrem Haus? – Nein? – Warum dann am Gotteshaus?“ Der Raststätten-Besucher, der lesen kann und der Deutsch versteht, versteht jetzt, wo er hier gelandet ist.

Noch fünf Kilometer bis zur Beichte: Kapelle an der A 57 Bilder (2): Schmidtke

Die Zahl der Kapellen-Besuche, sei es die Zahl der beabsichtigten oder die der unbeabsichtigten, kann nur geschätzt werden. Vor 20 Jahren vermutete Peter Platz „dem Kerzenverbrauch nach zu urteilen, dass jährlich rund 6000 Rastende den Raum der Stille und Besinnung in Anspruch nehmen“. Heute wird mit rund 10 000 Besuchern jährlich gerechnet.

Spuren hinterlassen die Gotteshaus-Besucher jede Menge. Früher war es die ausgelegte Bibel; die immer wieder zur Dokumentation der Anwesenheit genutzt wurde. Sie musste mehrmals ersetzt werden. Ein Ringbuch mit auswechselbaren Seiten erlaubt den Besuchern heute, sich zu verewigen – nach dem Motto: Wer schreibt, bleibt!

Die Eintragungen reichten von Danksagungen über Wunsch-Gebete bis hin zu philosophischen Versuchen. Einige Kostproben: „Helmut, Doris, Bettina und Claudia“ verewigten: „Mit Gottes Segen glücklich daheim angekommen“, während „Gerda“ bat: „Gott, hilf Dieter! Gib mir die Erleuchtung.“ Und „Edi, der Trämper“ notierte an einem Silvester-Tag: „Du hast genauso das Recht auf der Welt zu sein, wie die Blume, die blüht, und der Stern am Himmel, aber Du lebst auf dieser Welt nicht allein. Hast Du schon mal darüber nachgedacht?“

Wenn die lose eingelegten Blätter des Ringbuchs vollgeschrieben sind, dann werden sie durch leere Seiten ersetzt. Die Kirchengemeinde St. Gabriel verfügt inzwischen über mehrere Hundert Seiten mit derartig schriftlich geäußerten Gedanken, Sentenzen und Meinungen. Was auch schon häufiger passiert ist und die Kapellen-Betreuer wenig erfreut: Schon einige Male hat es – erfolglose – Versuche gegeben, den Opferstock zu knacken. Die „Beute“ wäre allerdings sehr enttäuschend gewesen.



Stiller Ort: St. Raphael in Nievenheim

Arg dagegen beutelte der Diebstahl eines Taufengels und der Altarbilder die evangelische Autobahnkirche Exter. Das war 1979, 20 Jahre nach Öffnung des Gotteshauses für Reisende. „Die positiven Erfahrungen überwiegen aber bei Weitem“, meint Pastor Ralf Steiner. Deshalb hat die Kirchengemeinde Exter ihren Entschluss, das alteingesessene Gotteshaus auch Vorbeifahrenden zu öffnen, bisher auch „noch nicht bereut“. Pastor Steiner rechnet mit 50 bis 100 Besuchern am Tag beziehungsweise 30 000 Besuchern im Jahr. Viele verewigen sich – ähnlich wie in der Kapelle an der Raststätte Nievenheim – in „Anliegenbüchern“, die mehrmals im Jahr neu ausgelegt werden.

Ein „Leckerbissen“ für reisende Kunstfreunde ist die Autobahnkirche Gelmeroda an der A 4 von Eisenach nach Dresden, Abfahrt Weimar. Der Ursprung der alten Gemeindekirche reicht bis ins 12. Jahrhundert zurück. Bekannt ist das Gotteshaus mit dem langen, spitzen Dach als „Feininger-Kirche“. Der deutsch-amerikanische Künstler Lyonel Feininger wählte die Kirche von Gelmeroda als Lieblingsmotiv seiner expressiven, kubistischen Gemälde.

Die Gemeindekirche auch als Autobahnkirche zu öffnen, wurde nach der „Wende“ beschlossen. So wurde Gelmeroda 1994 die erste Autobahnkirche in den neuen Bundesländern.

St. Christophorus an der Raststätte Baden-Baden ist zwar keine Gemeindekirche, sie bietet dem Autofahrer aber trotzdem die Möglichkeit, an Messen teilzunehmen. Der mächtige, 20 Meter hohe Pyramidenbau erinnert an ein riesiges Zelt und symbolisiert damit den Nomaden-Charakter einer mobilen Autofahrergesellschaft. Wegen seiner ungewöhnlichen Architektur ist dieses 1978 eingeweihte Gotteshaus an der A 5 von Basel nach Karlsruhe zu einer touristischen Attraktion geworden.

Ein Heer von Andachtsuchenden und Neugierigen bevölkert Tag für Tag den in Ober- und Unterkirche gegliederten Komplex. Vor allem im oberen Bereich kann kaum noch von einer "Oase der Stille" die Rede sein – während der Unterkirche (Krypta) noch eher Ruhe und Besinnung bietet. Der Erzdiözese Freiburg kann das große Interesse nur recht sein. Mit der Autobahnkirche erfüllt sie die göttliche Verheißung: „Ich bin immer für euch da.“ *Siegfried Schmidtke*

Brüsseler Atom-»Aufstieg«

Ein Spiegelbild der EU: Atomium als Symbol erst ersehnter, dann verfluchter Kernenergie

Auch wenn die Europäer wegen der EU-Wahl gespannt nach Brüssel blicken, wird Belgiens Hauptstadt wie gewohnt von zahlreichen Touristen aus aller Welt frequentiert sein. Die Stadt hat etliche Attraktionen zu bieten, doch als Wahrzeichen Brüssels und zugleich Belgiens gilt nicht das prächtige Rathaus im Stil der Brabanter Gotik, auch nicht irgendein moderner Bau für eines der EU-Gremien im Europaviertel. Es ist das gigantische, glitzernde Atomium im Park der Expo ’58 am Boulevard du Centenaire im Brüsseler Norden.

Als markantes Symbol für die erste Weltausstellung nach dem Krieg geschaffen, sollte das Atomium nach der Expo ursprünglich abgebaut werden. Doch dank seiner Beliebtheit blieb das Gebäude auf dem Heysel Plateau stehen wie zuvor schon der Eiffelturm in Paris, der 1889 ebenfalls als zeitlich begrenzte Attraktion errichtet worden war. Nach seiner Runderneuerung und der Wiedereröffnung im Februar 2006 ist das Atomium heute mehr denn je ein Touristenmagnet. Fast immer bildet sich eine lange Schlange von Wartenden vor dem Eingang im Pavillon. Das 102 Meter hohe Bauwerk ist die Nachbildung eines Eisenmoleküls in 165-milliardenfacher Vergrößerung. Die Idee stammt von dem Ingenieur André Waterkeyn, dem Direktor eines Unternehmerverbands der metallverarbeitenden Industrie, und sie machte ihn weltberühmt.

Drei schräge, haushohe Stahlbeine stützen die Konstruktion aus neun, durch Röhren miteinander verbundenen Kugeln von jeweils 18 Metern Durchmesser. Die Röhren von 23 Metern Länge haben einen Durchmesser von 3,3 Metern. Sechs der Kugeln mit jeweils 1000 Quadratmetern Fläche sind begehbar und mit attraktiven Besucherangeboten ausgestattet. In der vertikalen Röhre fährt ein Aufzug von der unteren Kugel, dem Sockel des Bauwerks, über die mittlere bis zur Panorama-Kugel, in der sich ein Restaurant befindet. Den Besucher erwartet hier ein beeindruckender Panoramablick auf Brüssel. Bei klarem Wetter reicht die Sicht bis Antwerpen.

Wahrzeichen Brüssels seit 1958: das Atomium Bild: Archiv

Zu den anderen Kugeln gelangt man vom Sockel des Bauwerks durch die langen Röhren über Rolltreppen oder normale Treppen. In einer dieser runden Räume ist eine Dauerausstellung eingerichtet, die der Welt der 50er Jahre und der Expo von 1958 gewidmet ist, andere werden vermietet oder sind für kulturelle Veranstaltungen vorgesehen. In einer Kugel können Schulklassen mit Begleitpersonen an Wochentagen eine Nacht verbringen.

Waterkeyn durfte die Sanierung und Wiedereröffnung seines Lebenswerks nicht mehr erleben. Er starb im Oktober 2005. Sein Entwurf nimmt Bezug auf die Entdeckung der Kernspaltung. In der Frühphase des Atomzeitalters wählte er das Atom als Symbol des Fortschritts, weil man in den 1950er Jahren glaubte oder jedenfalls hoffte, mit der Kernspaltung die Lösung aller Energieprobleme gefunden zu haben. Später äußerte er, dass er mit dem Bau des Atomiums junge Menschen habe ermutigen wollen, einen Beruf im technischen oder wissenschaftlichen Bereich zu wählen. Doch heutzutage wäre es auch angebracht, auf die aktuellen Themen und Probleme des atomaren Zeitalters hinzuweisen. Das Atomium scheint da aus der Zeit gefallen.

Andererseits wird Kurzweil aller Art geboten. Man kommt nicht umhin zu vermuten, dass hier Verdrängung zugunsten von Kommerz im Spiel war, da von einem Denkanstoß über die umstrittene Atomkraft wohl kaum Strahlkraft auf ein Massenpublikum ausginge. Mit Blick auf die EU-Wahlen bleibt die Hoffnung, dass EU-Kommission und EU-Parlament in Brüssel und Straßburg sich bei ihren Entscheidungen künftig nicht so sehr wie bisher hauptsächlich an den kommerziellen Interessen großer Unternehmen orientieren werden. *D. Jestrzemski*

Ordentliches Bier

Edelsud aus Ellingen sorgt für Stimmung

Beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel floss auch reichlich Bier – Ordensbier. Am Stand des Kulturzentrums Ostpreußen konnte man sich am Gerstensaft namens „Deutscher Orden Edelsud“, der in der Schlossbrauerei Ellingen gebraut wird, laben.

Zum Themenjahr wurde von der Schlossbrauerei diese spezielle Bier-Sonderedition aufgelegt. Der Edelsud wird handwerklich gebraut und über viele Wochen in den Gewölbekellern des Brauhauses eingelagert, bis er seinen optimalen Reifegrad erlangt hat. Die besten Zutaten aus der Region machen den Edelsud zu einer typisch fränkischen Spezialität.

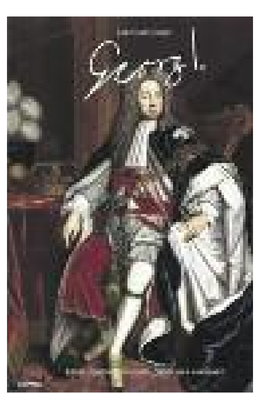
Bier und Ausstellung gehen Hand in Hand

Kompakter, feinporiger Schaum und ein feiner opalfarbener Glanz versprechen einen einzigartigen Biergenuss: ein kräftiges, helles Lagerbier, das nicht nur den Kennergaumen begeistert. Der Edelsud verfügt über eine Stammwürze von 11,5 Prozent, sein Alkoholgehalt beträgt 4,9 Prozent.

Passend zum Bier findet bei dem im Deutschordensschloss Ellingen beheimateten Kulturzentrum Ostpreußen die Ausstellung „Der Deutsche Orden im Fränkischen Seenland“ statt. Unter diesem Motto steht ein Gemeinschaftsprojekt des Tourismusverbandes Fränkisches Seenland mit verschiedenen Kommunen und Einrichtungen in der Region. Aus diesem Anlass wurde von der Schlossbrauerei das „Deutschordens-Bier“ aufgelegt.

Der Deutsche Orden war einst ein bedeutender Machtfaktor in Europa – und im fränkischen Alltag. Die „Ballei Franken“ war die mächtigste Provinz im Deutschen Orden, Hauptsitz war Ellingen im heutigen Fränkischen Seenland. Seit 1216 hatte der Deutsche Orden auch Besitzungen in Ellingen.

Das Bier „Deutscher Orden Edelsud“ mit dem edlen Sonderetikett ist im Themenjahr 2014 im Sechserträger oder als Einzelflasche in der Schlossbrauerei Ellingen sowie an der Kasse des Kulturzentrums Ostpreußen für 1,50 Euro die Einzelflasche sowie 7 Euro der Sechserträger erhältlich. Ein Versand ist leider nicht möglich. *Manfred E. Fritsche*



Herz blieb in Hannover

Georg I. von Großbritannien

Am 20. Oktober liegt es 300 Jahre zurück, dass der Hannoveraner Kurfürst Georg I. zum britischen König gekrönt wurde. Nach dem Tod von Queen Anne bestieg Georg I., evangelisch-lutherisch erzogen und kaum der englischen Sprache mächtig, den Thron, um so den Anspruch der römisch-katholischen Stuarts abzuwenden. Christian Schnee hat sein Buch „Georg I. Ein Welfensohn zwischen London und Hannover“ dem Hannoveraner Kurfürsten anlässlich des 300. Thronjubiläums gewidmet.

Dem Leser erscheint es angesichts des Dargebotenenen wie ein Wunder, dass Georg I. bis zu seinem Ableben nicht gestürzt wurde. Die Einmischungen seiner politisch ambitionierten Mätresse Melusine von der Schulenburg und die Tatsache, dass der König mit dem Herzen mehr in seiner alten als in der neuen Heimat weilte, hätten hierfür an sich schon ausgereicht. „... die Politik des Monarchen und die Beraterrolle Melusines waren Anlass für Unwillen im Volk und für Irritation bei Hofe. Denn der erste Gedanke des Königs von Großbritannien galt nach wie vor Hannover, und die dortigen Anliegen liefen den Interessen von Großbritannien zuwider“, so Schnee.

Der Autor beschreibt den Welfensohn als einen nicht sonderlich beliebten, dafür aber besonnenen König, der sich mit dem Gebaren anderer zeitgleich regierender absolutistischer Herrscher, die in Reichtum und verschwenderischem Luxus lebten, nicht identifizieren konnte. „Geschick und Durchsetzungsvermögen gehörten zu jenen Stärken, die Georg als Monarchen auszeichneten. Auch Kritiker nannten ihn einen mutigen Befehlshaber, klugen Taktiker und sparsamen Wirtschafter.“

Wie komplex sich die durch Eheschließungen durchgesetzten politischen Interessen und Machtverschiebungen der damaligen Zeit darstellten, beschreibt Schnee sehr anschaulich. Dass aus einem so ausgeklügelten Gesellschaftskonstrukt nur höchst selten eine Liebesheirat resultierte, ist nicht weiter verwunderlich. Es war von daher auch nicht ungewöhnlich, wenn die Herren sich eine Mätresse zulegten. Über Melusine von Schulenburg hat der Autor zudem nur Gutes zu berichten: „Nicht verschwiegen werden sollte der Beitrag der Frau an Georgs Seite. Die Bezeichnung als offizielle Mätresse wird der Rolle kaum gerecht, die Melusine von Schulenburg seit Jahren am Hofe ausfüllte. Sie war so klug wie gebildet und zeigte Interesse an politischen Fragen. Robert Walpole (Anm. d. Verf. erster Premierminister Großbritanniens) bemerkte mit Spott und Bewunderung, Melusine nehme für sich die Rolle der Königin in Anspruch; alles, was ihr fehle, sei die Krone.“

Der Welfe wurde jedoch toleriert

Interessant und lehrreich hat Schnee auf gerade einmal 138 Seiten sämtliche politischen Ereignisse zu Lebzeiten Georg I. untergebracht, die für den Welfen von Belang waren. In einfachen Worten erläutert er, welche Ereignisse zu dem großen Aktienbetrug der South Sea Company, der sogenannten South Sea Bubble, führten, welche politischen Konsequenzen es für Georg I. hatte, dass er sich mit seinem Sohn Georg August restlos zerstritt, und wie es zur Einführung eines Premierministers in Großbritannien und somit zu einer Machtverschiebung vom König zum Parlament kam. „Georg I. Ein Welfensohn zwischen London und Hannover“ ist allerdings nichts für Leser, die leichte Kost suchen.

Vanessa Ney

***Christian Schnee: „Georg I. Ein Welfensohn zwischen London und Hannover“**, Verlag Ludwig, Kiel 2013, broschiert, 138. Seiten, 18,90 Euro*



Verrat am eigenen Volk

Hans-Werner Sinn über die Fehler bei der Euro-Rettung

Rechtzeitig zur EU-Wahl hat der renommierte Ökonom Hans-Werner Sinn mit „Gefangen im Euro“ eine Warnung an die deutschen Wähler veröffentlicht, von der CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP nur hoffen können, dass sie nie von einem breiten Publikum zur Kenntnis genommen wird. Gleich zu Beginn seiner in Form eines Interviews dargebotenen Positionen macht der Chef des ifo Instituts deutlich, dass für ihn die wirkliche Wahrheit und nicht die politische Wahrheit zählt. Als deutscher Beamter, Sinn ist auch Hochschullehrer, fühle er sich zudem dem deutschen Volk verpflichtet.

In leicht verständlichen Worten macht Sinn deutlich, warum die Euro-Krise aus seiner Sicht noch lange nicht vorbei sei und warum die Länder Südeuropas, aber auch Deutschland im Euro gefangen seien. Hierbei geht er auf die Fehler bereits bei der Einführung des Euro ein und schildert, welche fatalen Folgen die bisherigen Entscheidungen bei der Euro-Rettung mit sich bringen. So erwähnt er beispielsweise, dass die Lohnkosten 2012 in Polen bei sieben Euro gelegen hätten, in Spanien jedoch bei 22 Euro und in Griechenland bei 15 Euro. Dies mache deutlich, wie wenig wettbewerbsfähig die Südländer seien, zumal, so Sinn, die Arbeitsqualität und der Fleiß der Osteuropäer von Unternehmern mindestens so sehr geschätzt werde wie ihr günstiger Preis. Doch da den Südländern, da sie den Euro haben, eine Währungsabwertung nicht möglich sei, würden sie gegenüber Osteuropa im Wettbewerb um Arbeitsplätze verlieren, was sie wiederum von Hilfsgeldern aus dem Norden der Euro-Zone abhängig mache, da die Wirtschaft so nicht auf die Beine komme und starke Gewerkschaften drastische Lohnkürzungen nicht akzeptierten.

Für Überraschung sorgt Sinn, wenn er am Beispiel des Fußballers Cristiano Ronaldo deutlich macht, welche Auswüchse die Euro-Krise inzwischen angenommen hat. So akzeptiert die EZB inzwischen als Pfand für Kredite an notleidende südeuropäische Banken deren Forderungen gegenüber spanischen Fußballvereinen, obwohl auch diese kurz vor der Pleite stehen. Selbst Papiere mit einer Laufzeit bis ins Jahr 9999 würden von der EZB als Sicherheit akzeptiert, um den Banken Geld zukommen zu lassen und so deren Pleite zu verhindern. Schließlich, so Sinn, würden im Rat der EZB in der Mehrheit Vertreter von Ländern sitzen, die eine Pleite ihres Landes nur verhindern können, indem die Banken ihres Landes ihnen weiter Staatsanleihen abnehmen. Für Sinn hat die EZB ihr Mandat längst überreizt und dass die Zentralbank jetzt auch noch die Aufsicht über die Großbanken in der Euro-Zone übernehmen soll, kommt für ihn einem Witz gleich. Der größte Gläubiger der Banken, und das ist die EZB in vielen Fällen inzwischen, solle also demnach über das Wohl und Wehe seines Schuldners entscheiden, höhnt Sinn, der für diesen Fall ein unabhängiges EZB-Urteil absolut anzweifelt. Aus seiner Sicht sind die nationalen Parlamente auch nur noch Erfüllungsgehilfen der EZB, was die Demokratie unterhöhle. Ziel der EZB sei es, einen kurzfristigen Finanzcrash zu vermeiden, während er als Finanzwissenschaftler die Stabilität des Staatswesens auch mit Blick auf künftige Generationen im Blick habe.

Der Politik sind Finanzinvestoren wichtiger als Bürger

Als brisantes Detail weist er darauf hin, dass aus seiner Sicht der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler 2010 wegen der Euro-Rettung zurückgetreten ist, anlässlich derer innerhalb weniger Stunden der der Währungsstabilität dienende Maastrichter Vertrag über den Haufen geworfen worden sei.

Sinn ist überzeugt, dass die Politik mit ihrer Form der Euro-Rettung ihre Wähler zugunsten von Finanzinvestoren verraten habe. Und wer den Euro in seiner jetzigen Form für unantastbar erkläre, der gefährde das europäische Friedensprojekt, so Sinns gar nicht so steile, weil gut begründete These.

Als Lösung der Krise schlägt der Autor, der erläutert, warum es Griechen, Zypern und Spanien schlechter geht als vor der Euro-Rettung, vor, einige Länder aus dem Euro zu entlassen und ihnen den Austritt über einen Schuldenschnitt zu versüßen. Natürlich koste dies auf den ersten Blick viel Geld, doch der Ökonom nennt gute Argumente dafür, dass die Rechnung früher oder später sowieso komme, nur je länger man warte, desto höher sei sie eben. Und da die Krisenländer stets beteuerten, dass sie ihre Schulden zurückzahlen würden, könnten sie ihre Staatsanleihen künftig mit Sicherheiten versehen, dann würden ihnen Investoren auch weiterhin Geld leihen.

Sinn hat es satt, dass die Debatte über Kredite die Stimmung zwischen den Europäern vermiest. Er wünscht gutnachbarschaftliche Beziehungen und hat kein Interesse, als Gläubiger den Südländern ständig in ihre Entscheidungen reinzureden, derartiges schaffe Unfrieden.

Nachdem der ifo-Chef derart drastisch Kritik an dem Euro, der Euro-Rettung und vor allem an der EZB geäußert hat, betont er jedoch am Ende, dass er überzeugter Europäer sei und schlägt als Fernziel eine Europäische Konföderation nach dem Vorbild der Schweiz statt eine Gründung der Vereinigten Staaten von Europa vor. Dies wirkt jedoch ein wenig aufgesetzt, da es angesichts der jetzigen, völlig festgefahrenen Krise ziemlich weit hergeholt erscheint, an Fernziele zu denken.

Rebecca Bellano

***Hans-Werner Sinn: „Gefangen im Euro“**, Redline, München 2014, broschiert, 196 Seiten, 9,99 Euro*



Befruchtende Freundschaft

Leipzig inspirierte über Jahrhunderte Serben, was deren Kultur guttat

Eine Liebe ist der anderen wert: 2011 war Serbien Ehrengast der Leipziger Buchmesse, woraus ein erster Sammelband entstand, der nun überarbeitet und erweitert unter dem Titel „Serben in Leipzig“ ein zweites Leben beginnt. Im Garten des Belgrader Doms sind die Symbolfiguren dieser Partnerschaft begraben: Dositej Obradovic (1739–1811), der Dichter und Aufklärer, der nach drei Leipzig-Aufenthalten die Belgrader „Hohe Schule“ gründete, und Vuk Stefanovic Karadzic (1887–1864), der Schüler Herders, Helfer Leopold Rankes, Freund Goethes und Koautor Jakob Grimms. Karadzics „Kleine Serbische Grammatik“, die 1824 in Leipzig herauskam, wurde von Grimm übersetzt und eingeleitet, womit dieser sich an dessen Reform der serbischen Schriftsprache beteiligte.

Neben Obradovic und Karadzics gibt es hunderte weiterer Serben, die die Universitäts-, Verleger-, Messe- und Druckerstadt Leipzig als Erfüllung ihrer Träume ansahen. Seit 1409 hat Leipzig die Universität, seit 1492 auch seine Messe. Im späten 18. Jahrhundert erholte es sich vom Dreißigjährigen Krieg und wurde eine florierende Stadt, die gerade im Umgang mit Südosteuropa höchste Attraktivität entwickelte. Kulturell profitierte Leipzig von der Begeisterung für südslawische Volksdichtung, deren eifrigster Propagator Karadzic war – der nebenbei Ranke eine Geschichte der serbischen Revolution in die Feder diktierte. Leipziger Verlagshäuser wie Breitkopf arbeiteten mit 400 Alphabeten, auch „slawischen“, für die sie Korrekturleser brauchten – Möglichkeiten, die Serben gern nutzten.

Über die Hälfte des Bandes bringt detaillierte Berichte über Studien und Promotionen von Serben in Leipzig, Porträts ihrer deutschen Lehrer, die wie der Slawist August Leskien (1840–1916) längst weltberühmt sind, über Periodika, die damals in deutsch-serbischer Kooperation starteten. Zoran Konstantinovic (1920–2007), der große deutsch-serbische Literaturvermittler, hat in seinen Studien auf die heimliche Sympathie zwischen Serben und „Schwaben“ verwiesen. „Svaba“ stand und steht bei Serben für alle Deutschen, auch und gerade die Sachsen aus Leipzig.

W. Oschlies

***Dusan Ivanic (Hrsg.): „Serben in Leipzig“**, Serbische Nationalbibliothek/Stiftung „Dositej Obradovic“, Belgrad 2014, broschiert, 216 Seiten, 12 Euro*

Christine Eichel

Deutschland, deine Lehrer



Einseitig Lehrer in die Pflicht genommen

Sehr theoretische Analyse der Ursachen für den Notstand an deutschen Schulen

Ein weiteres Buch zum schier unerschöpflichen Thema „Misere des Lehrerberufs“ trägt den nicht allzu originellen Titel „Deutschland, deine Lehrer. Warum sich die Zukunft unserer Kinder im Klassenzimmer entscheidet“. Die Berliner Autorin Christine Eichel sieht hauptsächlich die Lehrer in der Pflicht, sich zu ändern, und daran krankt denn ihr gut recherchierter Beitrag zur Endlos-Diskussion über den Schulnotstand. Eichel erklärt die Ära der „empfindungsarmen Wissensverwalter“ für beendet und das Zeitalter der „emotional beteiligten Lehrer“, die sich in ihren Schulen für eine „verbindliche, angstfreie Beziehungskultur“ einsetzen, für angebrochen, nur hätten es noch nicht alle Lehrer bemerkt. Den heutigen schulischen Anforderungen könnten nur Persönlichkeiten mit hoher Motivation entsprechen, denn das sei ausschlaggebend für die Lernbereitschaft der Schüler. Damit nicht genug, sollten Lehrer sich mit Fachleuten und außerschulischen Institutionen vernetzen, in ihrer knapp bemessenen Freizeit Hausbesuche machen (was für Lehrer in manchen Stadtteilschulen bereits Standard ist) und am Abend dann gern noch einen Elternstammtisch besuchen. Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele sei natürlich eine fortlaufende Weiterbildung. Stellt sich die Frage: Und wo bleibt die Familie des Lehrers?

Dass ähnliche Ansätze schon längst in den meisten Schulen nach Kräften praktiziert werden, spielt Eichel herunter, um zwei Beispiele für scheinbar vollendetes Gelingen des Schullebens in noch strahlendem Licht erscheinen zu lassen. Natürlich können die Berliner Rütlischule und die Göttinger Integrierte Gesamtschule in mancher Hinsicht Vorbilder sein. Nur, und das wird hier bagatellisiert, ist die Arbeitszeit der vorgestellten Lehrer enorm hoch, zu hoch, weshalb häufig nicht in Vollzeit unterrichtet wird. Auf das bei Lehrern besonders häufig auftretende Burnout-Syndrom geht Eichel zwar ein, doch nur, um zur Schlussfolgerung zu gelangen, die Ursache für das Belastungssyndrom sei eine Verdrängung von negativen Gefühlen. Heruntergespielt wird auch ein weiteres Hauptproblem des Lehrerberufs, nämlich die zunehmend heterogenen Klassen, vor allem in größeren Städten. Eine andere Problemlage ergibt sich durch die Inklusion, also die Eingliederung behinderter Schüler in die Regelschulen, bei unzureichender Entlastung durch zusätzliches Personal.

Heterogene Klassen heruntergespielt

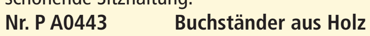
Noch vor 30 Jahren wurde die Vor- und Nachbereitung der Schulstunden von amtlicher Seite richtig eingeschätzt. Mit Rechentricks wurde dann Ende der 90er Jahre der Zeitaufwand, den Lehrer dafür aufwenden müssen, allzu niedrig bemessen, und dementsprechend konnte die bis dahin schon angestiegene Arbeitszeit der Lehrer weiter hochgeschraubt werden. Das Verfahren lief zudem auf eine indirekte Kürzung der Ruhestandsgehälter hinaus, da immer weniger Pädagogen bis zur Regelarbeitsgrenze durchhalten, inzwischen sind es nur noch 40 Prozent. Würde man die Vor- und Nachbereitung der Schulstunden vorbehaltlos neu berechnen, ergäbe sich daraus eine längst fällige, erhebliche Unterrichtsstundenentlastung für Lehrer. Ein Buch wie dieses würde dann bestimmt von Rat suchenden Pädagogen gern angenommen. Solange aber die große Mehrheit der Bevölkerung noch immer zur Meinung tendiert, aufgrund der komfortablen Absicherung durch das Berufsbeamtentum ginge es den Lehrern viel zu gut, wird deren Arbeitszeit nicht reduziert werden, und Lehrer werden sich weiterhin überfordert, sogar ausgebeutet fühlen. Solange das aber der Fall ist, dürfte gerade die Zielgruppe dieses Buches dankend abwinken.

Dagmar Jestrzemski

***Christine Eichel: „Deutschland, deine Lehrer. Warum sich die Zukunft unserer Kinder im Klassenzimmer entscheidet“**, Karl Blessing Verlag, München 2014, geb., 447 Seiten, 19,99 Euro*



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm.
Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung.
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz 19,95 €

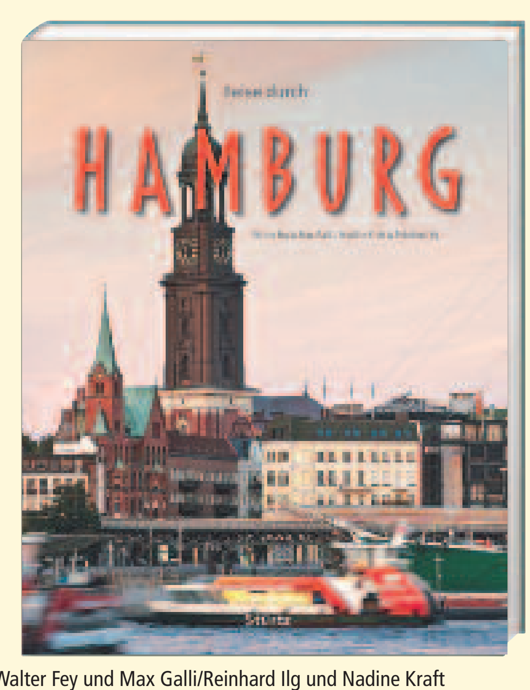




Buchständer aus Holz für größere Bücher
Auflagefläche 34 cm x 22,5 cm x 4 cm. Vier einstellbare Lesewinkel fördern eine aktive und den Rücken schonende Sitzhaltung.
Nr. P A0542 Buchständer aus Holz 29,95 €



Bernstein-Engel (ca. 2,5 cm groß)
Nr. P A0341 Bernstein-Engel mit Lederband 18,00 €
Nr. P A0392 Bernstein-Engel mit Silberkette 38,00 €



Walter Fey und Max Galli/Reinhard Ilg und Nadine Kraft
Reise durch Hamburg
Ein Reisebildband mit über 160 Farbbildern
Hamburg ist eine Stadt der Gegensätze: Vom Dröhnen des pulsierenden Hafens bis in die geschäftigen Etagen der eleganten Jugendstil-Kontorhäuser sind es nur wenige Schritte. Am Hamburger Hafen bilden die historischen Speichergebäude architektonische Kontraste mit neuen Wahrzeichen wie der Elbphilharmonie. Dagegen wirken Hamburgs alte Wahrzeichen fast schon wie Trutzburgen gegen eine Welt der rastlosen Veränderung: die Michel genannte Hauptkirche St. Michaelis mit der Kupfermütze, das verspielte Rathaus im Herzen der Stadt oder die Ruine der Nikolaikirche. Fein geben sich die Stadtviertel rings um die Außenalster und die Elbvororte. Dazwischen, im Gedränge Ottensens oder des Schanzenviertels, ist das Leben so bunt wie die ganze Welt. Wer Hamburg in Kürze kennenlernen will, braucht kaum mehr als eine Fährfahrt von den Landungsbrücken bis nach Finkenwerder. Format 24 x 30 cm. 140 Seiten
Nr. 534147 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Sonderpreis

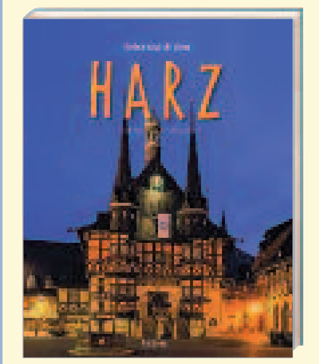
Bernsteinanhänger in Silber gefasst mit Silberkette und Schachtel
Nr. P A0722 Bernsteinanhänger mit Silberkette 45,00 €

Raach/Scheibner/Schwikart
Reise durch Schleswig-Holstein
Ein Reisebildband mit über 210 Farbbildern
140 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 531924 16,95 €

Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren – Vorposten in der Nordsee sind die sturmgepeitschten Nordfriesischen Inseln von Amrum bis Sylt. Auf der Ostseite gebärdet sich die Brandung der Ostsee fast schon friedlich. Historisch war die Hauptstadt Kiel eher unbedeutend gegenüber Lübeck, das fast ein halbes Jahrtausend der Hanse vorstand. Während die Fischerei an der Nordsee das Überleben ermöglichte, brachte der Fernhandel an der Ostsee Reichtum. Vor der Kulisse der einzigartigen Backsteingotik erlangte Lübeck auch Ruhm in der Weltliteratur. Über 210 Bilder zeigen Schleswig-Holstein in all seinen Facetten.

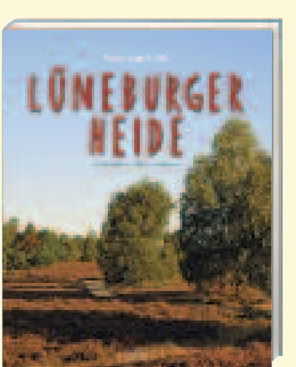


Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,50 €



Raach/Scheibner/Schwikart
Reise durch den Harz
Ein Reisebildband mit über 180 Farbbildern
140 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 534190 16,95 €

Der Harz gilt als geologisch vielfältigstes deutsches Mittelgebirge und bietet faszinierende abwechslungsreiche Landschaften. Am Schnittpunkt der Bundesländer Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen breiten sich ausgedehnte Buchen- und Fichtenwälder aus, erheben sich mächtige Gipfel wie der sagenumwobene Brocken, der höchste Berg des Harzes, oder der Wurmberg. Daneben charakterisieren aber auch tief eingeschnittene Flusstäler mit Wasserfällen und Stauseen die Region. Über 180 Bilder zeigen die faszinierende Landschaft und die wunderschönen Städte des Harzes in all ihren Facetten, die auch Goethe schon zu schätzen wusste.



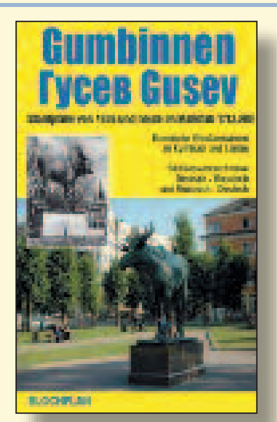
J. Scheibner/C. Schumann
Reise durch die Lüneburger Heide
Ein Reisebildband mit über 190 Farbbildern
140 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 534149 16,95 €

Traditionell und modern, sagenumwoben und bespöttelt, geliebt und gehasst kaum eine deutsche Landschaft scheint die Gemüter so sehr zu erregen wie die Lüneburger Heide. Noch im 19. Jahrhundert bedeckte die markante Heide weite Teile Norddeutschlands. Geblieben ist davon der heute berühmte Kern des Naturparks Lüneburger Heide: Rund 1.100 Quadratkilometer wunder- und wanderbare Natur mit Wäldern, (Besen-)Heide und Wacholder, die seit Anfang der 1920er-Jahre unter strengem Schutz stehen. Über 190 Bilder zeigen die ganze Vielfalt der Lüneburger Heide, der Hansestadt Lüneburg und die kulinarischen Besonderheiten der Region.

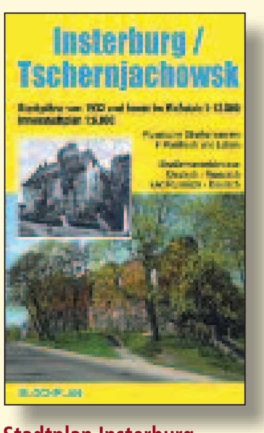


Karl-Heinz Raach/Ulrike Ratay
Reise durch Nordfriesische Inseln
Ein Reisebildband mit über 190 Farbbildern
140 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 534192 16,95 €

Deutschland ist schön!
Schon wenn man in Dagebüll die Fähre nach Föhr oder Amrum betritt oder vor Sylt mit dem Zug über den Hindenburgdamm rollt, stellt sich eine ganz besondere Stimmung ein: Man atmet tief die frische, reine Nordseeluft, wird ruhiger und freut sich auf entspannte Tage auf den Nordfriesischen Inseln. Sei es auf der grünen Insel Föhr, auf dem breiten Kniepsand Amrums oder in den charakteristischen Dünenlandschaften Sylts, auf der Halbinsel Nordstrand oder auf dem Marschland Pellworms sowie auf den Halligen – immer prägte und prägt das Meer Landschaften, Menschen und Geschichte.



Stadtplan Gumbinnen Früher und Heute
Maßstab 1: 12.000 mit Straßenverzeichnis Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0616 5,95 €



Stadtplan Insterburg Früher und Heute
Maßstab 1: 12.000 mit Straßenverzeichnis Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0617 5,95 €



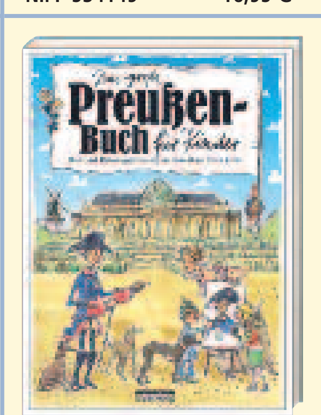
Stadtplan Tilsit Früher und Heute
Maßstab 1: 10.000 mit Straßenverzeichnis Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0615 5,95 €



Karte Nord-Ostpreußens Südosten Insterburg – Gumbinnen – Rominter Heide
Maßstab 1: 100.000
Nr. P A0695 8,95 €



Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Dem Erzählkünstler Kirst ist es mit diesem großen Masuren-Roman gelungen, der untergegangenen ostpreußischen Heimat ein literarisches Denkmal zu setzen. In dem kleinen masurischen Ort Maulen herrscht fast uneingeschränkt der Gutsbesitzer Johann Leberecht. Es ist die frühe Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Ostpreußen. Als der Gendarm Thiele nach Maulen versetzt wird, findet er eine festgefügte Ordnung, eine Lebenswelt, die erdverbunden, patriarcharlisch und den Traditionen verpflichtet scheint. Aber da gibt es den unaufgeklärten Todesfall des Bauern Materna. Und Gerüchte tauchen auf über Liebe, Leidenschaft und Laster. Bei seinen Ermittlungen stößt Thiele jedoch immer wieder auf eine Mauer des Schweigens. 298 Seiten.
Nr. P A0220 Gebunden 18,50 €

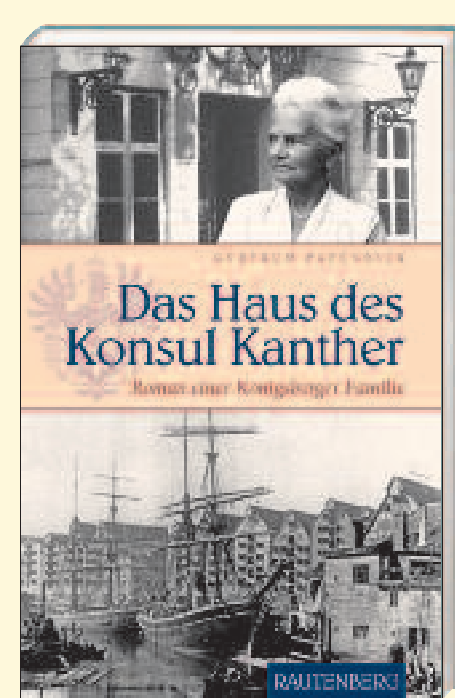


Das große Preußenbuch für Kinder
Mal- und Rätselspaß rund um den Alten Fritz und Co.
64 Seiten/Gebunden
Nr. P A0709 9,95 €

Endlich ein Buch, das jungen Menschen die Geschichte und Gegenwart Preußens auf ansprechende und unterhaltsame Weise nahe bringt. „Das große Preußen-Buch für Kinder" gibt Raum für eigene Kreativität und führt Kinder von 6 bis 12 Jahren spielerisch an die schönsten Seiten der preußischen Geschichte wie auch der Berlin-Brandenburgischen Schlösserlandschaft heran. Zeichne dich selbst als Alten Fritz! Bau dir dein eigenes Gutshaus! Male das Kleid der Königin aus! Claas Jansen ist selbstständiger Illustrator für Verlage und Werbeagenturen, lebt in Frankfurt und hat dieses Werk für Kinder von 6 bis 12 Jahren verfasst.



Siegfried Lenz
Eine Liebesgeschichte
Eine anrührende Liebesgeschichte aus Suleyken: Der schweigsame Holzfäller Joseph sieht am Fluss die schöne Katharina Knack und wird von Amors Axt getroffen. Ohne große Worte, doch mit ganz speziellem Charme gelingt es ihm, die Angebetete für sich zu gewinnen. 40 S.
Nr. P A0625 Gebunden 16,99 €



Gertrud Papendick
Das Haus des Konsul Kanther
Roman einer Königsberger Familie
Dieser Roman führt den Leser in die Welt der Anfangsjahre des vergangenen Jahrhunderts nach Königsberg, in denen morsche Formen zerbröckeln und eine neue Zeit anbricht. Konsul Kanther regiert die Seinen streng konservativ, aber die Söhne und Töchter, alle von stark ausgeprägter Wesensart, suchen aus dem ehrwürdigen Kantherhaus auszubrechen und eigene Wege zu gehen. „Das Haus des Konsul Kanther" ist das Portrait einer brüchigen Gesellschaft voll menschlicher Probleme und Spannungen – in denen ein fesselndes, farbiges und dicht gewobenes Bild einer uns fernen, nahen Vergangenheit. Die erzählerische Kraft der Autorin, ihre bildhafte und klare Sprache erweckt die versunkene Welt zu neuem Leben. 416 Seiten.
Nr. P 533132 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,95 €

Jetzt mit 300 Gramm Marzipan



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 13,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

GEW will Korol ausschließen

Bremen – Der Bremer Landtagsabgeordnete Martin Korol soll auch aus der linken Lehrergewerkschaft GEW ausgeschlossen werden. Wegen kritischer Äußerungen zur Armutseinwanderung war der pensionierte Lehrer bereits aus der SPD geworfen worden und ist daraufhin im Oktober 2013 der Mitte-Rechts-Partei „Bürger in Wut“ (BIW) beigetreten. Seine BIW-Mitgliedschaft ist nun der Anlass für den angestrebten GEW-Ausschluss. *H.H.*

Linke bedrohen Beamten-Familien

Rostock – Linksextremisten haben die Reifen der Privatwagen von sechs Rostocker Polizisten durchstochen und bedrohen in einem Bekennerbrief nicht allein die Beamten, sondern auch deren Familien. Die Polizei hatte in Durchsetzung des Demonstrationsrechts einem Fackelmarsch in Demmin den Weg gegen linke Blockierer freigemacht. Dafür wollen die Linken nun Rache nehmen, auch an den Familien der Polizisten. *H.H.*

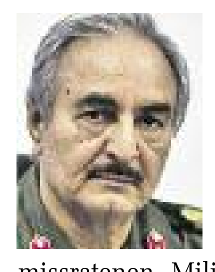
ZUR PERSON

Strohmann der USA in Libyen

Als 2011 in Libyen der Bürgerkrieg tobte, stand das Land im Fokus des weltweiten Interesses. Dagegen nehmen westliche Medien kaum noch wahr, dass Libyen seit dem Sturz Gaddafis in Anarchie versinkt. Allein seit Februar gab es dort drei Umsturzversuche, und bei allen hatten die USA ihre Finger mit im Spiel.

General **Khalifa Haftar** hatte zuletzt mit seinen Milizen das Parlament in Tripolis gestürmt, um dort nach eigenen Angaben den islamistischen Einfluss einzudämmen. Nur Stunden zuvor gingen seine Kämpfer in Bengasi gegen Islamisten vor, wobei sie ein Blutbad anrichteten. 70 Menschen kamen dabei ums Leben.

Der 65-jährige General war bereits für einen Putschversuch im Februar verantwortlich. Außerdem unterstützt er den Rebellenführer Jadhran, der im März mit einem Öltanker eine Seeblockade durchbrach und illegal Öl exportieren wollte. US-Kriegsschiffe vereitelten die Aktion.



Einst ein Gefolgsmann Gaddafis, der dem Diktator 1969 an die Macht verhalf, wurde Haftar von diesem nach einer missratenen Militär-Intervention im Tschad 1987 fallengelassen. Von da an war Haftar ein Feind Gaddafis. 1991 ging er mit seiner Familie ins Exil in die USA, wo er im Bundesstaat Virginia in der Nähe des Hauptquartiers der CIA lebte. Wovon Haftar aber lebte, ist unklar. Angeblich wurde er vom US-Geheimdienst ausgebildet.

2011 kehrte er nach Libyen zurück und mischte im Bürgerkrieg gegen Gaddafi mit. Einen Monat vor Haftars letztem Putschversuch stellte die US-Internetzeitung „Business Insider“ im April die kritische Frage: „Ist General Khalifa Haftar der Mann der CIA in Libyen?“ Es häufen sich jedenfalls die Anzeichen, wonach der gesamte „Arabische Frühling“ von den USA gelenkt wurde. *Harald Tews*



Neuer Kunden-Service

Dösen wir weiter

Wie uns das schöne Europa verloren ging, wann die Stinkbombe geplatzt ist, und wie die Ampelfrau Berlins Probleme löst / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Kinder, wie die Zeit vergeht! Dagmar Metzger, Christian Bayer und Steffen Schäfer erinnern uns in der Zeitschrift „Eigentümlich frei“ an muntere Tage, die dermaßen tief unter einem Geröll von Misslichkeiten begraben liegen, dass wir sie völlig vergessen haben. Heute mögen wir uns kaum noch vorstellen, dass es sie je gegeben hat, dabei liegt die goldene Epoche nur wenige Jahre zurück.

Das Autorentrio erzählt von der wunderbaren Zeit der europäischen Eintracht, als sich die Völker unseres Kontinents noch richtig lieb hatten. Negatives wurde weggelächelt oder als „anders, aber auch gut“ sogar zum Vorteil gewendet. Wenn sich der Grieche chaotisch benahm, war das eben sein sympathisch-anarchisches Gemüt. Wenn der Spanier immer zu spät kam, dann drückte sich darin halt seine südländische Lockerheit aus. Auch wenn es uns manchmal lästig war, so liebten wir sie doch für ihre Leichtigkeit und beneideten sie sogar dafür.

Die Südeuropäer ihrerseits schätzten unsere Ordnung, unsere Zuverlässigkeit und die Qualität unserer Waren. Zwar erschienen wir ihnen bisweilen ziemlich quadratisch-kantig, was für sie schon mal anstrengend werden konnte. Aber im Grunde mochten und bewunderten sie uns sogar.

Den Höhepunkt des europäischen Seelenfriedens datieren die drei ganz richtig auf das Jahr 2006, als das deutsche Fußball-Sommermärchen die halbe Welt und ganz Europa verzauberte. Als die einmonatige Sause vorbei war, fuhr ein VW-Bus mit spanischen WM-Gästen auf der Heimreise an mir vorbei. An der Seite prangte in großen Lettern: „Danke, Deutschland!“

Ich dachte nur: Geschafft! Nach Jahrhunderten voller Hass und Missgunst haben die Europäer endlich zu sich selbst gefunden. Wunderbar!

Wunderbar? Pustekuchen. Nur fünf Jahre später brannten in Athen deutsche Fahnen, phantasierten spanische Kommentatoren eine deutsche Verschwörung zur Unterjochung Europas herbei und pöbelten italienische Politiker aufs Übelste gegen den Nachbarn jenseits der Alpen. Vor den Augen der Deutschen verwandelte sich griechisches Anarchentum in freche Räuberei. Wer die Lokkerheit der Spanier rühmt, wird von deutschen Landsleuten heute angezischt: „Na toll! Und wer bezahlt die verdammte Schlamperei? Wir!“

Was ist bloß passiert? Nun ja, gerade als Europa am schönsten war, ist eine Stinkbombe geplatzt, deren Zeitzünder schon seit 1999 unter uns tickte. Nur haben das die meisten nicht gespürt. Seit 2007, erst schleichend, dann mit Getöse, hat der Euro drei Generationen der Annäherung in übel riechendem Qualm erstickt.

Und das dicke Ende kommt vielleicht erst: Fassungslos stehen die Deutschen vor dem neuen Gram, da bedrohen uns die Politiker schon mit noch „mehr Europa“. Wie viel denn noch? Bis die volle Packung über uns zusammenkracht wie 1914?

> Juncker soll es werden und dann doch wieder nicht. Jeder blamiert sich, wie er kann

Keine schöne Aussicht, das hat man selbst in den Wahlkampfzentralen erkannt und flötet etwas leiser. Das haben Sie sicher bemerkt: Die Irrsinns-Parole „Mehr Europa“ kommt gar nicht mehr vor. Die CDU will sogar „Bürokratie abbauen“, verspricht sie auf den Wahlplakaten, was wohl eher nach weniger denn nach mehr „Europa“ klingen soll. Die CSU möchte sogar Volksabstimmungen. Sagt sie. Vor der Wahl.

Die Sozialdemokraten haben ebenfalls registriert, dass sich ein gewisser Unmut breitmacht und versprechen, sie wollten „Europa neu denken“ – mit einem Spitzenkandidaten Martin Schulz vorneweg, der seit gefühlten hundert Jahren im EU-Parlament sitzt und spurlos vor sich hin „denkt“.

Es hat ein wenig den Anschein, als wollten die Parteien nicht so recht rausrücken mit dem, was sie wirklich vorhaben. Und sie tarnen sich gut. Ist Ihnen das auch passiert während des Wahlkampfs? Sie laufen durch den Ort und glauben von ferne, ein AfD-Plakat zu entdecken. Wenn Sie näher dran waren, entpuppte sich das Ding unversehens als SPD-Aufruf. Ist das Zufall? Die sozialdemokratische Wahlwerbung sieht in Farbe und Gestaltung den Postern der „Alternative“ zum Verwechseln ähnlich. Wer hier wen nachgemacht hat, ist leicht geklärt: Die AfD hat die Gestaltung ihrer Plakate seit der Bundestagswahl nicht verändert. Die SPD sah damals hingegen ganz anders aus.

Aber das ist ja noch gar nichts in Sachen Tarnen und Täuschen. Die christdemokratische Konkurrenz vollführt erstaunliche Verrenkungen, um zu verbergen, was sie vorhat: Der nationale Spitzenkandidat David McAllister verkündet, die Union kämpfe dafür, dass Jean-Claude Juncker Präsident der EU-Kommission werde. Man wolle – jetzt kommt's – sich aber nicht vorweg auf Juncker festlegen. Wie bitte? Soll er's nun werden oder nicht? Die Wahrheit: Die europäischen Christdemokraten haben den Luxemburger zum Kandidaten für das Amt nominiert, Angela Merkel will ihn aber nicht. Der gehorsame McAllister muss artig zwischen diesen beiden Polen hin- und herschlakkern, um nirgends anzuecken.

Ach, wie konnte das großartige Projekt Europa nur in so einem trostlosen Gewurstel enden? Da kann man schon nostalgisch werden, sich nach dem Sommermärchen sehnen oder gleich nach der Nachkriegszeit, als europabegeisterte Jugendliche die Schlagbäume wegrissen.

Mit manchen Leuten geht die Nostalgie allerdings durch und führt sie in Zeiten, welche die meisten Deutschen in keiner guten Erinnerung haben. In Stuttgart haben „Antifaschisten“ das Wohnhaus des AfD-Funktionärs Ronald Geiger, in dem sich auch die Geschäftsstelle seiner Partei befindet, mit dem Schriftzug „R. Geiger, Rassist der AfD“ beschmiert. Im Internet feiern die Antifanten die Aktion als großen Erfolg. Die Nachbarn wüssten jetzt, was für einer da wohnt.

Wann war das noch, als das letzte Mal Horden von Finsterlingen durch deutsche Straßen zogen, um die Häuser und Geschäfte missliebiger Bürger zu „markieren“? Wird Ihnen auch gerade kalt? Aber so richtig??

Dann gehören Sie zu einer kleinen Minderheit. Die Masse der Deutschen stören solche „Markierer“ kaum. Aber müsste nicht wenigstens die Jugend dagegen aufstehen? Ach, woher denn? Die junge Generation hat sich das politische Interesse gründlich abgewöhnt. Die lässt sich sogar per „Rentenpaket“ kahlrasieren, ohne einen Mucks zu machen.

Was wohl wird, wenn der Karren so richtig im Dreck steckt? Wenn es nichts mehr zu beschönigen gibt und man uns die Rechnung für die unfinanzierbaren „sozialen Wohltaten“ brutal auf den Tisch knallt? Dann werden die aber so was von aufwachen müssen, was? Ha, ha!

Oder nicht? Wieso denn aufwachen? Wir können uns doch auch einfach auf die andere Seite drehen und weiterdösen. Wie das geht, macht uns die einzige deutsche Metropole mit Weltgeltung, unsere Hauptstadt Berlin, derzeit vor.

Die Stadt ersäuft in Schulden, öffentliche Einrichtungen vergammeln, der neue Flughafen ist ein einziger, milliardenteurer Albtraum, die Staatsoper eine Dauerbaustelle, die Kriminalität grassiert und die Behörden warnen, dass Berlins Salafisten-Szene eine „tickende Zeitbombe“ sei, die uns jederzeit terroristisch um die Ohren fliegen könne.

Und was macht die Politik? Die SPD-Faktion von Berlin-Mitte fordert, dass neben den Ampelmännchen endlich auch Ampelmädchen an den Fußgänger-Überwegen der Hauptstadt zu sehen sind. Dass da ausschließlich rote und grüne Männchen erstrahlen, sei nämlich diskriminierend. Dabei solle das Mädchen nicht etwa als rollenklischeehaftes Kleidchen-Weibchen gestaltet werden, sondern als „moderne, selbstbewusste Ampelfrau.“

Die selbstbewusste Ampelfrau als Antwort auf die drängenden Fragen einer Stadt am Rande des Zusammenbruchs. Es ist, wie es immer war: Die Gäste der ersten Klasse bemerken die Kollision mit dem Eisberg als letzte.

MEINUNGEN

***Roger Willemsen** hat ein Jahr lang intensiv den **Bundestag beobachtet**. Gegenüber „The European“ (13. Mai) berichtet er von seinen bedenklichen Eindrükken vom Parlament:*

„Wenn Angela Merkel sich zum Beispiel beim Genmais in Brüssel enthält – und dadurch kommt er –, dann tut sie das gegen 90 Prozent ihrer eigenen Wähler. Wenn sich das Parlament entschließt, Edward Snowden nicht einzubestellen, dann tut es das gegen den Willen des Großteils der Bürgerinnen und Bürger. Wir gehen schnell davon aus, dass eine parlamentarische Mehrheit auch eine Volksmehrheit vertritt. Das ist aber dauernd nicht so.“

***Harald Greib**, Vizepräsident der Pariser Denkfabrik LEAP, zieht im Wiener Nachrichtenmagazin „Format“ (15. Mai) eine **ernüchternde Bilanz der EU**:*

„Die EU hat ihre Daseinsberechtigung verloren. Wenn heute die Umfragen befürchten lassen, dass die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen so niedrig wie nie zuvor ausfallen wird und europafeindliche Parteien Wahlerfolge feiern werden, kann man nicht den Menschen vorwerfen, sie hätten sich von Europa abgewandt – die EU hat sich von den Menschen abgewandt.“

*Arbeitgeberpräsident **Ingo Kramer** hält die **Rentenpolitik** von CDU, CSU und SPD für eine **Katastrophe**, der „Welt“ (16.Mai) sagte er:*

„Das Rentenpaket wäre der tiefste Griff in die Rentenkasse, den es je gegeben hat. So kräftig, wie jetzt geplant, ist noch nie eine Sozialkasse ausgenommen worden.“

*Im Leitartikel des „Spiegel“ vom 12. Mai kritisiert das Blatt die **fehlende Aufregung** über die **Rentenpolitik** der Großen Koalition:*

„Es gibt keine Protestaufrufe, keine Demonstrationen auf der Straße, nicht einmal eine bequeme Onlinepetition. Was ist das für eine Generation, die im Netz 200 000 Unterschriften für die Absetzung des TV-Moderators Markus Lanz sammelt, aber eine Rechnung von 160 Milliarden Euro achzelzuckend hinnimmt? Das wahre Alter einer Gesellschaft lässt sich nicht nur an den Geburtsjahren ihrer Bürger ablesen, sondern auch am Engagement ihrer Jugend ... Zu Recht wurde in den vergangenen Jahren die Biedermeierlichkeit der Bundeskanzlerin beklagt. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele Bürger ihrer Kanzlerin durchaus ähnlich sind.“

***Ramin Peymani**, Wirtschaftswissenschaftler, Autor und Publizist („Die Klodeckel-Chronik“) klagt in der „Huffington Post“ (18. Mai) über die zerstörerische Wirkung der **Moralisierung aller** politischen **Debatten** in Deutschland:*

„In der modernen Demokratie entscheidet immer häufiger eine Minderheit darüber, was die Mehrheit darf und soll. Verantwortlich dafür sind die Allesversteher, die – teils aus Kalkül, teils aus Naivität – das Einzelschicksal zum Maßstab politischer Entscheidungen machen. Eine Gesellschaft, die sich so organisiert, muss irgendwann zwangsläufig an sich selbst scheitern.“